

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Antonia Grunenberg

Jugend in der DDR:  
Zwischen Resignation und Aussteigertum

Christa Mahrad

Der Jugendverband FDJ und die  
gesellschaftliche Erziehung in der DDR

Helmut Fehr

Politisches System und Interessenpolitik  
im „real existierenden“ Sozialismus  
Zum Verhältnis von Staat und evangelischen Kirchen in der DDR

B 27/86  
5. Juli 1986



Antonia Grunenberg, Dr. phil., geb. 1944, habilitiert sich an der RWTH Aachen im Fach Politische Wissenschaft.

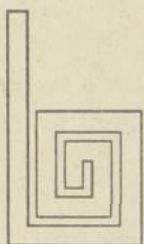
Veröffentlichungen u. a.: Die gespaltene Identität. Gesellschaftliches Doppelleben in der DDR, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn — München — Wien 1983; Sinnverlust oder Funktionalisierung? Chancen und Grenzen ideologischen Wandels, in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR, XVIII. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Edition Deutschland Archiv, Köln 1985; Reise in den Traum. Vier Schriftsteller der DDR (Klaus Schlesinger, Christoph Hein, Barbara Honigmann, Monika Maron), Drehbuch, WDR 1985; Ein Volk steht im Streß. Zwischen Fortschritt und industrieller Modernisierung (I), in: DIE ZEIT vom 28. 3 1986; Nichts ist mehr gültig. Der sozialistische Realismus ist out — alles ist erlaubt (II), in: DIE ZEIT vom 4. April 1986; „Eine Lust an der Zerstörung“. Heiner Müllers Umgang mit Fortschrittsglauben und Geschichtsoptimismus, in: GDR Culture and Society, no. 5, New York 1985; Der Skandal. Eine Weimarer Geschichte, in der Reihe: Weimarer Geschichten, Drehbuch, WDR 1985.

Christa Mahrad, Diplom-Politologin, geb. 1943; Studium der Slavistik, Germanistik und Pädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin (Ost) sowie der Politischen Wissenschaft an der Freien Universität Berlin; zwölf Jahre wissenschaftliche Referentin in der Forschungsstelle für Jugendfragen; zur Zeit Lehrbeauftragte und wissenschaftliche Angestellte am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Aufsätze über die DDR-Jugend, die FDJ und Jugendpolitik sowie zusammen mit Arnold Freiburg, FDJ — Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982.

Helmut Fehr, Dr. phil., geb. 1945; Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaft und Philosophie in Göttingen und Frankfurt/M.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen: Soziale Kontinuität und sozialer Wandel, Frankfurt/M. 1979; Aufsätze über Probleme des sozialwissenschaftlichen Funktionalismus und zur Gesellschaftsanalyse der DDR und Polens.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



## Jugend in der DDR: Zwischen Resignation und Aussteigertum

„Um ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft voll auszufüllen, um stets auf der richtigen Seite der Barrikade zu kämpfen, braucht die Jugend die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse. Wie Lenin treffend bemerkt, ist das aus Schriften geschöpfte Wissen über den Kommunismus ohne Arbeit, ohne Kampf keinen Pfifferling wert. Unsere Partei hält sich an den Grundsatz, daß sich die Jugend nur dann erfolgreich entwickeln kann, wenn man ihr Vertrauen entgegenbringt und ihr Verantwortung überträgt. Welche Aufgabe in unserer Gesellschaft auch immer zu lösen ist — stets bringen wir sie auch in Verbindung mit dem Leben, Lernen und Arbeiten der jungen Generation. Deshalb setze ich mich ständig dafür ein, daß die Jugend ihren Tatendrang entfalten kann und sich die Partei auf die große gesellschaftliche Kraft des sozialistischen Jugendverbandes stützt.“<sup>1)</sup>

Dieser Abschnitt aus den politischen Lebenserinnerungen des Parteivorsitzenden Erich Honecker enthält in nuce die Grundlagen der Jugendpolitik der SED: Die Jugend der DDR soll heute wie damals die sozialistische Weltanschauung verinnerlichen — und sie soll gut und fleißig arbeiten.

Nimmt man die Worte Erich Honeckers für bare Münze, so ist es um die Jugend nicht schlecht bestellt; Partei und Staat haben die Jugendpolitik und deren erfolgreiche Ergebnisse fest im Griff.

Liest man zwischen den Zeilen, so wird deutlich, daß hier das Grundproblem der Jugendpolitik der SED klar angesprochen ist: die Schwierigkeit, die sozialistische Weltanschauung erfolgreich zu vermitteln und diese Vermittlung in den Arbeitsalltag der Jugendlichen umzusetzen. Die Partei scheint sich der Jugend bei näherem Hinsehen keineswegs so sicher zu sein, wie es auf den ersten Blick aussieht. Nicht umsonst wird immer wieder, gerade von führenden Persönlichkeiten, darauf hingewiesen, wie notwendig die Bindung der Jugend an Partei und Staat sei<sup>2)</sup>.

Die Jugend von heute wurde Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre geboren. Sie ist aufgewachsen in einer Zeit, in der Partei und Staat etliches für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung getan haben (Sozialpolitik, Wohnungsbau, Konsumgüterproduktion). Doch im Gegensatz zu ihren Müttern und Vätern, die die Aufbauzeit entweder mittragen oder doch eine direkte Bindung zu ihr hatten, wächst die Jugend der achtziger Jahre in einer Gesellschaft auf, in der die ökonomische und soziale Dynamik sich verändert hat und keine den fünfziger und sechziger Jahren vergleichbare soziale Mobilität mehr besteht. Die Erfahrungen, die diese Jugendlichen mit ihrer Gesellschaft und ihrem Staat machen, basieren auf den heutigen Verhältnissen, in denen der Lebensweg jedes einzelnen von der Wiege bis zur Bahre von vorgegebenen Verhaltensmustern, statistischen Daten und politischen Organisationen geprägt ist, in denen trotz gegenteiliger Appelle Eigeninitiative immer wieder im bürokratischen Apparat versiegt. Es herrscht keine Not mehr, sondern ein Maß an sozialer Sicherheit und bescheidenem Wohlstand, um das mancher arbeitslose westliche Jugendliche inzwischen seinen Kumpel im Osten beneiden mag.

Die politische Geschichte der DDR, mit der sich einstmals nicht wenige Jugendliche identifizierten, ist für die Jugendlichen von heute zum abfragbaren Lernstoff geworden, der vom Kinderhort über die „Jungen Pioniere“ bis hin zu Schule und Betrieb vermittelt wird. Da Partei und Staat aus dieser Geschichte nach wie vor einen großen Teil ihrer Legitimation beziehen, zielt ihre Erziehungsstrategie darauf ab, diese Geschichte zu vermitteln und sie als Gegenwart erscheinen zu lassen. Nur ein Staat, der politisch, historisch und moralisch legitimiert ist, kann seine Jugendlichen erfolgreich für den Arbeitsprozeß mobilisieren. Diese Problemlage ist in den Institutionen von Partei und Staat in wachsendem Maße bewußt; das geht aus den Klagen führender Funktionäre über das mangelnde Geschichtsbewußtsein der Jugend von heute her-

<sup>1)</sup> E. Honecker, *Aus meinem Leben*, Berlin (DDR) 1980, S. 334 f.

<sup>2)</sup> Vgl. ders., *Zur Jugendpolitik der SED*, Berlin (DDR) 1977, S. 462.



vor<sup>3)</sup>). Mitunter wird auch davon gesprochen, man müsse der Jugend endlich wieder einen „historischen Optimismus“ vermitteln<sup>4)</sup> — eine Forderung, die angesichts der weltpolitischen Entwicklung und ihrer Rückwirkung auf die DDR sicher noch lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben wird.

Schaut man sich an, welches Personalprofil sich Partei und Jugendorganisation von einem „gelingen“ Jugendlichen machen, so fällt auf, wie wenig jugendspezifisch hier argumentiert wird. Das politische Profil eines „guten FDJlers“ ruht, wie oben schon aus der Äußerung von Erich Honecker hervorging, auf den gleichen Säulen wie das Profil eines erwachsenen Parteimitglieds.

Den bewußten FDJler soll auszeichnen:

1. Treue zum Sozialismus
2. Patriotisches und internationalistisches Handeln
3. Hohes fachliches Wissen und Können
4. Verteidigungsbereitschaft
5. Disziplin
6. Verantwortungsbewußtsein
7. Schöpferum<sup>5)</sup>.

An diesen Idealeigenschaften eines jugendlichen Sozialisten ist bemerkenswert, daß hier weltanschauliche und arbeitsideologische Eigenschaften in enger Verbindung zueinander stehen. Die Eigenschaften 1, 2 und 4 beziehen sich ganz eindeutig auf weltanschauliche Inhalte; die Eigenschaften 3, 6 und 7 sind arbeitsorientiert, wobei die Eigenschaften 6 und 7 auch für andere Inhalte zutreffen können. Die Eigenschaften 5 und 6 sind sowohl dem Arbeitsleben als auch der Weltanschauung zuzuordnen. Insgesamt gesehen scheint es hier um die Herstellung einer Lebensgrundhaltung, der „sozialistischen Lebensweise“ und ihrer bewußtseinsmäßigen Verankerung zu gehen, die die notwendige Voraussetzung für den Erwerb und die Anwendung der vorgeschriebenen Weltanschauung und Arbeitsethik sind.

<sup>3)</sup> Vgl. E. Honecker (Anm. 2), S. 602, und R. Miller, Werte des Sozialismus und Entwicklung der Wertvorstellungen der Jugend, in: Pädagogik, 39 (1984) 7/8, S. 538.

<sup>4)</sup> Vgl. D. Kirchhöfer, Die marxistisch-leninistische Weltanschauung als Wert und Triebkraft, in: Pädagogik, 39 (1984) 3, S. 194.

<sup>5)</sup> Vgl. Zentralrat der FDJ (Hrsg.), Fragen und Antworten zum Programm der SED, Berlin (DDR) 1980, S. 47; vgl. auch C. Mahrad, Jugendpolitik der SED, in: Deutsche Studien, XIX (1981) 76.

Alle Sozialisationsinstanzen, von der Familie angefangen, über den Kinderhort, die Schule, die zuständigen politischen Organisationen bis hin zum Militär als „Schule der Nation“, sind darin eingebunden, diese oben beschriebenen Eigenschaften dem Jugendlichen nahezubringen, ihn darin einzuüben.

Daß das Militär eine tragende Säule der Gesinnungsbildung ist, darin sind sich sowohl die Partei- und die Staatsführung als auch deren Kritiker einig. Immer wieder wird die pädagogische Bedeutung des Militärs hervorgehoben. Die praktische Einübung (vor)militärischer Disziplin und militärischen Wehrbewußtseins beginnt nicht erst mit dem Eintritt des 18jährigen Jugendlichen in die Nationale Volksarmee. Schon in den Kinderbüchern werden Eingewöhnung in militärische Zusammenhänge, Traditionen, Gebräuche und Feindbilder gepflegt. Den Kindern sollen früh schon die beiden Grundinhalte sozialistischer Wehrerziehung vermittelt werden: Liebe zum Vaterland — Haß auf den Feind<sup>6)</sup>. Im Hort, im Kindergarten und in den ersten Klassen der Polytechnischen Oberschule überwiegen dabei die emotionalen Inhalte der Vermittlung; der Lehrer/Betreuer soll Identifikationsmechanismen vermitteln. Identifikation schaffen ebenso die Märchen und Histörchen, die wahren und erfundenen Geschichten, die den Kindern im Hort und im Kindergarten über die nationalsozialistische Vergangenheit und die Bedrohung der Heimat durch die Raketen des Gegners erzählt werden, wie die Sportveranstaltungen und technischen Wettbewerbe, die im Rahmen vormilitärischer Ausbildung für die Kinder größeren Alters veranstaltet werden<sup>7)</sup>.

In den höheren Klassen wird die rationale Seite der Überzeugungsvermittlung stärker in den Vordergrund gestellt<sup>8)</sup>.

Die paramilitärische „Gesellschaft für Sport und Technik“, der von der Partei ebenfalls eine direkte persönlichkeitsbildende Funktion für die Jugendlichen zugesprochen wird, übernimmt dabei die

<sup>6)</sup> Vgl. J. Wilhelmi, Jugend in der DDR. Der Weg zur „sozialistischen Persönlichkeit“, Berlin 1983, S. 59 f.

<sup>7)</sup> Vgl. K. Schmitt, Politische Erziehung in der DDR, Paderborn — München — Wien — Zürich 1980, S. 98.

<sup>8)</sup> Vgl. E. Kuhrt, Wider die Militarisation der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Forschungsbericht 35, hrsg. im Auftrag der Konrad Adenauer-Stiftung, Melle 1984, S. 34.



Aufgaben einer speziellen Grundausbildung, die dem Wehrdienst vorgelagert ist<sup>9)</sup>.

Die Ableistung der allgemeinen Wehrpflicht wird von der Partei nicht nur in ihrer Bedeutung als Erfüllung einer allgemeinen Grundpflicht des männlichen Bürgers gesehen, sie soll auch der Einübung in die oben angesprochene grundlegende Lebens- und Arbeitsdisziplin dienen<sup>10)</sup>.

Man sieht also: Der Jugendliche soll von frühen Kindesbeinen an — und dies auf allen Ebenen der erzieherischen Einwirkung — darin eingeübt werden, sowohl loyaler Staatsbürger als auch leistungswilliger Arbeitsbürger zu sein. Er soll zunächst emotional, später auch rational die beiden Grundtugenden sozialistischer Lebensführung verinnerlichen, um sie dann — im Arbeitsleben — selbst praktizieren zu können.

Ganz sicher verweist das Ineinanderverwoben- sein von allgemeinen Lebens- und Arbeitstugen-

den mit der staatsbürgerlichen Gesinnung darauf, daß Weltanschauung im Gegensatz zu früheren Zeiten stärker für den Arbeitsprozeß und das „normale“ Leben funktionalisiert werden soll. Ob damit de facto auch eine Depolitisierung der Gesellschaft verbunden ist, wäre in diesem Zusammenhang sicher eine interessante Frage. Zu untersuchen wäre dabei, ob diese Depolitisierung das beabsichtigte Resultat eines Prozesses ist, innerhalb dessen die SED zu der Einsicht gekommen ist, daß soziale Mechanismen und Hebel (wie etwa die Sozialpolitik) ein stärkerer Integrationsmechanismus sind als politische Parolen.

Daß Fragen wie diese auch in die Jugendproblematik hineinspielen, ja daß die Frage, wie weltanschauliche Erziehung bei Jugendlichen heute überhaupt noch greifen kann, einen wichtigen Bereich der Diskussion über Jugend bestimmt, wird aus der Rolle und den Forschungsfeldern der Jugendforschung in der DDR deutlich.

## I. Jugendforschung zwischen Affirmation und Selbstzweifeln

Erst Mitte der sechziger Jahre, d. h. fast zwanzig Jahre nach Konstituierung der SBZ/DDR, wird die Jugend von der Sozialforschung der DDR als eigenständiges soziales Problemfeld anerkannt. Offensichtlich mußte die politische Führung erst ein Problembewußtsein entwickeln, ehe an eine wissenschaftliche Erforschung der jugendlichen Bedürfniswelt und des jugendlichen Verhaltens gegangen werden konnte. Bis dahin wurden strukturelle Unterschiede zwischen Erwachsenen und Jugendlichen nicht ernstlich wahrgenommen bzw. anerkannt.

Die Versachlichung und Verwissenschaftlichung der Diskussion um die Jugend findet in den Grenzen statt, die durch die politischen Kontrollinstanzen gegeben sind. Das Zentralinstitut für Jugendforschung, das 1966 in Leipzig gegründet wurde (Leitung: Prof. Dr. W. Friedrich) und seit- her das wichtigste Institut der Jugendforschung ist, untersteht der Kontrolle von Partei, Staat und

FDJ und ist dem Amt für Jugendfragen beim Ministerrat der DDR unterstellt. Deren Weisungen betreffen sowohl die Forschungsprogramme wie die Veröffentlichung erhobener Daten, die Auswahl von Mitarbeitern sowie die langfristige Planung. Umgekehrt ist auch davon auszugehen, daß eine Beeinflussung nicht nur im Sinne der politischen Kontrolle, sondern auch im Sinne der Aufnahme und Umsetzung von Forschungsergebnissen durch Partei und Jugendorganisationen erfolgt.

Seit der Gründung des Jugendforschungsinstituts sind inzwischen zwanzig Jahre vergangen. Die sozialen Probleme der Jugend drängen nach einer Erweiterung des Forschungsfelds und der Untersuchungspraktiken, ohne daß dies in den Forschungsprogrammen selbst zu erkennen wäre. Die gegenwärtigen thematischen Schwerpunkte der Jugendforschung liegen auf den Gebieten

- politische und moralische Einstellungen und Verhaltensweisen,
- Gruppenverhalten (formelle und informelle Gruppen),
- Leistungsverhalten in Schule, Studium und Beruf,
- Freizeitverhalten,

<sup>9)</sup> Vgl. E. Honecker, Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitags der SED, Berlin (DDR) 1972, S. 381, und Kuhrt (Anm. 8), S. 34.

<sup>10)</sup> Vgl. E. Honecker, Zur Jugendpolitik der SED (Anm. 2), S. 610; H. Lindner u. a. (Hrsg.), Fragen und Antworten zum Wehrdienst, Berlin (DDR) 1984, S. 174 ff., S. 179, 203.



— Leitungsfragen in Jugendpolitik und Jugendgruppen,

— Massenkommunikation und Massenmedien.

Daß sich in diesem Forschungsprogramm auch die Kernfragen der gegenwärtigen jugendlichen Szenerie (politische Apathie, abweichendes Verhalten, Kriminalität, „neue Jugendbewegung“ etc.) verbergen, wird noch kaum deutlich. In Maßen ist jedoch davon auszugehen, daß sich die Forscher damit beschäftigen, wenngleich gewiß nicht alles veröffentlicht wird<sup>11)</sup>. Offensichtlich aber ist, daß noch keine neuen Integrationsstrategien für die Jugend gefunden worden sind. Vor allem die Existenz der mittlerweile bis ins öffentliche Bewußtsein gedungenen Randgruppenproblematik ist noch längst nicht in die Forschung integriert.

Gleichwohl widersprechen die Ergebnisse der Jugendforschung der Strategie der Partei, die noch immer von der lückenlosen Durchplanung des jugendlichen Entwicklungsweges und der problemfreien Anpassung an die gegebenen Verhältnisse ausgeht. Vorsichtig, aber dennoch klar werden die grundsätzlichen Hindernisse benannt, die das erfolgreiche Greifen politischer Erziehungsideale — vor allem in weltanschaulicher Hinsicht — verhindern. Chancen und Grenzen dieses Problembewußtseins innerhalb der Jugendforschung sollen an zwei Beispielen erläutert werden:

Das erste Problem betrifft die Differenz zwischen der Kenntniserweiterung des Schülers in Sachen sozialistischer Weltanschauung und seinem tatsächlichen Verhalten im Alltag. So heben Friedrich und Müller in ihrer Untersuchung „Soziale Psychologie älterer Schüler“ von 1983 warnend hervor: „Kenntniserweiterung bedeutet nicht zugleich auch fester gefügte Wertorientierungen. Ein solcher intellektueller Reduktionismus wäre gefährlich. Im Jugendalter entwickelt sich auch die Fähigkeit, geistige Reflexionen von tatsächlichem Verhalten zu lösen. Es gibt genügend Beispiele, daß gute Kenntnisse nicht immer übereinstimmen mit den erforderlichen Bekenntnissen.“<sup>12)</sup> Anders ausgedrückt: Die Herausbildung der sozialistischen Weltanschauung verläuft nicht

<sup>11)</sup> Vgl. DDR-Handbuch, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, wiss. Leitung: H. Zimmermann, 2 Bde., Köln 1985<sup>3</sup>, S. 688 f.; Wörterbuch zur sozialistischen Jugendpolitik, Berlin (DDR) 1975, S. 177.

<sup>12)</sup> Vgl. W. Friedrich und H. Müller (Hrsg.), Soziale Psychologie älterer Schüler, Berlin (DDR) 1983, S. 67.

parallel zur Akkumulation politischen Wissens. Gute Schüler — im Sinne des Staatsbürgerkundeunterrichts — müssen nicht unbedingt ideologisch gefestigt sein, d. h. es mangelt ihnen mitunter an Weltanschauung. Hier wird ein Problem angesprochen, das inzwischen weithin wahrgenommen und auch in der Belletristik seinen Niederschlag findet (Erik Neutschs „Zwei leere Stühle“, 1980). Die Partei und die anderen Erziehungsinstanzen können den Prozeß der Umsetzung von Wissensvermittlung in emotionale Verinnerlichung nicht kontrollieren geschweige denn erzwingen. Es herrscht, das geht vielfach aus der Literatur und aus den Gesprächen mit Bürgern der DDR hervor, eine Tendenz zur „Veräußerlichung“ und „Abspaltung“ des politischen Wissenskanons vor. Politisches Wissen wird von Jugendlichen gelernt, ist abfragbar, benotbar, kann aber — ebenso wie anderes Wissen — beiseitegelegt werden, d. h. ist funktionalisierbar und manipulierbar. Kuhrt spricht in diesem Zusammenhang von einer „Flucht in den Ritualismus“<sup>13)</sup>.

Hinter dem Eingeständnis der Jugendforschung, daß es objektive Grenzen der ideologischen Steuerung gibt, steckt einmal die Erkenntnis, daß die von der Partei schon immer angestrebte, in den letzten Jahren aber als doppelt notwendig empfundene emotionale Fixierung im Kind und im Jugendlichen nicht derart wirksam wird, wie es wünschenswert erscheint. Es scheint im Gegenteil eher so zu sein, daß mit zunehmendem Alter eine vorrangig rationale Verarbeitung der weltanschaulichen Inhalte erfolgt (die ja auf fachlichem Gebiet durchaus gefördert wird), die die vorhandenen Widersprüche als solche registriert und mit einer rationalen und emotionalen Distanzierung beantwortet.

Ein Paradebeispiel für diesen Vorgang liefert der biographische Bericht eines Studenten, der 1978 in die Bundesrepublik übersiedelte: „Allein die Primitivität der Propaganda, die einem mit zunehmendem Alter immer fragwürdiger erscheint, ihre Eindringlichkeit und Penetranz, erschöpfen sehr schnell die Aufnahmefähigkeit und vor allem den Aufnahmewillen des Jugendlichen. So kommt es, daß der Staatsbürgerkundeunterricht bald zum Horrorfach wird, das einem nur die Zeit stiehlt und tödlich nervt. — Dieser Anti-Effekt wurde bei mir noch verstärkt, als ich allmählich ‚erwachte‘

<sup>13)</sup> Vgl. E. Kuhrt (Anm. 8.), S. 40.



und meine Umwelt genauer wahrnahm. Ich hörte aufmerksamer den Gesprächen meiner Eltern zu, die sich keineswegs mit dem deckten, was der Lehrer in der Schule erzählte. Meine Mutter beklagte nicht endenwollende Versorgungsschwierigkeiten, mein Vater schimpfte auf die Innenpolitik. Dazu kam noch das Fernsehen, das buchstäblich jeden Tag den enormen Qualitätsunterschied in Information und Unterhaltung demonstrierte. So wurde ich, wie fast alle Kinder in diesem Land, zur *DDR-spezifischen Schizophrenie* erzogen, nämlich in der Schule so zu tun als ob und das zu sagen, was der Lehrer hören wollte, und zu Hause, unter Freunden die eigene wirkliche Meinung zu sagen ... *In der DDR heißt das die Acht-Stunden-Ideologie*. Dieser Begriff macht deutlich, daß sich die Persönlichkeitsspaltung von der Schule bis ins Berufsleben fortsetzt; es sei denn, der jeweils Betroffene durchbricht gewaltsam diese Spirale ... Selbst für uns als Kinder war es eine ausgemachte Sache, daß wir vor fremden Personen nicht erzählten, was wir gestern im Westfernsehen gesehen hatten und wie wir über viele Dinge im Staat dachten. Wir sind so hineingewachsen in das Klima der Denunziation und der Vorsicht vor den Mitmenschen, insbesondere vor den Lehrern, daß auch ich an dieser untragbaren Situation nichts Ungewöhnliches fand. Es war halt eben so und ließ sich nicht ändern.“<sup>14)</sup>

Mathias Bothe war der Sohn von nonkonform denkenden (wenngleich nicht handelnden) Eltern. Bei ihm ist der Prozeß der Persönlichkeitsspaltung bzw. der Abspaltung des Staatsbürgers vom Privatmenschen durch sein Elternhaus geprägt. Der umgekehrte Fall funktioniert aber auch. Vielfach wird inzwischen berichtet (so in Ulrich Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“, 1973; in Thomas Braschs „Vor den Vätern sterben die Söhne“, 1977; in Volker Brauns „Unvollendete Geschichte“, 1975), daß die Veräußerlichung politischer Inhalte und die Ritualisierung politischer Handlungen Prozesse sind, die auch in Elternhäusern mit engagierten Sozialisten/Funktionären stattfinden können<sup>15)</sup>. Der Bruch hat augenscheinlich mehr zu tun mit der Intensität der eigenen Erfahrungen als Jugendlicher und mit dem

Eltern-Kind-Konflikt als mit der Existenz oder Nichtexistenz einer geschlossenen Weltanschauung bei den Eltern.

Eine andere Art von Vermittlungsproblem wird von der Jugendforschung in der Mehrdeutigkeit der Begrifflichkeiten erblickt, in denen Weltanschauung vermittelt wird: „Wie Analysen ergeben, verführt die umgangssprachliche und emotionale Vertrautheit vieler Begriffe wie Sozialismus, Kommunismus, Demokratie, Freiheit zu einer oberflächlichen Verarbeitung. Viele Schüler haben eine nur ungenaue Begriffsvorstellung und glauben, damit auszukommen. Auf diese Weise können Definitionselemente bürgerlicher Ideologien Verwirrung stiften und eine eindeutige Bewertung im Sinne des Marxismus-Leninismus erschweren.“<sup>16)</sup>

Hier wird ein Dilemma angesprochen, mit dem die Lehrer und die anderen ideologischen Wissensvermittler in Zukunft noch mehr zu tun haben werden. Von Kindheit an werden die Jugendlichen mit den oben genannten Begriffen vertraut gemacht, ja es wird auf die emotionale Besetztheit der Begriffe geachtet; dadurch geraten Begriffe, die ursprünglich wissenschaftlich-analytische Qualitäten hatten — dies durchaus beabsichtigt — in den Alltagsbereich und werden inflationiert, d. h. ihre Aussagefähigkeit verringert sich zunehmend. Es kommt hinzu, daß durch die hohe Beeinflussung der Jugendlichen seitens der westlichen Medien die Begriffe des wissenschaftlichen Sozialismus wiederum in einem anderen Licht erscheinen. Für die Jugendlichen ist es eine alltägliche Erfahrung, mit z. T. den gleichen Begriffen aus unterschiedlichen weltanschaulichen Richtungen konfrontiert zu werden (z. B. Demokratie, Freiheit, Individuum). Daß diese Inflationierung der Begrifflichkeiten auch zu einer emotionalen und rationalen Distanzierung führen kann, verwundert dann nicht mehr. Diese Problematik wird im übrigen von neueren westlichen Untersuchungen über die Verschiebung von Begrifflichkeiten in der politischen Sprache bestätigt<sup>17)</sup>.

Aus diesem Dilemma gibt es für die Pädagogen und Politiker der DDR kaum einen Ausweg. Re-

<sup>14)</sup> M. Bothe, Die Acht-Stunden-Ideologie, in: L. Julius und G. Finn (Hrsg.), Von Deutschland nach Deutschland. Zur Erfahrung der inneren Übersiedlung, Köln 1983, S. 60 f. — Hervorhebungen von mir.

<sup>15)</sup> Das berichten auch W. Büscher und P. Wensierski in ihrem Buch „Null Bock auf DDR. Austeigerjugend im anderen Deutschland“, Hamburg 1984<sup>3</sup>, S. 28 und 91 ff.

<sup>16)</sup> W. Friedrich und H. Müller (Anm. 12), S. 73

<sup>17)</sup> Vgl. P. C. Ludz, Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR, München — Wien 1980, und O. Gudorf, Sprache als Politik. Untersuchung zur öffentlichen Sprache und Kommunikationsstruktur in der DDR, Köln 1981.



konstruieren sie die wissenschaftlich-analytische Qualität der Begriffe, so können daraus unter Umständen kritische Potenzen entstehen, die in Konflikt mit der Staatsmacht geraten. Im Bereich der intellektuellen Diskussion wäre dies nicht das erste Mal (vgl. den „Fall Bahro“). Wird darauf beharrt, die ideologischen Begrifflichkeiten in den Alltag der Jugendlichen zu integrieren — und das ist die gegenwärtig vorherrschende Tendenz —, so werden sie zwar populärer, aber auch

sinnentleerer, bloße Glaubensartikel. Ein solches System festgelegter sprachlicher Kodifikation dient dazu, die Kommunikation zu kontrollieren; es kann aber auch dazu führen, daß sich unterhalb der kodifizierten Sprachregelung informelle, gruppenspezifische Formen der sprachlichen und habituellen Verständigung entwickeln. Es wird zu zeigen sein, daß dieser Prozeß bei einem Teil der Jugendlichen in vollem Gange ist.

## II. Die Bedeutung der Familie für die Bewußtseinsbildung von Jugendlichen

Wie groß die Schwierigkeiten sind, jugendliche Bewußtseinsbildung in eindeutigem Sinne zu steuern, geht, das hat die Jugendforschung inzwischen mehrfach bestätigt, aus der traditionellen und immer wieder neu bestätigten Rolle der Familie hervor. Die Familie ist nachweislich der größte Einflußfaktor im Leben der Jugendlichen. In der Studie „Jugend konkret“ wird dies ausdrücklich bestätigt, sei es, indem die „strategische Fernwirkung“ der Familie auf die Persönlichkeitsherausbildung hervorgehoben wird, sei es, indem auf die direkte Übernahme elterlicher Wertsysteme und Verhaltensmuster durch die Jugendlichen verwiesen oder auf die geringen Einflußmöglichkeiten parteilicher und staatlicher Erziehungsinstitutionen auf jene Jugendlichen hingewiesen wird, die schon im Kindesalter stabile Wertorientierungen im Elternhaus vermittelt bekamen<sup>18)</sup>.

Dies bedeutet, daß den ideologischen Erziehungsbemühungen von Partei und Staat Grenzen gesetzt sind. Zwar wachsen die heutigen Jugendlichen in Familien auf, in denen Mutter und Vater selbst durch die von Partei und Staat dominierten Sozialisationsinstanzen gegangen sind. Aber die Zeiten, in denen die Partei (und augenscheinlich auch die damals in den Kinderschuhen steckende Jugendforschung) behaupten konnte, die Domi-

nanz der Partei über die Familie sei gewährleistet, sind vorbei<sup>19)</sup>. Nicht länger mehr gilt, was Rudolf Maerker in seiner Untersuchung über die Jugend der DDR am Ende der sechziger Jahre feststellen wollte, als er schrieb, die (damaligen) Elternhäuser in der DDR verhielten sich „angepaßt“; die häuslichen Bindungen der Kinder ließen — vor allem wegen der Berufstätigkeit der Mütter — nach; es gäbe kein Generationsproblem mehr, und schließlich ziehe die Anpassung der Eltern an Partei und Staat eine weitgehende Nivellierung der Jugend nach sich<sup>20)</sup>.

Richtig ist hingegen, daß die häuslichen Bindungen nicht nachgelassen haben, und daß die Partei dies bei ihren Erwägungen zur Jugenderziehung in Rechnung stellen muß. Der Familienverband besitzt nach wie vor — trotz der sicher vorhandenen Anpassungsleistung — eine relative Selbständigkeit im Gesellschaftsgefüge, mit der Partei und Staat zu rechnen haben<sup>21)</sup>.

So wird in der Studie „Die Freizeit der Jugend“ eingestanden: „Durch die Erziehung in der Familie werden bestimmte Verhaltensweisen von Generation zu Generation reproduziert. In viel stärkerem Maße als im Arbeitsprozeß wirken im Freizeitbereich (und in den gehört die Familie ja — A.G.) Traditionen, Gewohnheiten, Bräuche und andere Erscheinungen der gesellschaftlichen und

<sup>18)</sup> Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Hrsg.), *Jugend konkret*, Berlin (DDR) 1984, S. 272 f.; vgl. dazu auch die Vergleichsuntersuchung von Y. van den Auweele (1973) über „Zukunftsvorstellungen von 15jährigen in der DDR und der BRD“, in der festgehalten ist, daß die Familienbindung von Jugendlichen in der DDR stärker und positiver ist als bei Jugendlichen in der Bundesrepublik, Y. van den Auweele, in: W. Jaide und B. Hille (Hrsg.), *Jugend im doppelten Deutschland*, Opladen 1977, S. 265.

<sup>19)</sup> Vgl. W. Ulbricht, *Fragen der sozialistischen Bewußtseinsbildung*, in: ders., *Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaus*, Berlin (DDR) 1960, S. 168—175.

<sup>20)</sup> Vgl. R. Maerker, *Jugend im anderen Teil Deutschlands. Schrittmacher oder Mitmacher?*, München 1969, S. 13 ff.

<sup>21)</sup> Vgl. A. Pinther, *Zum Einfluß der Familienerziehung auf die Nutzung der Massenkommunikationsmittel durch Schüler*, in: *Jugendforschung*, (1970) 16, S. 61.



nationalen (sic!) Psyche. Willkürliche Eingriffe in diese Späre des gesellschaftlichen Lebens durch unüberlegte Versuche, die Lebensweise zu ‚vervollkommen‘, können problematische und schwer vorhersehbare Folgen haben.“<sup>22)</sup>

Weil sie erkannt hat, daß die Persönlichkeit des Kindes durch die Familie geprägt wird, strebt die Partei eine Arbeitsteilung zwischen den öffentlich-politischen Erziehungsinstitutionen und der Familie an. Dabei wird der Familie mit der Vermittlung sozialer Grundwerte (eben der oben erwähnten Lebensdisziplin) eine weitaus größere Bedeutung beigemessen, als noch in den sechziger Jahren<sup>23)</sup>. In ihr sollen die Grundlagen für die Anpassungsbereitschaft des Kindes geschaffen werden, an der dann Schule, Partei und Betrieb anknüpfen.

Die wichtigsten Wertorientierungen, die sich die Partei von der Familienerziehung wünscht, sind *Arbeitsdisziplin* und *politisches Wertebewußtsein*. Dabei bezieht sich Arbeitsdisziplin nicht nur auf die später im Erwachsenen- und Berufsleben geforderte Leistungsbereitschaft; sie beginnt schon bei der Haus- bzw. bei den Schularbeiten. In einem von Otmar Kabat vel Job verfaßten Elternratgeber wird die richtige Erziehung zur Mitarbeit im Haushalt ebenso hoch bewertet wie die Förderung der dauerhaften Bereitschaft zum Lernen, der Vorstufe der „erwachsenen“ Arbeitsdisziplin<sup>24)</sup>. Angestrebtes Ziel dieser Erziehung ist, daß die Kinder/Jugendlichen erkennen sollen, daß individuelles und gesellschaftliches Interesse zusammenfallen, bzw. daß ihr individuelles Interesse im Konfliktfall hinter dem gesellschaftlichen Interesse zurückzustehen hat<sup>25)</sup>.

Einem Grundverhalten, das in den Familien auch der DDR gepflegt wird, dürften Partei und Staat zumindest zwiespältig gegenüberstehen: Trotz des in der Verfassung (Art. 20 Abs. 2)<sup>26)</sup> und im Familiengesetzbuch<sup>27)</sup> verankerten Gleichheitsgebots und trotz der von Frauen verlangten gleichen ökonomischen Leistungsbereitschaft, wird in den Familien nach wie vor geschlechtsspezifisch erzogen.

<sup>22)</sup> P. Voß u. a., Die Freizeit der Jugend, Berlin (DDR) 1981<sup>3</sup>, S. 32.

<sup>23)</sup> Vgl. DDR-Handbuch (Anm. 11), S. 373.

<sup>24)</sup> Vgl. O. Kabat vel Job, Keine Angst vor großen Kindern. Ratschläge für den Umgang mit Jugendlichen in der Familie, Leipzig 1983, S. 37 f. und S. 75 ff.

<sup>25)</sup> Vgl. DDR-Handbuch (Anm. 11), S. 371

<sup>26)</sup> Vgl. H. Roggemann (Hrsg.), Die DDR-Verfassungen, Berlin 1976<sup>2</sup>, S. 121.

<sup>27)</sup> Vgl. DDR-Handbuch (Anm. 11), S. 375.

gen. Mädchen lernen, weibliche Fähigkeiten auszubilden, bei Jungen wird das technische Interesse gepflegt. Und wie das tradiert wird von einer Generation zur anderen, das erzählt in Kabat vel Jobs Untersuchung ein Mädchen, daß über die Verteilung der Erziehungsfunktionen in der Familie spricht: „Meine Mutter ist mir in ihrem Verhalten anderen Menschen gegenüber ein Vorbild, da sie zu allen Familienmitgliedern stets freundlich ist. Selbst wenn sie Ärger gehabt hat, versucht sie, uns gegenüber ruhig und ausgeglichen zu sein. Ich habe großes Vertrauen zu ihr. Sie nimmt sich viel Zeit für mich, über alles kann ich mit ihr reden. Mein Vater ist mir in seinem Arbeitsfleiß ein Vorbild. Auch versucht er, sich stets so viel Zeit wie nur möglich für uns zu nehmen, unterstützt mich bei den Hausaufgaben und gibt mir wertvolle Hilfen. Nach den Nachrichten erklärt er mir die Hintergründe weltpolitischer Ereignisse. Ich möchte so werden wie meine Eltern.“<sup>28)</sup>

Hinter dieser Schilderung der elterlichen Arbeitsteilung steht das alte Modell der geschlechtsspezifischen Tradierung von Verhaltensmustern. Die Mutter: stets freundlich, ruhig, ausgeglichen; die Tochter kann alles mit ihr besprechen. Der Vater sorgt für die strategischen Orientierungen; er erklärt den Weltzusammenhang anhand der Nachrichten in den Medien, er unterstützt und kontrolliert das Kind bei den Hausaufgaben. Diese Rollenaufteilung setzt sich von der Mutter auf die Tochter und vom Vater auf den Sohn fort. Daß dies wirklich so ist und nicht etwa nur ein Einzelfall, geht vielfach aus den Ergebnissen der Jugend- und auch der Familienforschung hervor, ob es nun Untersuchungen zur Arbeitsmotivation, zum politischen Interesse oder zu den Lebenszielvorstellungen betrifft<sup>29)</sup>. Daraus erhellt, wie schwer die rollenspezifischen Klischees, die jahrhundertlang gewachsen sind und auch von der gesellschaftlichen Moral des Sozialismus gestützt werden, zu verändern sind.

Diese Beurteilung wird durch Daten über die Freizeitgewohnheiten von Jugendlichen bestätigt. So besteht eine erhebliche Differenz sowohl im Freizeitumfang als auch in den Freizeitinhalten. Weibliche Jugendliche, ob nun in Schule, Lehre oder Betrieb, haben durchschnittlich 20 % weniger Freizeit als männliche Jugendliche; darüber hin-

<sup>28)</sup> O. Kabat vel Job (Anm. 24), S. 53.

<sup>29)</sup> Vgl. G. Helwig, 20 Jahre Familiengesetzbuch. Tradition und Fortschritt in der Familienpolitik der DDR, Vortrag auf der XIX. DDR-Forschertagung, Ms.



aus ist ihre freie Zeit in höherem Maße von Hausarbeit (also typisch „weiblicher“ Tätigkeit) geprägt<sup>30</sup>).

Weibliche Schüler lesen mit fortschreitendem Alter immer weniger technische Literatur und immer mehr Literatur über Liebe und Ehe; dies in einem Alter, in dem die endgültige Festlegung auf die gesellschaftliche Rolle erfolgt<sup>31</sup>). Gleiches ist über die Fernsehgewohnheiten zu berichten: Unterhaltungssendungen werden mehr von Mädchen gesehen, Sportsendungen und Kriminalfilme mehr von Jungen<sup>32</sup>).

Auch ihre Zukunft stellen sich Mädchen anders als Jungen vor. So stand bei 14- bis 16jährigen Mädchen 1978 an zweiter Stelle nach dem beruflichen Erfolg (72 Prozent) das persönliche Glück und der Kinderwunsch (57 Prozent und 42 Prozent), an dritter Stelle Wohnung (40 Prozent) und Geld (28 Prozent), während bei Jungen im gleichen Alter die Rangordnung gleich ist, aber insgesamt bei weniger Prozent liegt. Bei ihnen schlagen die Wünsche nach dem Erwerb von technischen Geräten, dem Besitz von Geld und dem Erleben von Abenteuern mehr zu Buche<sup>33</sup>).

Schaut man sich vergleichbare Untersuchungen aus den sechziger Jahren an, so ist interessant, daß im Vergleich zu damals das Fortkommen im Beruf für Mädchen heute eine größere Bedeutung einnimmt. So berichtet Maerker in seinem 1969 erschienenen Buch „Jugend im anderen Teil

Deutschlands“ von einer Befragung, nach der 14- bis 16jährige Mädchen das Fortkommen im Beruf mit nur 13 Prozent favorisierten, während Liebe, Familie und Ehe mit 20 Prozent, der Erwerb einer Wohnung mit 14 Prozent angegeben wurden<sup>34</sup>). Aber es handelt sich hier um „Lebenswünsche“, nicht um tatsächliche Rangplätze im Leben der Mädchen. Tatsächlich ist die Bindung der jungen Frauen an ihren Beruf heute geringer als die der jungen Männer. Weiterbildung spielt für sie eine geringere Rolle als für ihre männlichen Kollegen, und — da eine positive Korrelation zwischen Weiterbildung und politischem Interesse unterstellt wird — auch ihr politisches Interesse ist geringer<sup>35</sup>). Dies ist freilich keine neue Erscheinung, sondern wurde schon Ende der sechziger Jahre in der Intervallstudie „Junge Arbeiter“ festgestellt<sup>36</sup>).

Die geschlechtsspezifische Erziehung in den Familien reproduziert sich nicht nur in der Tradierung der Geschlechterrollen, sondern sie scheint auch einen spezifischen Konservatismus zu produzieren, der sich im gesellschaftlichen Verhalten der Kinder fortsetzt. Dabei wird Konservatismus hier zunächst verstanden als mentale und handlungsgerichtete Haltung des Bewahrens und der Kontinuität, die auf die Fortsetzung bestehender Strukturen abhebt. Indizien dafür lassen sich im Freizeitverhalten und in den Lebenswünschen von Jugendlichen finden.

### III. Freizeit und Konsum als Kompensationsmöglichkeiten

Das Freizeitverhalten von Jugendlichen ist stark von Konsumwünschen und Konsumdenken geprägt. Fernsehen steht an erster Stelle der nationalen Freizeitgewohnheiten, dies auch bei jugendlichen Schülern, Lehrlingen und Arbeitern (zwi-

schen 8,9 Stunden bei Schülern und 6,3 Stunden bei jungen Arbeitern durchschnittlich pro Woche); ebenfalls einen hohen Anteil an der Freizeit nimmt der Konsum von Musik ein (zwischen 3,7 Stunden bei Schülern und 3,5 Stunden bei Lehrlingen; junge Arbeiter dagegen hören mit 1,8 Stunden pro Woche deutlich weniger Musik). Dabei sind diese Angaben mit Vorbehalt zu betrachten, da sie sicher zu niedrig angesetzt sind; ihnen wurde wahrscheinlich nur der Stundenaufwand an rein mit Musik verbrachter Zeit zugrunde gelegt. Da Musikhören aber eine Tätigkeit ist, die oft neben einer anderen Tätigkeit gepflegt wird, dürfte hier ein höherer Zeitaufwand angesetzt werden. — Und schließlich die Pflege von Freundschaften; auch sie nimmt einen hohen Zeit-

<sup>30</sup>) Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 161, und P. Voß u. a. (Anm. 22), S. 84.

<sup>31</sup>) Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 221.

<sup>32</sup>) Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 222.

<sup>33</sup>) Vgl. W. Friedrich und H. Müller (Anm. 12), S. 61.

<sup>34</sup>) Vgl. R. Maerker (Anm. 20), S. 79.

<sup>35</sup>) Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 50 und 52.

<sup>36</sup>) Vgl. W. Gerth, Die Rolle der Arbeiterjugend im gesellschaftlichen Gesamtsystem der DDR und ihre Widerspiegelung im Bewußtsein von Lehrlingen und jungen Facharbeitern, in: Jugendforschung, (1970) 11, S. 70.



anteil ein (zwischen 5,1 Stunden bei jungen Arbeitern und 6,5 Stunden bei Schülern)<sup>37)</sup>.

Die konsumorientierte und vor allem private — d. h. nicht von Partei und Staat organisierte<sup>38)</sup> — Gestaltung der Freizeit durch Jugendliche macht denn auch der Partei und den Jugendforschern Sorge, und dies zu Recht: Zwar tangiert der private Charakter der Freizeit in keiner Weise die Staatsinteressen; im Gegenteil: er kann auch die Bereitschaft zum „Arrangement“ fördern. Und Vermutungen wie die von Queißer, daß der Konsum von Westmedien plus einem Zuviel an Freizeit ursächlich zur Jugendkriminalität beitragen, werden weder allgemein geäußert, noch haben sie viel Plausibilität für sich<sup>39)</sup>. Aber eine frei verbrachte Freizeit, die dem Konsum der internationalen Popkultur und dem Kontakt mit Freunden dient, führt nicht unbedingt zur Anhebung der ökonomischen Leistungsbereitschaft. Auf die aber wird es — und dies ist nicht nur eine Floskel in den besorgten Reden von Parteifunktionären — in Zukunft vermehrt ankommen. Der Anteil der Freizeit am Leben der Menschen wird künftig in der DDR zunehmen: Die gegenwärtig forciert betriebene Technologisierungswelle wird nicht nur Arbeitskräfte frei- und umsetzen, sondern auch — langfristig — die Arbeitszeit verringern, d. h. die Freizeit vermehren. In diesen Genuß werden schon diejenigen Jugendlichen kommen, die heute am Ende ihrer Schulzeit stehen. Es ist daher nur zu verständlich, daß sich Partei und Staat samt den Freizeitsoziologen und den Jugendforschern darüber Gedanken machen, wie sie auf diese Freizeit Einfluß nehmen können.

Einerseits wachsen die Anforderungen der Jugendlichen an die Freizeitangebote, andererseits wollen Partei und Staat die Kontrolle über die Freizeitkultur behalten. Einerseits müssen Partei und Staat die Ventilfunktion, die beispielsweise die 5 000—6 000 Diskos im Land haben, akzeptieren, auch wenn die damit verbundenen Alkohol- und Gewaltprobleme nicht geringer werden, andererseits müssen sie verhindern, daß die gegenwärtig vorherrschende Tendenz bei den Jugendlichen, sich im Arbeitsleben auf minimalster Ebene zu arrangieren, um in der Freizeit ihre Persönlich-

keit auszuleben, außer Kontrolle gerät. Die Zeiten dafür sind nicht günstig: Der Verlust an gesellschaftlicher Perspektive, die Reduzierung der Zukunft auf das Schlagwort der „sozialen Sicherheit“, wie es Otto Reinhold, Philosophieprofessor und ZK-Mitglied anläßlich des XI. Parteitags der SED unlängst im West-Fernsehen ausführte, werden den Jugendlichen keine Alternative bieten können.

Dieser Prozeß, der im Ergebnis zur Entpolitisierung bzw. zur Abspaltung des politischen vom persönlichen Leben führt, ist in vollem Gange. Ablesbar ist dies unter anderem an der Bedürfnisstruktur und den Lebensvorstellungen von Jugendlichen. Die Jugendforscher Friedrich und Gerth schreiben: „Die Jugend von heute hat eine in vielem anders geartete Erwartungs- und Strebensstruktur als junge Leute vor 20 bis 30 Jahren. Vieles, was damals Strebensideal war, ist heute schon selbstverständlich. Heute haben die 13- bis 16jährigen mehr allgemeine Lebensideale. Ihre Wünsche sind weniger auf konkrete Dinge (Gegenstände für Spiel, Sport, Kleidung, einzelne Geräte) gerichtet, dafür im sächlichen Bereich mehr auf finanzielle Liquidität, Lebenskomfort und langfristige Anschaffungen. Es spielen heute soziale Orientierungen (Partner, Ehe, eigene Kinder) viel zeitiger eine größere Rolle ... Weitere Orientierungen, die früher in den Wunschangaben dominierten (Schulerfolg, Gesundheit, auch Kleidungsstücke, Spielsachen), treten heute in den Nennungen der Jugendlichen zurück, da sie zu den Selbstverständlichkeiten der Lebensweise, zu gewohnten Errungenschaften gehören. Andererseits werden jetzt auch Wünsche betont (Wohnung, Fahrzeug, Geld), an deren Realisierung früher nicht zu denken war.“<sup>40)</sup>

In diesen Überlegungen wird der Eindruck erweckt, als sei die Jugend anspruchsvoller geworden. Dies ist sicher richtig. Entscheidend ist aber: Es geht klar aus den Untersuchungen hervor, daß die Privatisierung des Lebens und die Fixierung auf Konsumziele im Bewußtsein der Jugendlichen zugenommen haben. Diese Orientierungen kollidieren eindeutig mit den tradierten Politikformen und den aus ihnen hervorgehenden Mobilisierungs- und Leistungsanforderungen an Jugendliche<sup>41)</sup>. Die Forscher warnen davor, bei den Jugendlichen Vorstellungen vom „bequemen Le-

<sup>37)</sup> Vgl. P. Voß u. a. (Anm. 22), S. 88 und 132.

<sup>38)</sup> Wobei es hier Überschneidungen gibt; man denke nur an die von der FDJ regelmäßig organisierten Rockveranstaltungen wie „Rock für den Frieden“.

<sup>39)</sup> Vgl. W. Queißer, *Jugendstreiche oder Rowdytum?*, Berlin (DDR) 1983, S. 35 und 37.

<sup>40)</sup> W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 60.

<sup>41)</sup> Vgl. W. Friedrich und H. Müller (Anm. 12), S. 65.



ben“ zu unterstützen<sup>42</sup>). Hier täte ideologische Schulung not, so wird argumentiert, damit die Konsumwünsche in den „richtigen Rahmen“ gelenkt werden könnten und die Bereitschaft zu mehr Leistung im Arbeitsleben und zu mehr Engagement im gesellschaftlich-politischen Leben zunehme<sup>43</sup>).

Die Jugendforscher befürchten also — konkret gesprochen — Desintegrationserscheinungen bei den Jugendlichen: Rückzug, Verweigerung, gar

Resistenz. Aber außer der Forderung nach mehr parteilicher und staatlicher Einflußnahme fällt ihnen dazu gegenwärtig nichts ein.

Die Sorgen, die sich Partei, Staat, Jugendforschung und andere Erwachsene um die Jugendlichen machen, werden auch in der Jugendliteratur aufgegriffen. Dabei entsteht ein spezifisches — wenngleich mitunter künstlerisch verfremdetes — (Wunsch-)Bild von Jugendlichen, vom dem im folgenden die Rede sein soll.

#### IV. Jugendliteratur: Zwischen erhobenem Zeigefinger und Schulterklopfen

Jugendliteratur in der DDR, das heißt Literatur von Erwachsenen über Jugendliche und für Jugendliche. Von seiten der Partei ist relativ klar, was Jugendliteratur zu leisten hat: Ihre Autoren sollen die Erziehungsbemühungen der Partei um die Jugend verstärken helfen. Jugendliteratur soll die von der Partei vermittelten allgemeinen Erziehungsziele aufnehmen und erzählerisch gestalten. Dies sind vor allem:

— die Einübung loyalen, d. h. sozialistischen Bewußtseins und

— die Gewöhnung an gesellschaftliche Arbeitsdisziplin und Leistungsbereitschaft.

Es soll hier nicht die Rede sein von der von den Jugendlichen bevorzugt gelesenen sogenannten „Heftreihenliteratur“, also den Kriminal-, Abenteuer- und Science-fiction-Heften, die die Jugendlichen ab 10 Jahren verschlingen<sup>44</sup>). Hier soll hingegen gehandelt werden über jene ästhetisch und literarisch höhergestellte schöngeistige Jugendliteratur, die in Buchform erscheint und — wenn

gleich sicher weniger — auch von Jugendlichen gelesen wird.

Als ernsthaftes Genre in der Literatur ist das Jugendbuch 1972 ins Bewußtsein gedrungen, als Ulrich Plenzdorf „Die neuen Leiden des jungen W.“ geschrieben hatte. Dieser Tagebuchroman im Montagestil enthielt den exponiertesten Ausdruck dessen, was Jugendliche damals bewegte und was ein Erwachsener davon aufnehmen konnte. Dieses Stück Literatur ist — nachdem sein Erscheinen zunächst behindert und verzögert wurde — seinerzeit in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik lebhaft wahrgenommen und vielfach rezensiert worden. Das Buch, das ja dann auch erfolgreich als Theaterstück in der DDR aufgeführt wurde, wirbt um Verständnis für die Nöte und individuellen Freiheitswünsche von Jugendlichen, ohne daß ihm ein penetrant pädagogischer Ton anhaftet. Plenzdorf gestaltet die Geschichte eines Jugendlichen, der von zu Hause wegläuft, weil ihm der vorgezeichnete Lebensweg als Sackgasse erscheint. Er zieht aus der Provinz in eine Laubenkolonie am Rande Berlins und lebt dort als „langhaariger Nichtstuer“, bis er Arbeit in einer Malerbrigade findet. In dem Bemühen, dieser Brigade durch Erfindung einer Spritzpistole die Arbeit zu erleichtern, kommt er ums Leben.

Der Ausbruch des Helden aus dem Alltag, sein Tod am Schluß und der in dem Roman verwendete Jugendlichen-Jargon entfachten in der DDR viele Debatten<sup>45</sup>). Hier wurde zum ersten Mal literarisch formuliert, daß sich die Welt der Erwachsenen meilenweit von der der Jugendlichen ent-

<sup>42</sup>) „Deshalb sind Mängel im Leistungsanspruch oder Vorstellungen von einem konfliktfreien, bequemen Leben, wie sie bei manchen Jugendlichen noch feststellbar sind, ernste Signale, daß wesentliche Voraussetzungen für die inhaltliche Lösung gesellschaftlicher Prozesse nicht erfüllt werden.“ W. Friedrich und H. Müller (Anm. 12), S. 65.

<sup>43</sup>) So wird bei Friedrich und Gerth angeführt: „Mehr Wissen und Können führen allgemein zu einem reichhaltigeren und sinnvolleren Gebrauch der Freizeit. Je besser die Leistungen in Schule und Beruf, desto häufiger werden geistig anspruchsvolle Freizeitaktivitäten realisiert.“ W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 167.

<sup>44</sup>) Anita Mallinckrodt hat in ihrem Buch über „Das kleine Massenmedium“ die weltanschaulichen Gehalte der Heftreihenliteratur aufgelistet; vgl. A. Mallinckrodt, Das kleine Massenmedium. Soziale Funktion und politische Rolle der Heftreihenliteratur, Köln 1984, insbes. S. 259 ff.

<sup>45</sup>) Vgl. A. Grunenberg, Bedingungen und Formen gesellschaftlicher Bewußtseinsbildung, Habil.-Schrift, Ms., S. 258 f.



fernt hatte und umgekehrt die Welt der Jugendlichen von der der Erwachsenen. Jugend wird hier in der Gestalt eines empfindsamen, sich seiner Gefühle keineswegs sicheren, hochintelligenten jungen Mannes als eigenständige, wenngleich keineswegs gradlinige Lebensphase geschildert. Besonderer Ausdruck findet dies in der Sprache, die voll von Amerikanismen, Kürzeln, Übertreibungen ist, kurz: das ganze Gegenteil der zweckrationalen und schmucklosen Erwachsenensprache. Es ist die (internationale) Sprache einer in-group, die mit der Erwachsenenwelt nur noch die räumliche, aber nicht mehr die seelische Nähe verbindet. Wie nahe Plenzdorf an der sprachlichen Kommunikation der DDR-Jugend war, beweisen auch neuere Untersuchungen<sup>46</sup>). Wer wollte, konnte in dem Roman auch die generelle Schwierigkeit gestaltet sehen, in der DDR der Gegenwart seine Individualität sinnvoll zu entwickeln und zu leben.

Plenzdorfs 1972 erschienenes Buch war und ist der einsame Höhepunkt einer Jugendliteratur, die ihrer Annäherung an die jugendliche Kultur und Lebensweise noch immer hinterherhinkt.

Die Jugendliteratur schwankt insgesamt gesehen zwischen bevormundender Darstellung jugendlicher Devianz und schulterklopfender Schilderung jugendlicher Eingliederungsschwierigkeiten ins Arbeitsleben. So gab es einige Schriftstellerkollegen, die Plenzdorf mit ihren eigenen Arbeiten „korrigieren“ wollten und es nicht schafften, ihn nachzuahmen: Wolfgang Johos moralinsaures Epos „Der Sohn“ (1974) handelt von einem Oberschichtkind, das, um die Aufmerksamkeit des vielbeschäftigten Vaters auf sich zu lenken, das Wochenendhaus der Eltern anzündet. Hier wurde Schuld verteilt. In erster Linie wurde sie bei den „moralisch verwahrlosten“ Eltern gefunden. Der Sohn wurde den staatlichen Institutionen zur Umerziehung in die Hände gegeben. Joho ging es nicht darum, die Normen zu hinterfragen, sondern den Erziehungsanspruch des Staates vor dem der Familie herauszustreichen. Die jugendlichen Lebensprobleme standen deshalb für ihn im Hintergrund. Jugend erscheint bei ihm auf die Funktion eines Erziehungsobjekts reduziert. Auch Rolf Schneiders „Reise nach Jarosław“ (ebenfalls 1974) war nur ein schwacher Abklatsch dessen, was Plenzdorf aufgerissen hatte. Seine Heldin

kehrt nach einem Ausbruchsversuch anpassungswillig in dieselben Lebensverhältnisse zurück, derentwegen sie rebellierend aus dem Elternhaus ausgezogen war.

Was in der sogenannten „Erwachsenenliteratur“ als selbstverständliches Lebensproblem seit Jahrzehnten artikuliert wird: die Differenz zwischen den Generationen, so vor allem der Konflikt zwischen der Generation der „Erbauer“ und der der „Genießer“, wird in der Jugendliteratur oftmals noch negiert. Wenn man bei Thomas Brasch („Vor den Vätern sterben die Söhne“, 1977 im Westen erschienen) oder bei Monika Maron („Flugasche“, 1981 im Westen erschienen), aber auch vorsichtig bei Christa Wolf oder Günter de Bruyn und Klaus Schlessinger die Frustration und die Kritik der Jungen an den Alten spürt, dann ist dies — und es wird auch so wahrgenommen — eine Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und zugleich ein Indiz dafür, daß die junge Generation sich selbst behaupten will, ihren eigenen, immer schwieriger werdenden Weg gehen will. In Monika Marons Roman „Flugasche“ heißt es in einer Unterhaltung zwischen der noch jugendlichen Reporterin Josefa Nadler und ihrer um einige Jahre älteren Chefin Luise:

Luise: „Ich habe den Faschismus erlebt. Euer Grunderlebnis ist ein anderes, ich weiß. Ihr könnt die Vorteile des Sozialismus nicht an der Vergangenheit messen, die habt ihr nicht erlebt.“

Josefa: „Willst du ernstlich, daß wir unsere Vorzüge im Vergleich mit dem Faschismus beweisen? Als ihr angefangen habt 45, da hattet ihr doch ganz andere Ansprüche, oder? Als du plötzlich, antifaschistisch und sozialdemokratisch, für die Kommunisten Zeitung machen wolltest, haben sie dich nicht mit offenen Armen empfangen? Sie konnten dich gebrauchen so wie du warst. Ich weiß das alles: Ihr hattet wenig zu essen, ihr habt bis nachts gearbeitet und am Sonntag habt ihr auch noch Steine geklopft. Und warum bekommt ihr trotzdem alle leuchtende Augen, wenn ihr von dieser Zeit erzählt? Warum nicht, wenn ihr von 55 sprecht oder von 65? Weil irgendwann die Jahre begannen, einander zu gleichen, von einer Wahl zur anderen, von einem Parteitag zum nächsten Parteitag, Wettbewerbe, Jahrestage, Kampagnen.“<sup>47</sup>)

Gewiß ist der Generationskonflikt zwischen der Generation derer, die, wie Monika Maron, in der

<sup>46</sup>) Vgl. W. Oschlies, „Ich glaub', mich rammt ein Rotkehlchen...“. Jugendjargon und Soziolinguistik in der DDR, in: Muttersprache, (1981) 3—4, S. 185—195.

<sup>47</sup>) M. Maron, Flugasche, Frankfurt/M. 1981, S. 80.



Nachkriegszeit aufgewachsen sind, und denen, die in den sechziger und siebziger Jahren geboren sind, noch einmal verschärft worden. Und ebenso gewiß nimmt er heute in den seltensten Fällen politische Formen an. Im Gegenteil: Der normale Konflikt ist eher so gelagert, wie ihn Dieter Eue an seinem Helden Ketzler in seinem dokumentarischen Roman „Ketzlers Jugend“ beschreibt: Die Jugendlichen empfinden die Anpassungsanforderungen, die von Schule, Partei und Betrieb, aber auch von der Familie an sie gestellt werden, als Verlust jugendspezifischer Lebens- und Ausdrucksmöglichkeiten. Dies kommt in Ketzlers Anrede an seine Freundin B. zum Ausdruck: „Was soll denn nun kommen, B.? Was denn? Was sollen wir tun gegen die Schwere und gegen die Trauer erst? Diese grenzenlose Trauer. Die kommen wird mit den Jahren 26, 27, 28, 29, 30. Dreißig Jahre, B.! Wie leben ohne Jugend? ... Wie nicht bitter werden an diesem Zählen? Wie sich schützen davor? Wo wir doch allein sind, allein bleiben. Womit sollen wir uns noch täuschen? Womit noch verführen? Wir sind durch alles durch. Nicht einmal die Arbeit schützt mehr.“<sup>48)</sup>

Doch von dieser Trauer und Resignation, die beispielsweise auch in den Dokumentarfilmen von Junge und Leupold „Leben in Wittstock“ und „Lebensläufe“ förmlich zu fühlen ist — von dieser Trauer und Resignation ist im Gros der gehobenen Jugendliteratur wenig zu spüren. Drei Beispiele sollen das erhellen:

#### **Beispiel 1: Weltanschauung contra Leistung**

An Erik Neutschs Erzählung „Zwei leere Stühle“ (1980) wird deutlich, daß ein Großteil der Literatur für Jugendliche erzieherischen Charakter hat, aber nicht jugendlichen Lesebedürfnissen oder gar literarischen Qualitätsmaßstäben entspricht.

Erzählt wird ein Stück aus der Biographie zweier ehemaliger Schüler, deren Stühle beim Klassentreffen nach Jahren frei bleiben. Ihre Charaktereigenschaften lagen in der Schulzeit (scheinbar) klar zutage, verkehrten sich jedoch nach Schulabschluß: Der Musterschüler wird zum „Verräter“ am Sozialismus und flieht gen Westen — der Widerspenstige hingegen gibt sein Leben im Dienst am Vaterland (Armee). Neutsch diskutiert daran Sinn und Unsinn der schulischen Erziehung.

<sup>48)</sup> D. Eue, Ketzlers Jugend, Hamburg 1982, S. 289.

In Unterhaltungen und Reflexionen der ehemaligen Lehrer und der Parteifunktionäre wird kritisiert, daß die schulische Erziehung zu sehr am Prinzip der Leistungssteigerung ausgerichtet sei und zu wenig Wert auf die menschliche, vor allem aber weltanschauliche Erziehung lege. Der Kernsatz der Selbstkritik des Direktors der Schule lautet: „Wir erziehen die Schüler mehr zu Spezialisten als zu Sozialisten.“<sup>49)</sup> Doch die Kritik daran, daß der Staat seine Schüler zu Menschen erzieht, die an Karriere, Geld und individuelles Glück denken, wird nur als Menetekel an die Wand gemalt. In Wirklichkeit müssen, so die „Botschaft“ Neutschs, Partei, Staat und Eltern nur ihre Verantwortlichkeit mehr wahrnehmen, dann könne diese Gefahr abgewendet werden. Ein Jugendbuch ist Neutschs Erzählung nicht, sondern nur ein Buch über Jugendliche. Es eignet sich gewiß mehr als Schulungsheft für FDJ- und Parteifunktionäre.

#### **Beispiel 2: Resozialisierung als Anpassung an die Arbeitswelt**

Heinz Kruschels Roman eines jungen, straffällig gewordenen Mädchens („Gesucht wird die freundliche Welt“, 1976) interessiert insofern, als bei ihm die Grenzen des Problems weiter gespannt werden als in der Erzählung von Erik Neutsch.

Sabine Wulf verbrachte zwei Jahre im Jugendwerkhof, weil sie gestohlen hatte und weder Schule, noch Eltern mit ihr fertig wurden. Die Haupthandlung beginnt mit dem ersten Tag, den Sabine in Freiheit erlebt.

Das Mädchen bekommt einen Arbeitsplatz in einer Schuhfabrik zugewiesen und wird dort freundlich aufgenommen. In Konfliktsituationen allerdings wird von den Kolleginnen immer auf Sabines Werkhof-Vergangenheit zurückgegriffen. Sie wird als erste festgenommen, als in der Schuhfabrik ein Brand ausbricht.

Der vorurteilsbehafteten Umwelt wird Sabines Anstrengung gegenübergestellt, zu sich selbst zu finden. Sabine wird als sehr gutwillig dargestellt. An keinem Punkt werden von ihr die gesellschaftlichen Normen angezweifelt. Ihre Arbeit verrichtet sie gerne und leistet freiwillig Überstunden; sie ist selbstlos und hilfsbereit.

<sup>49)</sup> E. Neutsch, Zwei leere Stühle, Halle—Leipzig 1980, München 1980, S. 110.



Als Mitverursacher am Straffälligwerden der Jugendlichen werden vor allem die Eltern benannt. Sie haben versagt. Der nur auf Karriere und Ansehen bedachte autoritäre Vater Sabines verabschiedete seiner aufmüpfigen Tochter Prügel und provozierte damit den Bruch. Auch die Schule hatte ihre Erziehungsaufgabe nicht wahrgenommen.

Die „gesellschaftliche Lehre“, die der Roman zu vermitteln sucht, ist zwiespältig. Auf der einen Seite wird dem Problem mit Offenheit begegnet. Niemand wird geschont, die Eltern nicht, die Schule nicht, die Partei nicht. Alle tragen Mitschuld. Darin wird die Forderung nach einer gesellschaftlichen Fürsorge deutlich, deren Institutionen straffällig gewordene Jugendliche nicht mehr bloß ausgrenzen, sondern schon im Vorfeld der Kriminalität nach Lösungen suchen sollen. Um diese Botschaft in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzupassen, werden diese klischeehaft verschönt, so in der Darstellung der Volkspolizei, die (etwa gegenüber den Eltern) als positive Erziehungsinstanz par excellence hingestellt wird. Von den Jugendlichen selbst wird (darin der Darstellung der Jugendlichen in Jan Koplowitz' „Sumpfhühner“ [1977] ähnlich) nicht Bußfertigkeit gefordert, sondern sofortige Anpassung an die Arbeitswelt. So ist Sabine freiwillig bereit, anstrengende Akkordarbeit zu übernehmen, und am Schluß des Romans steht fest, daß sie ihre Facharbeiterprüfung machen wird. Qualifizierung ist also auch Instrument und Ausdruck erfolgreicher Resozialisierung.

Auf der anderen Seite ist das hier dargestellte Resozialisierungsmuster nur auf den ersten Blick fortschrittlich. Es beruht auf einseitiger Anpassung des Jugendlichen an die Arbeits- und Lebenswelt der Erwachsenen. Alles, was sich nicht in dieses Muster einfügt, wird ausgegrenzt, so z. B. die Freizeit- und Bedürfniswelt der Jugendlichen. Jugendliche Musikkultur wird in Gestalt des Freundes Jimmy als asozial eingestuft. Ein guter Freund dagegen ist zugleich auch politisch bewußt. Mit dem FDJ-Sekretär geht Sabine eine regelrechte Erwachsenenbeziehung ein, deren Perspektive in Heirat, Kinderkriegen und Wohnungseinrichten besteht. Von jugendgemäßer Wiedereingliederung in die Gesellschaft, d. h. auch von Anerkennung der jugendlichen Kultur und Bedürfniswelt, ist nicht die Rede.

### Beispiel 3: Rock'n Roll-Jugend an der Grenze zur Kriminalität

„Gleisverwerfung“ von Jürgen Höpfner spielt zu Ende der fünfziger Jahre in Berlin, zu einer Zeit, in der der kleine Grenzverkehr für die im Osten wohnenden Einwohner — auch und gerade für die Jugendlichen — eine große Rolle spielte, und endet mit dem Bau der Mauer im August 1961, die Flucht- und Ausweichungsmöglichkeiten nach Westen hin abschnitt.

Erzählt wird das alltägliche Leben des Schülers Volker Brahm. Der Autor verwendet eine Montagemethode, die in den nicht eigentlich Handlung zu nennenden Lebenslauf Ebenen der intellektuellen und emotionalen Verarbeitung der Wirklichkeit durch die Jugendlichen einbaut. So werden Zusammenhänge und Sachverhalte oft nicht in der „normalen Sprache“ ausgedrückt, sondern erscheinen in Form von Schlagertexten der fünfziger Jahre, von Werbesprüchen aus Ost- und Westradio, von Rock'n Roll-Texten, von Traumphantasien, Arbeiterliedern und politischen Losungen. Auf diese Weise sollen Realität und Phantasie, die in der jugendlichen Erlebniswelt einander durchdringen, adäquat wiedergegeben werden.

Eine Handlung mit Anfang und Ende gibt es nicht, statt dessen Episoden, die das jugendliche Leben und die Instanzen, die es lenken und beeinflussen, erleuchten. Die Lehrer werden durchweg als wenig verständnisvoll gegenüber den Schülern geschildert. Ihre Erziehungsmethoden beruhen vor allem auf dem Prinzip des Strafens. Dumme Streiche der Jungen werden wie Delikte von Berufsverbrechern geahndet. In den Jugendlichen keimt durch dieses autoritäre Gebaren der Lehrer eine Anti-Haltung gegen die Schule auf. Ihre Streiche werden boshafter und schlimmer, bis sie Ernstliches anrichten und die Polizei sich einschalten muß<sup>50</sup>). In der Schule werden die Jugendlichen nicht zu selbständigen Menschen erzogen, sondern zu Opportunisten<sup>51</sup>). Seine Identität bildet der Jugendliche gegen die Erzieher, nicht mit ihnen heraus. An deren schlechtem Beispiel schärfen sich sein Gerechtigkeitsinn und seine Moralität.

Die Eltern werden ebenfalls als unfähig geschildert, die Jugendlichen zu begreifen, sie zu lenken und zu fördern. Sie sind Opfer ihres kleinbürgerli-

<sup>50</sup>) Vgl. J. Höpfner, *Gleisverwerfung*, Halle—Leipzig 1982, S. 100 ff.

<sup>51</sup>) Ebenda, S. 205 f.



chen Milieus, ängstlich bedacht, alles, was nicht in die Norm paßt, abzuwehren. Die Mütter sind schwach und hilflos, die Väter entweder autoritär oder zu nachgiebig. Sie unterdrücken die Kinder, statt deren Fähigkeiten zu fördern, sie lassen dort freien Lauf, wo gelenkt werden müßte. Vorbilder sind sie ihren Kindern nicht, höchstens Objekte von Furcht, Haß und Mitleid.

Der Generationskonflikt wird in dem Roman zur Voraussetzung jugendlichen Lebens erklärt. Nach einer Episode, in der Volkers Vater ihm gewalttätig die Haare auf Kommißschnitt zu bringen versucht, räsonniert der Autor: „Die Nachbarin hatte nicht recht. Es klaffte kein Riß zwischen dem Ort (Lankenhagen) und der Siedlung (der Volkspolizei). Nicht mal zwischen Ost und West, Fortschrittlichen und Reaktionären und was immer man da für Gruppierungen gegenüberzusetzen mochte. Das waren alles harmlose Sprünge in einer Glasur, verglichen mit dem augenfälligen, alltäglichen Riß, der quer durch die Familien ging. Der tiefen, schmerzhaften Kluft zwischen Eltern und ihren heranwachsenden Kindern.“<sup>52)</sup>

Die einzigen Erwachsenen, die verständnisvoll gegenüber den Jugendlichen auftreten, sind Außenseiter, ein Zeichenlehrer, der später die Schule verlassen muß, ein anderer, der immer am Rande

steht. Ihre Rolle aber ist eher die einer quantité négligeable.

In diesem Milieu leben, denken, fühlen die Jugendlichen. Volker und seine Freunde bilden eine richtige Gang. Bis zum Bau der Mauer fahren sie regelmäßig nach West-Berlin, konsumieren die Westkultur, kleiden sich wie die Westjugendlichen, hören die gleiche Musik. Ihre ganze Liebe ist die Rockmusik. Sie gründen einen geheimen Rockklub, der schließlich von der Polizei aufgelöst wird, weil er als kriminelles Zentrum gilt. Überhaupt macht der Autor seinen Lesern deutlich, daß sich diese jugendlichen Lebensläufe auf einer Gratwanderung zwischen „normalem“ Leben und dem Abrutschen in die Kriminalität bewegen.

Das Bild von der Jugend, das der Autor in seinem Roman vermittelt, unterscheidet sich von dem in anderen Jugendbüchern. Hier wird eine stark gefährdete soziale Gruppe angesprochen, die Verständnis und Fürsorge benötigt, aber immer wieder gegen die Mauer erwachsenen Unverständnisses anrennt. Der Roman spielt in den fünfziger Jahren, aber es ist unschwer zu erkennen, daß hinter dem historischen Rahmen Strukturen und Probleme jugendlichen Lebens heute freigelegt werden sollen.

## V. Das Dilemma der Jugendliteratur

Vergegenwärtigt man sich die Gestaltung der jugendlichen Lebenswelt in Romanen und Erzählungen der DDR-Literatur, so ist das Dilemma offensichtlich. Die Autoren sollen und wollen aufmerksam machen, sehen sich jedoch verpflichtet, die Jugendkriminalität oder das jugendliche Aussteigertum als prinzipiell vermeidbar und durch „vermehrte Anstrengungen“ von Eltern, Schule und Parteiorganisation von Kindesbeinen an (Junge Pioniere, FDJ, GST u. a.) reparabel hinzustellen. Aus der Kanalisierung des Problems auf die Dimension von jugendlichem „Fehlverhalten“ oder von „Ausrutschern“ resultiert aber auch die Ohnmacht dieser Literatur und ihrer Schöpfer: Sie bleiben an der Oberfläche kleben. Es wird nicht erklärt, warum die Eltern nicht imstande sind, den Kindern die Werte des Sozialismus so zu

vermitteln, daß sich diese entsprechend verhalten. Es bleibt letztlich offen, warum Lehrer und Erzieher diese Bindung der Jugendlichen an das System nicht leisten können. Ursachen werden hier wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen individualisiert. Der „Schuldige“ wird benannt, und damit ist das Problem ausgelotet.

Daß der in der sogenannten Erwachsenenliteratur längst überwundene „sozialistische Realismus“ in dieser Sparte der Literatur noch so unangefochten regiert, ist sicherlich auf die politische Brisanz des Themas, vielleicht aber auch auf die literarische und ästhetische Unterbewertung dieses Genres zurückzuführen.

Wie weit diese Darstellungen jugendlicher Realität manchmal von dieser entfernt sind, geht auch aus der Existenz und den Äußerungsformen der städtischen Jugendkultur hervor, die sich in den letzten Jahren erheblich erweitert hat.

<sup>52)</sup> Ebenda, S. 51.



## VI. Aussteigerjugend im VEB-Nachwuchs

„Wir sind zwischen zwanzig und dreißig,  
sind viele und denken scharf.  
Wir haben keine Fragen.“

Uwe Kolbe<sup>53)</sup>

Diese Worte bezeichnen die Situation und das Bewußtsein des — kleinen — Teils der Jugendlichen, der mit Wörtern wie „Aussteiger“, „Rock-Jugend“, „Neue Jugendbewegung“ nur unzureichend beschrieben ist. Es handelt sich um Jugendliche, die aus dem allgemein anerkannten „Lebensarrangement“, das die Bevölkerung mit der politischen Führung eingegangen ist, ausgebrochen sind. Zutreffend haben Büscher und Wensierski sie in ihrem ansonsten oberflächlichen Buch „Null Bock auf DDR. Aussteigerjugend im anderen Deutschland“ als „Notgemeinschaft von Einzelgängern“ bezeichnet<sup>54)</sup>. Denn es ist keine Bewegung, wie wir sie hierzulande vorfinden, die sich in Demonstrationen, Kneipenkulturen und Organisationsformen ausdrückt, sondern es sind kleine Kreise von Freunden und Bekannten, die sich auf Musikfesten, in Privatwohnungen und Hinterhöfen treffen. Die Szenerie hat sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren ausgeweitet, aber sie bleibt nach wie vor auf die größeren Städte beschränkt. Hier lassen sich eher Wohnungen für Wohngemeinschaften finden; hier kann man in Lebensstil und Kleidung am ehesten aus Traditionsformen und Zwängen ausbrechen.

Wollte man das Bewußtsein dieser Jugendlichen beschreiben, so müßte man sicher damit anfangen, daß nur ein kleiner Teil von ihnen wirklich mit der Gesellschaft „gebrochen“ hat und wirklich „Null Bock auf DDR“ hat, wie der reißerische Titel von Büscher/Wensierski suggerieren will. Ein weitaus größerer Teil setzt sich sehr wohl mit der Gesellschaft auseinander, sei es, indem nach einem anderen Lebensstil gesucht wird, sei es, indem das Selbstverständnis der Gesellschaft bezweifelt wird. „Wir haben keine Fragen“ heißt, daß aus den Enttäuschungen heraus, die diese Jugendlichen unter dem Anpassungszwang an die Normen der Erwachsenenwelt erleiden, eigene Antworten gesucht werden.

Deutlichen Ausdruck findet dieser jugendliche Ausbruch aus der Anpassung in der Verweigerung

<sup>53)</sup> U. Kolbe, zit. nach W. Büscher und P. Wensierski (Anm. 15), S. 177.

<sup>54)</sup> Vgl. W. Büscher und P. Wensierski (Anm. 15), S. 17.

des Militärdienstes. Hier haben die evangelischen Kirchen in der DDR am meisten — und nicht immer religiös motivierten — Zulauf von seiten der Jugendlichen. Und wie vielfach beschrieben, hat sich die Frage der Wehrdienstverweigerung inzwischen ausgeweitet zu einer allgemeinen Infragestellung des politischen Selbstverständnisses der Gesellschaft. Aus der Ablehnung des Wehrdienstes und der harten Reaktion der politischen Führung ist inzwischen ein Umdenkungsprozeß entstanden, der alle zentralen Fragen gesellschaftlichen Selbstverständnisses umfaßt:

— Die Kritik an der Umweltzerstörung und der geltenden Kulturwerte wie Wachstum, Industrialisierung, Technisierung, Automatisierung;

— die Kritik am Lebensstil und dem Konsumdenken<sup>55)</sup>;

— die Kritik an der geltenden Arbeitsideologie, nach der nur der ein nützlicher Mensch ist, der durch seine Arbeit zum Wachstum des Bruttosozialprodukts beiträgt<sup>56)</sup>;

— schließlich die implizit und explizit geäußerte Kritik an den mangelnden Teilhabechancen im politischen Leben.

Alle diese Kritikpunkte treffen Schwachstellen des offiziellen Selbstverständnisses. Sie sind ein Ausdruck dafür, daß aus der Identitätskrise der Jugend inzwischen eine latente Legitimationskrise der Partei und des Staates geworden ist. Denn hier wird am Kernbestand der Werte gerüttelt, die die Familie und die parteilichen und staatlichen Institutionen den Kindern und Jugendlichen von Kindesbeinen an einimpfen: Arbeit — und weltanschauliche Standfestigkeit. In diesen kleinen Diskussionszirkeln, in diesen Lebenszusammenhängen wird mehr an den Festen von Partei und Staat gerüttelt, als in großen politischen Diskussionen — oder gar in den wenigen politischen Manifesten, die uns aus der DDR erreichen und die in ihrer trockenen Politsprache ein negativer Abklatsch der Parteipolitik sind<sup>57)</sup>.

Die evangelischen Kirchen tragen, indem sie diese Diskussion in einer eher behutsamen Weise

<sup>55)</sup> Vgl. ebenda, S. 42 f.

<sup>56)</sup> Vgl. ebenda, S. 45.

<sup>57)</sup> Vgl. „Es ist das Konzept, die Bevölkerung politisch zu entmündigen“. Die Eingabe einer DDR-Friedensgruppe an Erich Honecker und die SED, in: Frankfurter Rundschau v. 13. Mai 1986, S. 12.



führen, einerseits zum Umdenkungsprozeß innerhalb der Gesellschaft bei, andererseits setzen sie an bestehenden Unsicherheiten innerhalb der Jugend an und gehen auf Fragen ein, die im Bereich des staatlich-politischen Lebens noch überhaupt nicht gestellt, geschweige denn beantwortet werden.

Gegenüber dieser artikulierten Minderheit, die eine wirkliche Wertediskussion in Gang setzt und — mit Einschränkung — für einen Teil der Jugend zur Alternative für die Parteipolitik werden könnte, nimmt sich der Rest der Jugend angepaßt und passiv aus. Aber auch hier gibt es Ausfallerscheinungen.

Ihren zahlenmäßig stärksten Ausdruck findet die Jugendkultur in der Rockmusik. Diese ist seit je geprägt von den im Westen vorherrschenden Moden und Trends; gleichwohl hat sich seit Mitte der sechziger Jahre auch eine beachtliche Entwicklung der DDR-eigenen Rockmusik eingestellt<sup>58</sup>). Sowohl in den Texten wie im musikalischen Arrangement findet sich ein Lebensgefühl der Jugendlichen wieder, das mit den Worten „Resignation, stille Wut, Lethargie“ umschrieben werden kann<sup>59</sup>). Die drei Begriffe beschreiben das durchaus jugendspezifische Aufbegehren (und dies nicht nur in der DDR) gegen die Verhältnisse, denen man sich anpassen soll, in denen man sich aber nicht wiederfindet.

Musikgenuß und Diskokultur<sup>60</sup>), an der ca. 84 Prozent der Jugendlichen teilnehmen<sup>61</sup>), ist von daher ein wirksames Ventil für aufgestaute Aggressionen<sup>62</sup>). Ärger in Beruf und Familie kann hier abregiert, Kummer mit Alkohol betäubt werden. Die Jugendlichen sind hier wie nirgends sonst in Gruppen zusammen, entwickeln ein Gruppengefühl und demonstrieren ihre Lebensweise und ihre Träume. Das haben inzwischen auch Pädagogen und Kulturfunktionäre erkannt: Die Diskokultur hat schließlich auch von daher ihre offizielle Legitimation erhalten, daß sie eine Ergänzung zum Sport ist. In beiden Bereichen können sich die Jugendlichen austoben und

<sup>58</sup>) Vgl. O. Leitner und W. Hagen, Artikel „Rockkultur“ in: Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich, hrsg. v. W. Langenbacher u. a., Stuttgart 1983, S. 617 ff.

<sup>59</sup>) Vgl. O. Leitner, Rockszene DDR. Aspekte einer Massenkultur im Sozialismus, Reinbek 1983, S. 389.

<sup>60</sup>) Vgl. W. Büscher und P. Wensierski (Anm. 15), S. 17.

<sup>61</sup>) Vgl. O. Leitner und W. Hagen (Anm. 58), S. 618.

<sup>62</sup>) Vgl. O. Leitner (Anm. 59), S. 229.

abregieren, auch Potentiale ausleben, die sonst in den Kriminalitätsbereich fallen<sup>63</sup>).

Disko- und Freizeitkultur, gemeinsames Wohnen von Jugendlichen, Kleidungsmoden, Sprache sind zunächst nicht mehr als normale Erscheinungsformen einer Jugend, die sich noch nicht vollends in die Verhältnisse eingepaßt hat. Und so sehr sich das Pädagogen und politische Führung wünschen mögen, die bruchlose Einpassung der Jugend ins Erwachsenenleben ist zwar erklärte Zielvorstellung der Erwachsenen, aber auch in sozialistischen Ländern nicht Realität. Darüber hinaus zeichnet sich ab, daß Musikkultur und die Herausbildung städtischer Szenen Erscheinungen sind, an die Partei und Staat sich gewöhnen müssen. Ein bestimmter Prozentsatz an jugendlichen Drop-outs bleibt dieser Gesellschaft erhalten, da im Zuge der Modernisierung und Technologisierung der Integrationsgrad der Gesellschaft abgenommen hat. Dieser Prozeß, der in den sechziger Jahren beginnt und sich in den siebziger Jahren fortsetzt, wird auch durch die Depolitisierung der Gesellschaftspolitik befördert. Mehr und mehr scheint die Entwicklung dahinzugehen, große politische Zielsetzungen, ideologische Auseinandersetzungen und vor allem Disziplinierungen der Bevölkerung aufzugeben. Die große Klammer, auf die Partei und Staat augenscheinlich immer mehr setzen, heißt „Soziale Sicherheit“, dies bestätigten unlängst auch die Beschlüsse des XI. Parteitags.

Der Drop-out-Anteil, zu dem ich nicht nur jene ganz dem Arbeitsleben Entzogenen rechnen würde (da in der DDR Nicht-Arbeiten unter Kriminalitätsdrohung steht, arbeiten auch diejenigen, die sich unter anderen Verhältnissen der ungeliebten Arbeit eher entziehen würden), wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch zunehmen. Nur bei einer Minderheit nimmt er politische Formen an (was nichts über die Qualität der Minderheit aussagt), ansonsten verbleibt er im vorpolitischen Feld der Resignation und des Rückzugs ins Private.

Diese Beobachtungen über jugendliches Verhalten widersprechen keineswegs den berichteten Ergebnissen der Jugendforschung, sie drücken den Sachverhalt nur klarer aus.

Angesichts dieser Lage läßt sich vorstellen, welche Umsetzungsprobleme beispielsweise Pädagogen

<sup>63</sup>) Vgl. O. Leitner (Anm. 59), S. 211, und D. Eue (Anm. 48), S. 73 ff.



in der Schule mit der weltanschaulichen Erziehung der Schüler haben. Die Diskussion darum reißt seit den sechziger Jahren nicht ab, aber globale Lösungen sind weder den Forschern noch den Politikern bisher eingefallen. So setzt die Jugendforschung vor allem auf folgende Instrumente, Mechanismen und psychologische Beeinflussungsmethoden:

— Die weitgehend emotionale Verankerung der Weltanschauung bei den Kindern solle auch bei den Jugendlichen ausgenutzt werden, um sie dann intellektuell zu festigen <sup>64</sup>).

— Weltanschauung solle im Gruppenzusammenhang „geübt“ werden, dabei solle der in Freundeskreisen, aber auch in der FDJ bestehende Gruppendruck und die Vorbildwirkung von „leaders“ ausgenutzt werden <sup>65</sup>).

— Schüler sollen ermutigt und provoziert werden, sich weltanschaulich zu äußern <sup>66</sup>).

Bei jungen Arbeitern wird hingegen vor allem darauf gesetzt, daß es einen positiven Zusammenhang zwischen Qualifikation und politischem Bewußtsein gibt <sup>67</sup>). D. h. besser ausgebildete und qualifizierte Arbeiter sind politisch interessierter. Darüber hinaus wird auf die positive (oder negative) Wirkung der Familien auf das politische Bewußtsein hingewiesen <sup>68</sup>). Während früher vor allem auf die positive Wirkung von Vorbildern bei der politischen Weiterbildung der jungen Arbeiter

<sup>64</sup>) Vgl. W. Friedrich und H. Müller (Anm. 12), S. 6.

<sup>65</sup>) Ebenda, S. 72 und 75.

<sup>66</sup>) Vgl. Friedrich und Müller (Anm. 12), S. 75.

<sup>67</sup>) Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 63.

<sup>68</sup>) Ebenda, S. 59 und 60 f.

gesetzt wurde <sup>69</sup>), erscheinen in der neueren Forschung das Arbeitskollektiv und die Brigade als Hauptmedien der politischen Weiterbildung <sup>70</sup>).

Alle diese Maßnahmen, Aktionsvorschläge und pädagogischen Überlegungen bleiben hinter der aktuell feststellbaren Lage zurück: Der Prozeß der Veräußerlichung, Ritualisierung, wenn nicht gar der vollständigen Abweisung politischer Ideologie nimmt mit zunehmendem Alter — mit oder ohne positiven Familieneinfluß — zu. Eine Durchpolitisierung der Gesellschaft ist heute nicht mehr vorstellbar: nicht bei den Erwachsenen, nicht bei den Jugendlichen.

Nach wie vor greifen aber Mechanismen der Arbeitserziehung. Disziplin, Ordnung, Leistungsbereitschaft sind wirkungsvollere Mittel der Bewußtseinsbeeinflussung der Jugendlichen, zumal wenn sie mit materiellen Sanktionen verbunden sind. Sie widersprechen der Familienerziehung nicht, stimmen vielmehr mit ihr überein: Wer will sich schon sagen lassen, daß er arbeitsscheu ist. Selbst Drop-outs wahren immer noch den Schein von Arbeit. Aus alledem ist aber nicht mehr — wie seinerzeit Rudolf Maerker feststellen wollte — auf eine generelle Anpassungsbereitschaft, Integrationsbereitschaft etc. zu schließen. Die Gesellschaft der DDR wird tendenziell mit ihren Jugendlichen ebenso leben müssen, wie die Gesellschaften im Westen: immer in der Angst, daß die Zahl der sich absentierenden Jugendlichen größer wird, immer in der Angst, daß hier ein neues gesellschaftskritisches Potential entsteht.

<sup>69</sup>) Vgl. B. Bertram, Einige Probleme der Arbeits- und Berufseinstellungen bei Lehrlingen und jungen Facharbeitern, in: Jugendforschung, (1969) 12, S. 58 f.

<sup>70</sup>) Vgl. W. Friedrich und W. Gerth (Anm. 18), S. 36.



# Der Jugendverband FDJ und die gesellschaftliche Erziehung in der DDR

## I. Jugendverband und Gesellschaft in der DDR

In diesem Jahr feierte der Jugendverband der DDR „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) sein vierzigjähriges Bestehen. Diese am 7. März 1946 gegründete Organisation ist eng mit der Entwicklung der DDR und mit dem Alltagsleben der Menschen in der DDR verbunden. Laut Statut<sup>1)</sup> ist die FDJ „eine einheitliche sozialistische Massenorganisation der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik“, die „in ihren Reihen“ „auf freiwilliger Grundlage“ junge Menschen vereint. Mitglied der FDJ können Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr werden. Die obere Altersgrenze im Jugendverband wird im Statut nicht genannt. Nimmt man die Altersgrenze, der gemäß junge Menschen in der DDR als Jugendliche gelten, so wird diese mit 25 Jahren angegeben<sup>2)</sup>. Allerdings sind Funktionäre des Jugendverbandes beträchtlich älter. Zum Beispiel wurde der gegenwärtige Erste Sekretär der FDJ, Eberhard Aurich, 1946 geboren, ist also vierzigjährig.

Von der FDJ geleitet wird außerdem ein Kinderverband, die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, in der 6- bis 13jährige Schüler organisiert sind. Von den ca. 3 Millionen Jugendlichen im Alter von 14 bis 25 Jahren sind 2,3 Millionen (inklusive der älteren Funktionäre) in der FDJ organisiert; zusätzlich sind etwa 1,4 Millionen Schüler der 1. bis 7. Schulklasse in der Pionierorganisation Mitglied. Mit den Pionieren zählt die FDJ rund 3,7 Millionen Mitglieder und ist somit eine Organisation, die hinsichtlich der Mitgliederstärke in der Bundesrepublik Deutschland weder bei einer Partei noch bei irgendeiner Jugendorganisation eine Entsprechung hat.

Weiterhin wird im Statut der FDJ angegeben, daß die Organisation „unter Führung der Sozialisti-

schen Einheitspartei Deutschlands“ arbeite und sich „als deren aktiver Helfer und Kampfesreserve“ betrachte, wobei die „Grundlage für die gesamte Tätigkeit“ Programm und Beschlüsse dieser Partei seien. Das heißt, Aufgabe der FDJ ist es, ihren Mitgliedern auf jugendgemäße Weise die Politik in der DDR zu vermitteln; außerdem bildet die Organisation die zukünftigen Parteikader der DDR aus. Beispiele dafür sind die gegenwärtigen führenden Politiker der DDR, die alle ihre Karriere in der Jugendorganisation begonnen haben: Erich Honecker, von 1946 bis 1955 Vorsitzender der FDJ, heute Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzender; Heinz Keßler, in der FDJ zuständig für die Verbindungen zum Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), heute Verteidigungsminister; Hermann Axen, in der FDJ zuständig für Agitations- und Propagandaarbeit, heute Mitglied des Politbüros.

Auffällig ist, daß die Karriere von einer FDJ-Funktion zu einer höheren Position in der Partei nahezu ausschließlich von Männern vollzogen worden ist. Die einzige Ausnahme ist Margot Honecker, die Mitglied des Zentralkomitees der SED und Minister für Volksbildung ist. Diese Benachteiligung von Frauen in den Schlüsselpositionen gilt nicht nur für die Generation der heute 60- bis über 70jährigen, sondern ist immer noch sichtbar. Während beispielsweise der bis 1982 als 1. Sekretär der FDJ fungierende Egon Krenz gleichzeitig Kandidat des Politbüros der SED gewesen ist und nach seinem Ausscheiden aus der FDJ-Funktion Vollmitglied des Politbüros wurde, ist die ehemalige Vorsitzende der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, Helga Labs, nach der Aufgabe dieser Position, die wie bei Egon Krenz aus Altersgründen erfolgte, lediglich in das ZK der SED aufgerückt. Benachteiligt sind Frauen in allen Spitzenfunktionen der FDJ. Die Positionen des 1. und 2. Sekretärs der FDJ werden von Männern besetzt (Eberhard Aurich bzw. Volker Voigt). Auch der Vorsitz der Pionierorganisation ist inzwischen von einem Mann (Wilfried Poßner) ein-

<sup>1)</sup> Sämtliche Statuten der FDJ sind abgedruckt in: Arnold Freiburg/Christa Mahrad, FDJ — Der sozialistische Jugendverband der DDR, Opladen 1982.

<sup>2)</sup> Vgl. „Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik“ — Jugendgesetz vom 28. Januar 1974, GBl., Teil I Nr. 5 vom 31. Januar 1974, S. 45 ff.



genommen worden. Unter den 15 Bezirkssekretären der FDJ sind nur drei Frauen: die Bezirkssekretärinnen von Dresden (Christine Feiks), von Karl-Marx-Stadt (Brunhilde Bonitz) und von Leipzig (Annemarie Pester). Ellen Brombacher, vormals 1. Bezirkssekretärin von Ost-Berlin, wurde ebenfalls von einem Mann abgelöst. Ihr Name taucht in den Führungspositionen von Partei und Staat nicht mehr auf<sup>3)</sup>.

Darüber hinaus werden die Leitungspositionen im Jugendverband nur an Funktionäre übertragen, die sich über einen längeren Zeitraum bewährt haben. Der Posten des 1. Sekretärs der FDJ wird deshalb zumeist mit Mitte Dreißig- bis Vierzigjährigen besetzt. Honecker, der sein Amt als Vorsitzender der FDJ 1946 antrat, war damals 34 Jahre alt. Diese sorgfältige Auswahl der FDJ-Funktionäre macht die Bedeutung der Jugendorganisation sichtbar. Die hauptamtlichen, d. h. bezahlten und von oben eingesetzten Funktionäre der FDJ sind in der Regel Mitglieder der SED. Für ehrenamtliche Funktionäre und einfache Mitglieder der FDJ gilt dies nicht. Vielmehr können diese sogar einer der anderen in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien der DDR angehören.

Die Mitgliedschaft in der FDJ ist Voraussetzung für eine Karriere in der DDR, und zwar nicht nur für einen politischen, sondern auch für den beruflichen Aufstieg. Deshalb wird die Mitgliedschaft in die sogenannte Kaderakte<sup>4)</sup> eingetragen. Außerdem wird bei späteren Bewerbungen — zum Besuch einer Erweiterten Oberschule, die zum

Abitur führt, zum Studium oder für einen Beruf — u. a. eine Stellungnahme der FDJ über die politische Zuverlässigkeit sowie über die für die Gesellschaft geleistete nützliche Tätigkeit angefertigt. Die Nichtmitgliedschaft im Jugendverband würde sich somit negativ auswirken. Aus diesem Grund sind Schüler, Studenten, Lehrlinge und Jugendliche, die eine berufliche Weiterbildung anstreben, zu einem sehr hohen Grad in der FDJ organisiert, während junge Arbeiter in weniger qualifizierten Berufen kaum Interesse an der FDJ-Arbeit bekunden und sogar von ihrem im Statut verbürgten Recht auf Austritt aus der Organisation Gebrauch machen.

Vor allem aber dient die FDJ der Kaderausbildung. Diese beginnt faktisch mit dem Eintritt ins Schulalter, denn damit wird gleichzeitig der Eintritt in die Kinderorganisation der FDJ vollzogen. Bereits in der Pionierorganisation kristallisiert sich das „Aktiv“, d. h. die politisch Interessierten oder Pioniere aus einem „fortschrittlichen Elternhaus“, heraus. Aus diesem Pionieraktiv sollen sich die späteren Funktionäre der FDJ-Gruppen rekrutieren. FDJ-Funktionäre werden für ihre Tätigkeit besonders geschult. Dies kann eine monatliche bzw. vierzehntägige Schulung sein oder ein mehrwöchiger Kurs in einem Schulungslager der FDJ oder SED. Für hohe Funktionäre gibt es außerdem die Schulung an der Jugendhochschule der FDJ in Bogensee und an der Komsomol-Hochschule in Moskau. Wer diesen Weg gegangen ist, gelangt in die Reihe der politischen Elite der DDR.

## II. Der Organisationsaufbau der FDJ

Die FDJ ist nach dem Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus sowie nach dem Territorial- und Produktionsprinzip aufgebaut. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das — von einer kurzen Anfangsphase abgesehen — relativ früh vom Jugendverband übernommen worden ist, gilt für die Art der Organisation sämt-

licher Parteien und Organisationen in der DDR<sup>5)</sup>. Dieses Prinzip wurde von der FDJ auf dem IV. Parlament Pfingsten 1952 übernommen. Gleichzeitig wurde die führende Rolle der SED anerkannt<sup>6)</sup>.

Demokratischer Zentralismus bedeutet im Falle der FDJ, daß „alle leitenden Organe der Freien

<sup>3)</sup> Vgl. Staats- und Parteiapparat der DDR. Personelle Besetzung, Stand 10. September 1985, zusammengestellt vom Gesamtdeutschen Institut.

<sup>4)</sup> Die Kaderakte wird von jedem DDR-Bürger angefertigt; der Grundstein wird praktisch schon im Kindergarten gelegt und in der Schule fortgesetzt. In dieser Kaderakte ist eine politische Beurteilung des Betreffenden festgeschrieben. Kaderakten werden wahrscheinlich

langfristig aufbewahrt, so daß selbst ehemalige DDR-Bürger bei Besuchen in der DDR mit den Eintragungen in ihre Kaderakte seitens der entsprechenden „Organe“ konfrontiert werden können.

<sup>5)</sup> Nur die Kirchen und kirchliche Institutionen in der DDR sind nicht nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut.

<sup>6)</sup> Freiburg/Mahrad (Anm. 1).



Deutschen Jugend... von unten nach oben demokratisch gewählt“ werden, daß die Leitungen Rechenschaft ablegen müssen und die Beschlüsse der höheren Organe bindend für die unteren Organe und die Mitglieder sind. Die Mitglieder werden zu einer aktiven Mitarbeit in ihrer Organisation zur Durchsetzung der Beschlüsse der höheren Organe aufgefordert.

Die im Statut angeführte „demokratische Wahl“ der FDJ-Leitungen gilt lediglich für rangniedere Funktionäre auf den unteren Ebenen wie z. B. für Gruppenfunktionäre. Die hauptamtlichen Funktionäre werden jedoch nicht direkt von den Mitgliedern gewählt, sondern berufen, d. h. von „oben“ eingesetzt. Dies gilt zum Teil auch für ehrenamtliche Funktionäre von der Ebene der Grundorganisationsleitung an; letztere werden zwar nicht ausdrücklich berufen, ihre Tätigkeit erfolgt jedoch in Abstimmung mit der Kreisleitung der FDJ. Die Leitungen der FDJ werden auf Delegiertenkonferenzen gewählt. Die Auswahl der Delegierten erfolgt sehr sorgfältig; für die Wahl der Delegierten zum höchsten Organ der FDJ gibt es einen Wahlschlüssel, der geheimgehalten wird.

Der Aufbau der FDJ nach dem Territorialprinzip bedeutet, daß die FDJ-Organisationen gebietsmäßig zusammengefaßt sind, während Aufbau nach dem Produktionsprinzip heißt, daß FDJ-Organisationen an der Arbeitsstätte, der Schule, der Universität oder bei den „bewaffneten Kräften“ etc. bestehen. Das Produktionsprinzip gewährleistet somit eine lückenlose Erfassung der Jugendlichen, die dadurch nicht auf den Freizeitbereich beschränkt bleibt.

Die unterste Organisationsebene der FDJ ist die Gruppe. Sie wird überall gebildet, wo mindestens drei FDJ-Mitglieder vorhanden sind. „In den Gruppen werden die Mitglieder zusammengefaßt, die in einer Arbeitsgruppe, einer Brigade, einer Schicht, einer Klasse, einem Seminar oder einem Lernaktiv arbeiten, studieren oder lernen.“<sup>7)</sup> An den Schulen ist beispielsweise eine FDJ-Gruppe mit einer Schulklasse identisch<sup>8)</sup>. An den Hochschulen und Universitäten bilden die Seminargruppen die FDJ-Gruppen. Studenten, die im selben Semester in der gleichen Fachrichtung ihr Studium beginnen, werden in solchen Seminar-

<sup>7)</sup> Vgl. Statut der FDJ von 1976, in: Freiburg/Mahrad (Anm. 1).

<sup>8)</sup> Ebenda.

gruppen, bestehend aus ca. 25 bis 30 Studenten, zusammengefaßt.

Die nächsthöhere Organisationsebene sind die Grundorganisationen. „Grundorganisationen der Freien Deutschen Jugend werden in Betrieben, volkseigenen Gütern, Genossenschaften, kooperativen Einrichtungen, Einheiten der bewaffneten Organe, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen, Schulen, Hoch- und Fachschulen, Sektionen von Universitäten und Hochschulen, Einrichtungen der Berufsausbildung, Dörfern und Wohngebieten gebildet.“<sup>9)</sup> In größeren Grundorganisationen können Abteilungsorganisationen bestehen. Der Grundorganisationsleiter ist in der Regel ein hauptamtlicher Funktionär. An den 10-klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen ist dies beispielsweise der Freundschaftspionierleiter. Dieser hat, um seine Tätigkeit ausführen zu können, ein Studium absolviert, das dem eines Unterstufenlehrers entspricht.

Grundorganisationen unterstehen entweder direkt einer Kreisleitung der FDJ oder sind in kleineren Städten und Gemeinden den Ortsorganisationen zugeordnet, in Großstädten den Stadtbezirksleitungen. In großen Städten wie Ost-Berlin, Leipzig und Dresden sind die Stadtbezirksleitungen und Kreisleitungen der Städte den Stadtorganisationen nachgeordnet; Stadtorganisationen bzw. Kreisorganisationen unterstehen den Bezirksorganisationen.

Die Gesamtleitung der Jugendorganisation liegt schließlich beim Zentralrat (ZR) der FDJ, in dem wiederum die Mitglieder des Büros und des Sekretariats des Zentralrats den politischen Führungskern bilden. Einige FDJ-Organisationen — z. B. die der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen, der Volkspolizei, der FDJ-Auslandsorganisationen und der Organisationen der Sowjetisch-Deutschen-AG (SDAG) Wismut im Uranbergbau der DDR — unterstehen dem Zentralrat direkt.

Für die praktische Arbeit der FDJ bedeutsam sind die Versammlungen, Delegiertenkonferenzen sowie das Parlament der FDJ. Letzteres gilt als „höchstes Organ“ der FDJ und ist eine Versammlung von FDJ-Delegierten, die nach einem Schlüssel, den der Zentralrat der FDJ erstellt, von den Bezirksdelegiertenkonferenzen gewählt werden. Das Parlament tagt alle vier Jahre; es ent-

<sup>9)</sup> Ebenda.



spricht in seiner Bedeutung den Parteitag der SED und findet in der Regel kurz vor oder nach einem Parteitag statt<sup>10</sup>). Entsprechend den Beschlüssen und Direktiven der SED werden vom Parlament die Aufgaben der FDJ und der Pionierorganisation festgelegt. Ferner wählt das Parlament den Zentralrat der FDJ und die den Zentralrat kontrollierende Zentrale Revisionskommission. Auch Änderungen im Statut der FDJ oder die Verabschiedung eines neuen Status erfolgen durch das Parlament.

Auf der Ebene der Bezirks-, Stadt-, Kreis- und Stadtbezirksorganisation ist die Delegiertenkonferenz das höchste Organ. Sie findet alle zwei Jahre statt und hat die Aufgabe, die Beschlüsse des Parlaments bzw. des Zentralrats weiterzuleiten. Außerdem werden von den Delegiertenkonferenzen die jeweiligen Leitungen gewählt, die zwischen den Delegiertenkonferenzen arbeiten. Das Sekretariat der Bezirks-, Stadt-, Kreis- oder Stadtbezirksleitung, dem die eigentliche politische Arbeit obliegt, wird „nach entsprechenden Direktiven des Zentralrats“ gewählt.

Das höchste Organ der Grundorganisationen, Abteilungsorganisationen und Gruppen ist die Mitgliederversammlung, die einmal im Monat stattfinden soll. Das FDJ-Mitglied ohne Funktionen wird auf diesen Gruppenversammlungen darüber informiert, was politisch „wichtig“ ist und welche ökonomischen Schwerpunkte sich die FDJ gesetzt hat, an denen sich die FDJ-Mitglieder beteiligen sollen. Des weiteren wird von den Mitgliederversammlungen die jeweilige Leitung für die Dauer eines Jahres gewählt. In den Gruppen hat ein Gruppensekretär dieses Amt inne.

Der Gruppensekretär soll „einen Überblick über das Denken und Handeln der FDJ-Mitglieder

und Jugendlichen seines Bereichs“ besitzen und mit ihnen „ständige Diskussionen über politische Fragen und Ereignisse“ führen. Damit er dazu in der Lage ist, muß er an den „Beratungen, Schulungen und Anleitungen der übergeordneten Leitungen“ teilnehmen. Diese soll er über „die Arbeit, das Leben und besondere Ereignisse und Ergebnisse seines FDJ-Kollektivs“ informieren<sup>11</sup>). Während also der Gruppensekretär die FDJ-Mitglieder und auch unorganisierte Jugendliche, die zu beeinflussen die FDJ für sich in Anspruch nimmt, in den Mitgliederversammlungen, in denen Jugendliche — laut Statut der FDJ — ihre „Meinung offen vertreten“ sollen, politisch auf „Linie“ bringen soll, hat er andererseits an die übergeordneten Leitungen ein Stimmungsbild seiner Gruppe weiterzuleiten. Diese Stimmungsbilder von der Basis werden in den entsprechenden Abteilungen des Zentralrats ausgewertet, um angemessen darauf reagieren zu können.

Neben den hier genannten Leitungen der FDJ, die teils hauptamtlich, teils ehrenamtlich arbeiten, sollen aber auch möglichst „viele Mitglieder auf ehrenamtlicher Grundlage“ in die Tätigkeit des Verbandes einbezogen werden. Dies geschieht entweder, indem jemand ad hoc eine bestimmte Aufgabe übertragen bekommt — z. B. die Koordination des Altpapiersammelns in seiner Schulklasse — oder einzelne FDJ-Mitglieder mit der Betreuung von Pioniergruppen, der Leitung eines Lernkollektivs (das ist eine Art Nachhilfeunterricht für Schüler mit Lernschwächen) oder anderen Tätigkeiten beauftragt werden. Auf diese Weise soll ein breiter Kreis Verantwortlicher in die Pflicht genommen werden. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Rechenschaftspflicht über die Erfüllung der übernommenen Aufgaben und Verpflichtungen.

### III. Die historische Entwicklung des Jugendverbandes

Die Organisierung der Jugend wurde in der sowjetischen Besatzungszone sehr früh in Angriff genommen. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die KPD, die, nachdem aufgrund des Befehls der So-

wjetischen Militäradministration (SMAD) Nr. 2 die Etablierung von Parteien gestattet worden war, als erste Partei an die Öffentlichkeit trat<sup>12</sup>). In das Zentralkomitee der KPD wurde damals Erich Honecker aufgenommen, dem aufgrund seiner Funktionärerfahrungen im Kommunisti-

<sup>10</sup>) Vgl. Christa Mahrad, Jugendpolitik in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1975) 3, S. 547 ff.

<sup>11</sup>) Vgl. Dokumente zur FDJ, in: Freiburg/Mahrad (Anm. 1), S. 358.

<sup>12</sup>) Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1981, S. 117.



schen Jugendverband bereits „Anfang Juli 1945 die Funktion des Jugendsekretärs des Zentralkomitees der KPD übertragen“ wurde<sup>13)</sup>. In dieser Eigenschaft war er für die Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse verantwortlich, die am 31. Juli 1945 von der Sowjetischen Militäradministration anerkannt wurden. Als im September 1945 die bereits bestehenden Jugendausschüsse unter einem Zentralen Jugendausschuß zusammengefaßt wurden, wurde Honecker „zu dessen Vorsitzenden“ berufen: „Anfangs setzte sich der Ausschuß aus je fünf Vertretern der KPD und SPD zusammen; im Oktober/November kamen noch Vertreter katholischer und protestantischer Jugendlicher hinzu.“<sup>14)</sup>

Honecker, der dies in seinen Memoiren aufführt, gibt nicht an, wer ihn zum Vorsitzenden des Jugendausschusses berufen hat. Vielmehr beschreibt er, wie dann zielstrebig die Gründung einer Jugendorganisation, hervorgehend aus den Jugendausschüssen, angestrebt worden war: „Am 26. Februar 1946 unterzeichneten Theo Wiechert, Paul Verner, ich und weitere Mitglieder des Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses, unter ihnen Edith Baumann, der evangelische Pfarrer Oswald Hanisch, Heinz Keßler, der katholische Domvikar Robert Lange und Rudolf Meißner, einen Antrag an die SMAD, die Gründung einer einigen, demokratischen Jugendorganisation mit dem Namen ‚Freie Deutsche Jugend‘ zu genehmigen.“<sup>15)</sup> Am Gründungstag, dem 7. März 1946, wurde Erich Honecker zum Vorsitzenden der FDJ berufen und ließ sich in diesem Amt durch die Delegierten des I. Parlaments der FDJ, das Pfingsten 1946 in Brandenburg an der Havel stattfand, bestätigen.

Die FDJ wurde im übrigen auch in den westlichen Besatzungszonen gegründet, wobei sich ihre Gründung jedoch — wie Honecker schreibt — „wegen des Widerstandes der Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Alliierten Kontrollrat“ verzögerte. In West-Berlin wurde die FDJ im Oktober 1947 zugelassen. Sie besteht dort noch immer, wurde im Jahre 1980 lediglich umbenannt in „Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht“ (SJV). In der Bundesrepublik Deutschland wurde die FDJ, deren Vorsitzender Jupp Angenfort war, im Juni 1951 verboten<sup>16)</sup>. Dieses Verbot erfolgte, nachdem die FDJ in der

DDR sich zu den politischen Zielen der SED bekannt hatte und im Juli 1950 mit einer eigenen Fraktion in die Volkskammer der DDR eingezogen war (jüngste FDJ-Abgeordnete war Margot Feist, heute verheiratete Honecker).

Die Überparteilichkeit der FDJ war damit praktisch aufgegeben worden, doch das Prinzip des demokratischen Zentralismus und die planmäßige Verbreitung des Marxismus-Leninismus wurden erst von dem IV. Parlament Ende Mai 1952 beschlossen<sup>17)</sup>. Diese Umwandlung der FDJ in eine Massenorganisation Leninschen Typs war eng verknüpft mit der damaligen sowjetischen Deutschlandpolitik. Nachdem Stalins Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland von den Westmächten in der von ihm vorgeschlagenen Form abgelehnt worden waren<sup>18)</sup>, erhielt die SED von sowjetischer Seite „grünes Licht“ zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Die FDJ hatte dabei eine gewisse Vorreiterfunktion, als sie Ende Mai — also kurz nach der Ablehnung der zweiten Stalin-Note durch die westlichen Alliierten — auf dem damaligen Parlament die Leninschen Prinzipien einer revolutionären Jugendpolitik übernahm. Die SED verkündete danach auf ihrer 2. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952, den „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ einzuleiten. Im Zuge dieser Politik wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft begonnen. Des weiteren wurden die Kasernierte Volkspolizei und die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die wehrsportliche Organisation für Jugendliche, gegründet. Die FDJ sollte diese Politik an ihre Mitglieder vermitteln. Dazu Honecker: „Ende Mai 1952 beschloß das IV. Parlament der FDJ, die Verbindung des Jugendverbandes zu den Einheiten der Deutschen Volkspolizei zu festigen. Eine breite agitatorische und propagandistische Arbeit müsse entfaltet werden, um Rolle und Bedeutung der Deutschen Volkspolizei für den bewaffneten Schutz unserer Republik zu erläutern. Allen jungen Werktätigen, so erklärte das Parlament der FDJ, gelte es verständlich zu machen, daß der Dienst in den bewaffneten Kräften eine ehrenvolle Aufgabe für junge Bürger unserer Republik sei.“<sup>19)</sup>

Sehr früh wurden der FDJ außenpolitische Funktionen übertragen. 1948 wurde die FDJ — nachdem Moskau die Genehmigung dazu erteilt hatte — Mitglied des „Weltbundes der Demokra-

<sup>17)</sup> Christa Mahrada, Jugendpolitik in der DDR (Anm. 10).

<sup>18)</sup> Manfred Rexin, Die Jahre 1945—1949, in: Hefte zum Zeitgeschehen, (1962) 8, Sonderdruck der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Hannover 1962, S. 38 ff.

<sup>19)</sup> Honecker (Anm. 12), S. 184.

<sup>13)</sup> Ebenda, S. 122.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 125.

<sup>15)</sup> Ebenda, S. 121.

<sup>16)</sup> Ebenda, S. 132.



tischen Jugend“ (WBDJ) und 1949 Mitglied des „Internationalen Studentenbundes“. Bereits im Jahre 1951 fanden die vom WBDJ ausgerichteten „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ in Ost-Berlin statt. Insbesondere als die DDR infolge der Hallstein-Doktrin außenpolitisch isoliert war, wurde die FDJ zu internationalen Aufgaben herangezogen. Vor allem sollte das Image der DDR in den Staaten der Dritten Welt aufgewertet werden. Als „Botschafter im Blauhemd“<sup>20)</sup> wurden FDJler in entwicklungspolitischen Projekten eingesetzt.

Während die außenpolitische Arbeit der FDJ erfolgreich war, hatte sie innerhalb der DDR mit Schwierigkeiten zu kämpfen, denn „die Masse blieb noch abseits und verhielt sich abwartend“<sup>21)</sup>. Trotz der katastrophalen Lebensbedingungen in der Nachkriegszeit wurde den Arbeitern in der DDR ständig mehr Leistung abverlangt. Dies führte schließlich zu den Protestbewegungen im Juni 1953. Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 werden in der DDR nur spärlich behandelt; dies gilt insbesondere auch für die Rolle, die Jugendliche damals spielten. Obwohl der Anteil Jugendlicher an der Protestbewegung nicht unerheblich war<sup>22)</sup>, und Fricke sogar berichtet, daß ein Jugendlicher zum Tode verurteilt werden sollte<sup>23)</sup>, wird im Schrifttum der DDR nur von „irregeleiteten“ Werktätigen gesprochen. Honecker schreibt dazu: „Die Feinde des Sozialismus nutzten Mißstimmungen von Werktätigen, um ihren von langer Hand vorbereiteten, durch imperialistische Geheimdienste und Agentenzentralen gesteuerten konterrevolutionären Putschversuch zu starten.“<sup>24)</sup> Führende FDJ-Funktionäre wurden damals in die Betriebe geschickt, um die Arbeiter politisch zu beeinflussen und gleichzeitig Mitglieder für die damals gegründeten Betriebskampfgruppen zu gewinnen.

Unzufrieden war die FDJ auch mit ihrer Mitgliederzahl, die erhöht werden sollte. Kritik wurde deshalb an den Kreisleitungen und Pionierleitern geübt: „Um die Jungen Pioniere und Schüler der 8. Klasse für die Freie Deutsche Jugend zu gewinnen, genügt es nicht, wenn die Kreisleitungen und Pionierleiter ihnen den Aufnahmeschein in die

Hand drücken und alles andere dem Selbstlauf überlassen.“<sup>25)</sup>

Vorrangige Aufgabe der FDJ war es damals, der SED den Rücken zu stärken, deren Ansehen seit dem Juni 1953 stark gelitten hatte. Mit dem V. Parlament der FDJ (25. Mai 1955 in Erfurt) bekräftigte die Organisation deshalb ihr Verhältnis zur SED. In dem damals verabschiedeten Statut hieß es: „Mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fühlt sich die Freie Deutsche Jugend eng verbunden, weil sie der Jugend den richtigen Weg in eine lichte Zukunft weist.“<sup>26)</sup> Erich Honecker, fast 44 Jahre alt, wurde damals durch Karl Namokel abgelöst<sup>27)</sup>.

Im Jahre 1956 spitzte sich die Situation noch einmal zu, nachdem Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 mit dem Stalinismus abrechnete. Dies führte in den sozialistischen Staaten zu Unsicherheiten; in Polen brach im Juni 1956 in Posen ein Arbeiteraufstand aus, dem im Oktober der Aufstand in Ungarn folgte. In der DDR demonstrierten Ende Oktober 1956 Studenten der Humboldt-Universität<sup>28)</sup>. Innerhalb der SED-Führung kam es zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen der Ulbricht-Gruppe einerseits und der Schirdewan/Wollweber-Gruppe andererseits. Letztere forderte eine Entpolitisierung des Jugendverbandes<sup>29)</sup>. Doch offensichtlich hatte die SED aus den Ereignissen im Jahre 1953 gelernt, daß Schwächen innerhalb der Parteiführung nicht eingestanden werden dürften. Deshalb setzte sich die Ulbricht-Gruppe durch. Walter Ulbricht vollzog in der DDR auch nicht die Entstalinisierung; sie erfolgte in der DDR erst im Zuge der zweiten Entstalinisierungskampagne im Jahre 1962<sup>30)</sup>. Im Gegensatz zu Polen oder Ungarn wurde in der DDR die Bevölkerung 1956 nicht über die Entlarvung Stalins informiert. Deshalb blieb der Unmut auf einen kleinen Kreis von Intellektuellen und Funktionären beschränkt — anders als beispielsweise im Jahre 1953.

1957 erfolgte eine Umstrukturierung in der FDJ, und zwar erhielt die Pionierorganisation „Ernst

<sup>20)</sup> Die Bezeichnung „Botschafter im Blauhemd“ ergibt sich aus der FDJ-Kleidung: ein blaues Hemd bzw. eine blaue Bluse mit FDJ-Emblem.

<sup>21)</sup> Honecker (Anm. 12), S. 127.

<sup>22)</sup> Vgl. Klaus Ewers/Thorsten Quest, Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den volkseigenen Betrieben während und nach dem 17. Juni, in: 17. Juni — Arbeiteraufstand in der DDR, hrsg. von Ilse Spittmann und Karl Wilhelm Fricke, Köln 1982, S. 35.

<sup>23)</sup> Karl Wilhelm Fricke, Juni-Aufstand und Justiz, in: 17. Juni ... (Anm. 22), S. 73.

<sup>24)</sup> Honecker (Anm. 12), S. 185.

<sup>25)</sup> Junge Generation, (1953) 9, S. 43.

<sup>26)</sup> Statut der FDJ von 1955, in: Freiburg/Mahrad (Anm. 1).

<sup>27)</sup> Honecker fuhr anschließend zu einem einjährigen Studium nach Moskau an die dortige Parteihochschule (vgl. Honecker [Anm. 12], S. 189).

<sup>28)</sup> Honecker (Anm. 12), S. 193.

<sup>29)</sup> Mahrad, Jugendpolitik in der DDR (Anm. 10), S. 549.

<sup>30)</sup> Richard Löwenthal vertritt diese Auffassung u. a. in der von der Friedrich Ebert-Stiftung herausgegebenen Schriftenreihe: Löwenthal/Halprin/Domes/Ansprenger, Entwicklungsländer zwischen nationaler und kommunistischer Revolution, Hannover 1965.



Thälmann“ eigene Leitungen. Diese gewisse Eigenständigkeit des Kinderverbandes wurde aufgrund der Veränderungen im Statut der FDJ im Jahre 1967 wieder rückgängig gemacht<sup>31)</sup>. Ende der fünfziger Jahre konzentrierte die FDJ ihre Arbeit auf die Mobilisierung der Jugend für volkswirtschaftliche Aufgaben. Die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich zu überbieten, stand auf dem Programm: „Überholen ohne einzuholen“, propagierte Walter Ulbricht. Mehrere zentrale Jugendobjekte der FDJ wurden ins Leben gerufen, und es wurde das Neuerer- und Vorschlagswesen, die „Messe der Meister von morgen“ (MMM), initiiert. Ganz in diesem Zeichen stand das VI. Parlament der FDJ im Jahre 1959.

Außerdem führte die FDJ nach dem Parlament Kampagnen zur Gewinnung neuer Mitglieder durch. Mitte 1959 betrug die Mitgliederzahl ca. 1,09 Millionen — eine alarmierend geringe Zahl, denn 1956 hatte der Verband bereits 1,7 Millionen Mitglieder verzeichnet<sup>32)</sup>. Bei der Anwerbung neuer Mitglieder wurden ziemlich rüde Methoden angewendet. Anlässlich des 10. Jahrestages des Bestehens der DDR (7. Oktober 1959) wurden ganze Schulklassen der Erweiterten Oberschulen in die FDJ übernommen, oder Schüler wurden in Ferienlagern zum Eintritt in die FDJ überredet, ohne Rücksprache mit den Eltern nehmen zu können. Bedenken einzelner Funktionäre gegenüber den Werbemethoden wurden unterdrückt: „Dem können wir vorbauen, ... wir schicken den betreffenden Eltern einen Brief und teilen ihnen mit, daß sich ihre Tochter oder ihr Sohn bei uns im Lager entschlossen hatten, Mitglied der FDJ zu werden.“<sup>33)</sup> Diese Art der Mitgliederwerbung steigerte bei den DDR-Jugendlichen nicht gerade die Begeisterung für den Jugendverband. „Bei vielen gibt es eine ablehnende Haltung zur FDJ“, klagte deshalb die Funktionärszeitschrift „Junge Generation“<sup>34)</sup>. Im Jahre 1963 stellte dieselbe Zeitschrift fest: „Nachdem das 9. Schuljahr begonnen hat, wird in der Klasse für die FDJ geworben. Die meisten Schüler sind der Ansicht, daß es zu einem Oberschüler gehört, Mitglied der Jugendorganisation zu sein. Als Nichtmitglied

könne man ja ‚schiefe‘ angesehen werden. Folglich werden in der Regel die meisten Freunde mehr aus ‚Tradition‘ und nicht aus Überzeugung heraus Mitglied der FDJ.“<sup>35)</sup>

Innerhalb des Zentralrats der FDJ gab es Bestrebungen, die FDJ von solchen Mitläufern zu säubern. Zentralratsmitglied Konrad Naumann führte dazu aus: „Wer sich der FDJ angeschlossen hat, muß wissen: das ist eine anspruchsvolle Organisation. Aus Zweckmäßigkeit Mitglied werden, um später sagen zu können, ich war in der FDJ? Nein!“<sup>36)</sup> Offensichtlich konnte sich Konrad Naumann mit seiner Auffassung im Zentralrat nicht durchsetzen, denn es siegten die „Zahlenfetischisten“, denen es darum ging, Erfolgsmeldungen an die Partei weiterzuleiten.

Ende der fünfziger Jahre erhielt die FDJ den „Kampfauftrag“, junge Männer zum „freiwilligen Eintritt in die bewaffneten Kräfte“ zu überreden<sup>37)</sup>. Wer sich damals zu einer dreijährigen Dienstzeit verpflichtete, bekam einen Studienplatz oder eine lukrative Arbeitsstelle in Aussicht gestellt. In dieser Zeit wurden auch die Ordnungsgruppen der FDJ gebildet, die auf Massenveranstaltungen, in Gaststätten, Zeltlagern, Jugendklubs etc. gegen „Rowdytum, Trunksucht, fleghaftes Verhalten“ etc. zu Felde ziehen sollten<sup>38)</sup>. Ihren ersten bedeutsamen Einsatz hatten die Ordnungsgruppen während des Mauerbaus im August 1961. Kurz nach dem 13. August wurden außerdem Werbekampagnen für die Dienste bei den Grenztruppen insbesondere unter FDJ-Funktionären durchgeführt, was zur Folge hatte, daß 1961 und 1962 selbst in größeren Betrieben kaum mehr FDJ-Funktionäre vorhanden waren<sup>39)</sup>.

Die nun folgenden sechziger Jahre sind durch die Politik im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) bekannt geworden; sie zeichneten sich durch eine gewisse Liberalisierung aus. Insbesondere die Jugend sollte das Gefühl haben, daß sie im Mittelpunkt des staatlichen Interesses stand. Die FDJ veranstaltete im Mai 1963 ihr VII. Parlament, auf dem ein neues Statut verab-

<sup>31)</sup> Freiburg/Mahrad (Anm. 1), S. 148.

<sup>32)</sup> Die Zahlenangaben stammen aus der Dissertation von Walter Parson, Die Rolle der Arbeiterjugend bei der Entwicklung der FDJ, unter besonderer Berücksichtigung der Kraftwerke Trattendorf und des Kombinats Schwarze Pumpe, Universität Rostock 1971. Da Parson für seine Recherchen in den Archiven der FDJ gearbeitet hat, ist anzunehmen, daß es sich bei seinen Angaben um die tatsächlichen Mitgliederzahlen handelt, die die FDJ vermutlich zum VI. Parlament feststellen ließ, bei denen es sich um von „Karteileichen“ bereinigte Zahlen handelt.

<sup>33)</sup> Junge Generation vom 5. August 1960, S. 37.

<sup>34)</sup> Junge Generation, (1961) 17, S. 33.

<sup>35)</sup> Junge Generation, (1963) 1, S. 58.

<sup>36)</sup> Konrad Naumann, in: Junge Generation, (1965) 1, S. 23.

<sup>37)</sup> Die allgemeine Wehrpflicht wurde erst im Jahre 1962 eingeführt.

<sup>38)</sup> Freiburg/Mahrad (Anm. 1), S. 242 ff.

<sup>39)</sup> Antje Mattausch, Zur Rolle der Arbeiterjugend in der FDJ, untersucht am Beispiel der Wertindustrie des Bezirkes Rostock, Diss. Universität Rostock 1976.



schiedet wurde. Im September 1963 gab das Politbüro des ZK der SED ein „Jugendkommuniqué“ heraus, in dem verkündet wurde, daß „das selbständige Denken und Handeln der Jugendlichen ... zu fördern“ sei; im Mai 1964 verabschiedete die Volkskammer das zweite Jugendgesetz der DDR und im Jahre 1965 das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“.

Nach Hermann Weber lag in der damaligen Liberalisierung eine Problematik: „SED und FDJ waren bemüht, ihren ideologischen Anspruch durchzusetzen und gleichzeitig ihre Führung abzusichern.“<sup>40)</sup> In diesem Sinne kritisierte das FDJ-Funktionärsorgan „Junge Generation“ 1965: „Die FDJ ist keine Vereinigung junger Nur-Freizeitgestalter ... Die Auffassungen, das Denken sind im Jugendverband keine Privatsache des einzelnen, lasse sich keine FDJ-Leitung einreden, darum brauche sie sich nicht zu kümmern. Das persönliche Denken soll mit den Anschauungen, mit der Ideologie unserer Gesellschaft übereinstimmen oder in Einklang gebracht werden. Auch dafür ist die FDJ da.“<sup>41)</sup> 1967, als das VIII. Parlament der FDJ stattfand, war die NÖSPL-Politik bereits wieder zurückgenommen worden.

Seit Walter Ulbricht — offiziell aus Altersgründen — von Erich Honecker abgelöst worden ist, fanden vier Parlamente der FDJ statt: das IX. Parlament im Jahre 1971, das X. Parlament im Juni 1976, das XI. im Juni 1981 und das XII. Parlament im Mai 1985 (alle in Ost-Berlin). Des weiteren wurde im Januar 1974 ein neues — das dritte — Jugendgesetz der DDR von der Volkskammer verabschiedet, und die FDJ gab sich auf ihrem X. Parlament 1976 ein neues Statut. Insgesamt wurde die Stellung der FDJ gestärkt, was u. a. darin zum Ausdruck kam, daß der 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Egon Krenz, der von 1974 bis 1982 im Amt war, im Mai 1976 Kandidat des Politbüros der SED wurde. Von seinen Vorgängern hatte lediglich Erich Honecker, der 1950 als FDJ-Vorsitzender gleichzeitig Kandidat des Politbüros geworden war, eine solche Position inne.

<sup>40)</sup> Hermann Weber, Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 115.

<sup>41)</sup> Junge Generation, (1965) 12, S. 46—47.

Alle anderen ersten Sekretäre des Zentralrats der FDJ (Karl Namokel von 1955 bis 1959, Horst Schumann von 1959 bis 1967, Günther Jahn von 1967 bis 1974 sowie Eberhard Aurich seit 1982) waren bzw. sind gleichzeitig nur Mitglieder des ZK der SED.

Neu ist die sowohl im Jugendgesetz als auch im Statut der FDJ fixierte Anlehnung an die Sowjetunion. So heißt es im Statut der FDJ von 1976: „Die Freie Deutsche Jugend richtet ihre Aufmerksamkeit darauf, die Überzeugung zu bekräftigen, daß das unerschütterliche Kampfbündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern die Grundlage für die Entwicklung der DDR ist. Die Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion ist ihre Herzensangelegenheit ..“. Derartige Ergebenheitsgesten wurden von der FDJ nicht einmal im Jahre 1946 in das damalige Statut aufgenommen. Politische Veränderungen haben weder das XII. Parlament der FDJ noch der XI. Parteitag der SED, der im April dieses Jahres stattfand, gebracht. DDR-Volkskammerpräsident Sindermann äußerte sich im Frühjahr vor westlichen Journalisten sinngemäß, daß dies auch nicht sein müsse, weil sich die Politik der SED bewährt habe.

Zum Bewährten gehört auch die Mobilisierung der Jugend zu mehr Leistungen, insbesondere Leistungen in der Produktion. Ganz in diesem Sinne war z. B. eine Titelseite der FDJ-Zeitschrift „Junge Generation“ im Dezember 1985 gestaltet. Zum „Planstart 86“ wurde dort empfohlen: „Unsere ganze Kraft für Leistungszuwachs“, „Leistungsreserven im Arbeitsablauf suchen“, „Den Leistungsvergleich konsequent führen“ sowie „Bestleistungen zu Dauerleistungen machen!“. Diejenigen, die solche Bestleistungen erbracht haben, werden als Vorbilder in den Massenmedien der DDR vorgestellt. In der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ steht dafür täglich die Seite 3 zur Verfügung, auf der von Jugendbrigaden, die sich zu Mehrproduktion verpflichtet haben, berichtet wird. Für besondere Leistungen gibt es neben Belobigungen auch materielle Vergünstigungen — z. B. in Form von Geldprämien oder lukrativen Auslandsreisen in „sozialistische Bruderländer“.



## IV. Die Vermittlung sozialistischer Wert- und Moralvorstellungen durch den Jugendverband

Seit ihrer Gründung 1946 hatte sich die SED das Ziel gesetzt, „die Jugendlichen zu Sozialisten zu erziehen“, weil Jugendliche aufgeschlossen seien für das Neue<sup>42)</sup>. Ziel der Jugendpolitik der SED ist es, in der DDR den Typus eines „neuen Menschen“ zu schaffen. Bereits im FDJ-Statut von 1963 hieß es in diesem Sinne: „Die Freie Deutsche Jugend setzt sich dafür ein, daß alle Mädchen und Jungen selbständig denkende, vorwärtsdrängende, allseitig gebildete, geistig, moralisch und körperlich gesunde Staatsbürger werden.“ Bekämpft werden sollten „Erscheinungen der kapitalistischen Unmoral“. Schon auf dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 hatte Walter Ulbricht in Abgrenzung gegenüber der bürgerlichen Moral die „Zehn Gebote der Sozialistischen Moral“ formuliert<sup>43)</sup>, in denen beispielsweise gefordert wurde: „Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen ...“<sup>44)</sup>.

Die marxistisch-leninistische Theorie geht davon aus, daß „Wertvorstellungen aus dem praktischen Verhalten der Menschen hervorgehen, eine Seite, ein Element der praktisch-geistigen Aneignung der Welt darstellen, daß jedweden moralischen Prinzipien, Idealen, Postulaten und daher auch Wertvorstellungen materielle, letztlich ökonomische Prozesse und Beziehungen zugrunde liegen; daß Wertvorstellungen historischen Charakter tragen; daß schließlich Wertvorstellungen, solange es Klassen und Klassenkampf gibt, Klassencharakter tragen“<sup>45)</sup>. Im Sozialismus seien Moralauffassungen deshalb vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu betrachten. Allerdings entstünden Werte und Moralauffassungen nicht aus sich heraus. Der soziale Wert der Persönlichkeit wachse stetig. Sozialistische Werte und Moral müßten deshalb an die jungen Menschen in der DDR vermittelt werden, wobei die Erziehungsaufgabe darin bestünde, „einerseits über die ideologisch-erzieherische Vermittlung bzw. Beeinflussung von Wertvorstellungen das Prinzip der materiellen Interessiertheit bzw. das Leistungsprinzip

durchsetzen zu helfen, gleichzeitig aber einer individuellen Orientierung auf die Befriedigung allein materieller Bedürfnisse entgegenzuwirken“<sup>46)</sup>.

Im Jugendgesetz aus dem Jahre 1974 wird deshalb die Erziehung der Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten gefordert: „Die Entwicklung der jungen Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten ist Bestandteil der Staatspolitik und der gesamten Tätigkeit der sozialistischen Staatsmacht“, heißt es im Paragraph 2. Ferner wird dort angegeben, wodurch sich eine „sozialistische Persönlichkeit“ auszeichnet: Sie ist den Ideen des Sozialismus treu ergeben; sie ist Patriot und Internationalist; sie schützt den Sozialismus gegen alle Feinde; sie achtet die Traditionen der Arbeiterklasse; sie besitzt hohe moralische und kulturelle Werte; sie beteiligt sich aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Aus den genannten Merkmalen einer „sozialistischen Persönlichkeit“ ergeben sich folgende Erziehungsziele: die politisch-ideologische Erziehung, die Kollektiverziehung, die Arbeitserziehung und die Wehrerziehung. Die Erziehung soll dabei einheitlich erfolgen in Elternhaus, Schule und Gesellschaft. Eine besondere Rolle spielt in dieser Überlegung die Jugendorganisation, mit deren Hilfe es gilt, die Sozialisation der Jugend in die DDR-Gesellschaft zu erreichen.

### Politisch-ideologische Erziehung

Die gesamte Erziehungsarbeit der FDJ beruht auf der Philosophie des Marxismus-Leninismus, wobei die führende Rolle bei der Interpretation der Klassiker Marx, Engels und Lenin sowjetischen Philosophen zuerkannt wird. Ferner orientiert sich die politisch-ideologische Erziehung an Beschlüssen und Anweisungen der SED, deren Politik allerdings nicht geradlinig verläuft, sondern aus aktuellen Zweckmäßigkeiten angepaßt wird, so daß Kurskorrekturen durchaus üblich sind. Die politisch-ideologische Erziehung steht nicht für sich allein, sondern ist verknüpft mit den anderen hier genannten Erziehungszielen. Sie beinhaltet außerdem die Vermittlung geistiger — z. B. ästhetisch-kultureller — Werte sowie sozial-politischer Moralauffassungen wie Solidarität etc.

<sup>46)</sup> Ebenda, S. 16—18.

<sup>42)</sup> Honecker (Anm. 12), S. 135—136.

<sup>43)</sup> Diese Gebote sind abgedruckt in: Franz Loeser, Die unglaubliche Gesellschaft, Köln 1984, S. 92—93.

<sup>44)</sup> Gebot Nr. 4 siehe bei Loeser (Anm. 43).

<sup>45)</sup> Erich Hahn, Aktuelle philosophische Probleme der marxistisch-leninistischen Wertauffassung, in: Autorenkollektiv, Wertauffassungen im Sozialismus, Berlin (Ost) 1980, S. 24.



Besonders geschult werden sollen die einzelnen FDJ-Mitglieder im „FDJ-Studienjahr“, das in jedem Jahr unter einem bestimmten Motto steht. Im Funktionärsblatt „Junge Generation“ wird Heft für Heft dargelegt, was von den FDJ-Funktionären dabei an politischem Wissen vermittelt werden soll. So wird z. B. als Thema für den politischen Zirkel vorgeschlagen: „Der Generalangriff des Kapitals auf die soziale Lage der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern“<sup>47)</sup>. In einem anderen Heft wird vorgeschlagen, darauf einzugehen, daß „die Partei immer recht“ hat, und den Ausspruch zu erläutern: „Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“<sup>48)</sup>.

Nicht nur Jugendliche, sondern auch Schulkinder werden in politischen Zirkeln beeinflußt. Schüler der 7. Klasse müssen an „Zirkeln unter der blauen Fahne“<sup>49)</sup> teilnehmen, die dazu dienen, sie auf ihre Mitgliedschaft in der FDJ vorzubereiten. Am Zirkelende finden „Abschlußgespräche unter der blauen Fahne“ statt, in denen die Schüler erklären, warum sie FDJ-Mitglied werden möchten. Hier die Antwort eines Schülers der 7. Schulklasse der Wilhelm-Pieck-Oberschule in Berlin-Pankow, eine von Funktionärs- und Intellektuellenkindern bevorzugte Schule: „Ich denke da zum Beispiel an die Kraft der Solidarität. Als Pioniere haben wir uns ja auch an der großen Aktion ‚Spielzeug für die Kinder Nikaraguas‘ beteiligt, Solibasare veranstaltet. Damit tragen wir doch mit zum Frieden bei.“<sup>50)</sup> Gestelzte Worte von einem Schulkind! Die Äußerung eines Mitschülers klingt da schon ehrlicher: „Für die meisten von uns wird es wohl normal sein, FDJler zu werden ...“<sup>51)</sup>.

Die politisch-ideologischen Postulate werden jedoch nicht nur in Mitgliederversammlungen oder Zirkeln an die Jugendlichen vermittelt, sondern auch im kulturellen und im Freizeitbereich sowie über die Berufstätigkeit, in der Schule und im Studium. Sie dienen insbesondere auch der Erziehung zum Kollektiv.

### Kollektiverziehung

Unter einem sozialistischen Kollektiv wird „eine Gemeinschaft mehrerer Personen“ verstanden,

<sup>47)</sup> Junge Generation, (1985) 12, S. 12.

<sup>48)</sup> Junge Generation, (1985) 10, S. 12.

<sup>49)</sup> Die blaue Fahne ist die Fahne der FDJ. Sie enthält auf blauem Grund das Symbol der FDJ — eine aufgehende Sonne.

<sup>50)</sup> Junge Generation, (1985) 9, S. 25.

<sup>51)</sup> Ebenda.

„die auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse in sozialer Kooperation und bewußter Zielstrebigkeit grundlegende materielle und ideelle Erfordernisse der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht“<sup>52)</sup>. Das Ziel der Kollektiventwicklung ist die „Formung der allseitig entwickelten Persönlichkeit“. Aufgrund seiner politischen Intentionen unterscheidet sich der Begriff Kollektiv im Sozialismus von dem eines Teams oder einer sozialen Gruppe<sup>53)</sup>. Wesentliche theoretische Impulse für die Kollektiverziehung gingen von dem sowjetischen Pädagogen Anton Semjonovitsch Makarenko aus, der sich bei seinen Überlegungen stark auf seine Erfahrungen stützte, die er in der von ihm gegründeten „Gorkikolonie“ sammelte, in der ehemalige herumstreuende, kriminelle Kinder und Jugendliche resozialisiert werden sollten.

Vom Jugendverband der DDR wurde der Begriff „Kollektiv“ relativ spät übernommen; er findet sich erst im Statut aus dem Jahre 1955, in dem aufgeführt ist, daß die leitenden Organe der FDJ nach dem Prinzip der Kollektivität zu arbeiten haben. 1952 ist demgegenüber in der damaligen Verfassung der FDJ nur von der „Pflege jugendlichen Zusammengehörigkeitsgefühls“ die Rede. Heute ist die Ausrichtung der Jugend auf das sozialistische Kollektiv in der Jugendpolitik festgelegt und u. a. im Jugendgesetz verankert. Dementsprechend gibt es eine Vielzahl verschiedener Kollektive: das Leistungskollektiv, Lernkollektiv, Freizeitkollektiv, Arbeitskollektiv etc. Das Kollektiv zu achten, ist Pflicht eines jeden FDJ-Mitgliedes.

### Arbeitserziehung

Die Arbeitserziehung in der DDR beruht zum einen auf dem Marx'schen Arbeitsbegriff, in dem Arbeit als ein wertbildendes Element definiert wird<sup>54)</sup>, sowie auf der Theorie von Engels<sup>55)</sup>, die davon ausgeht, daß Arbeit die Voraussetzung des menschlichen Lebens sei; andererseits basiert sie

<sup>52)</sup> Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973, Stichwort: Sozialistisches Kollektiv.

<sup>53)</sup> Zur Kollektiverziehung siehe auch Heinz E. Wolf, Zur Kollektivtheorie und Kollektiverziehung in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/84 vom 21. April 1984, S. 31 ff.

<sup>54)</sup> Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels Werke, Bd. 24, Berlin (Ost) 1975, Bd. 24, S. 35.

<sup>55)</sup> Friedrich Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in: Friedrich Engels, Dialektik der Natur, MEGA, Berlin (Ost) 1985, S. 88—99.



auf dem von Lenin geprägten Begriff des „sozialistischen Wettbewerbs“. Da Arbeit erst das Menschsein bedinge, hat sie einen hohen Stellenwert in der sozialistischen Gesellschaft. Dementsprechend wurden das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit in der Verfassung der DDR gesetzlich festgelegt<sup>56</sup>).

Lenins Idee vom sozialistischen Wettbewerb beruht auf der Vorstellung, daß in einer sozialistischen Gesellschaft der kapitalistische Konkurrenzkampf nicht mehr bestehe, daß vielmehr an seine Stelle ein kameradschaftlicher Wettbewerb der Werktätigen untereinander treten müsse, so daß der sozialistische Wettbewerb als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung diene. Die FDJ-Arbeit ist in die unterschiedlichsten Formen des sozialistischen Wettbewerbs einbezogen. So ist die FDJ u. a. Träger des sogenannten „Berufswettbewerbs“, der insbesondere die Lehrlinge der DDR zu Mehrleistungen anspornen soll<sup>57</sup>). Darüber hinaus werden von der FDJ ökonomische Initiativen entwickelt wie z. B. die „FDJ-Angebote“, die „Konten junger Sozialisten“ und andere Aktionen, deren Ziel es ist, eine Produktionssteigerung zu erreichen.

Diese Formen der FDJ-Arbeit vollziehen sich vorrangig in sogenannten Jugendobjekten oder werden von Jugendbrigaden ausgeführt. Letztere sind Arbeitsgruppen, die sich zum überwiegenden Teil aus jungen Werktätigen zusammensetzen, die unter der Anleitung eines älteren Meisters oder Ingenieurs arbeiten. Jugendobjekte sind schwerpunktmäßige, zeitliche begrenzte, volkswirtschaftlich bedeutsame Vorhaben, in denen junge Leute eingesetzt werden; sie werden vom Zentralrat der FDJ in Zusammenarbeit mit einem Ministerium der DDR ausgearbeitet und sodann von der FDJ an die Jugend zur Erfüllung übertragen. Man unterscheidet zentrale Jugendobjekte, bezirkliche, lokale und betriebliche Jugendobjekte sowie internationale Jugendobjekte. Das gegenwärtig größte und bedeutendste zentrale Jugendobjekt in der DDR ist die „FDJ-Initiative Berlin“, in der es um die bauliche Sanierung Ost-Berlins geht. Dieses Jugendobjekt wurde 1976 initiiert

<sup>56</sup>) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, GBl. Teil I Nr. 47 vom 27. September 1974, Artikel 24 (2) und (3).

<sup>57</sup>) Dazu siehe insbesondere Freiburg/Mahrad (Anm. 1), S. 167 ff.

und besteht somit inzwischen zehn Jahre. Es ist anzunehmen, daß die FDJ dieses Objekt anlässlich der 750-Jahresfeier Berlins im Jahre 1987 feierlich als erfüllt abrechnen wird. Ein Beispiel für ein internationales Jugendobjekt ist der Bau der „Baikal-Amur-Magistrale“, einer Eisenbahnlinie durch Sibirien, an der sich Jugendliche aus verschiedenen sozialistischen Ländern beteiligt haben. An den Jugendobjekten beteiligen sich im übrigen nicht nur werktätige Jugendliche, sondern auch Schüler und Studenten im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Überhaupt werden Schüler und Studenten zu volkswirtschaftlichen Aufgaben herangezogen. Studenten nehmen an Ernteeinsätzen teil oder beteiligen sich als „Forscherkollektive“ an der Neuererbewegung. Schüler fahren in den Ferien in „Lager der Erholung und Arbeit“, in denen die Freizeit mit einem Arbeitseinsatz verbunden ist; ferner sammeln sie Schrott und Altpapier, helfen bei der Verschönerung der Schule oder des Stadtgebietes. Die Arbeitseinsätze von Schülern und Studenten sind freiwillige Verpflichtungen. Da sie jedoch als gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten gelten, die zumeist auf einer Testatkarte vermerkt werden und später bei der Bewerbung um eine Arbeitsstelle, um einen Studienplatz und dergleichen bedeutsam werden, beteiligen sich nahezu alle an solchen Aktionen. Sie sind immer verbunden mit einer Verpflichtung, die eingegangen wird, und einer späteren Abrechnung über die Einhaltung der abgegebenen Verpflichtung. Da an die oberen FDJ-Leitungen nur Erfolge gemeldet werden sollen, wird dabei viel gemogelt. Ein solches Beispiel findet sich in dem Buch von Gabriele Eckart<sup>58</sup>): „Da beschummelt sich jeder selbst. Das ist für mich so'n Widerspruch bei uns. Wenn die Regierung in die Betriebe geht, was sieht sie? Nur das Beste. Und sie denken: Alles ist wunderbar! Aber was war mit der Mensa? Die sollte bis Januar fertig werden, war's aber erst im August. Da haben sie den Plan zurückgedreht, so, als sollte sie erst im nächsten Januar fertig werden. Schon hatten sie ihn vorfristig erfüllt!“ — so die Kritik eines 17jährigen Mädchens aus der DDR. Der Grund für solche Mogelei liegt darin, daß die ökonomischen Verpflichtungen keine Eigeninitiativen der DDR-Jugendlichen sind, sondern aufgrund von Kampagnen der FDJ durchgeführt werden.

<sup>58</sup>) Gabriele Eckart, So sehe ick die Sache — Protokolle aus der DDR, Köln 1984, S. 59.



## Wehrerziehung

In der DDR gilt Wehrerziehung als Friedenserziehung; ihr Ziel ist die Vermittlung einer sozialistischen Wehrmoral, die „als Bestandteil der sozialistischen Moral eine qualitativ neue Triebkraft für das Handeln der Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft in bewaffneten Auseinandersetzungen mit imperialistischen Aggressoren und anderen reaktionären Kräften“ darstelle. Ferner umfasse die sozialistische Wehrmoral „das moralische Verhältnis der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft zu allen Fragen der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes . . . und des sozialistischen Weltsystems“<sup>59</sup>).

Die FDJ ist sowohl für die Vermittlung der sozialistischen Wehrmoral an Kinder und Jugendliche zuständig als auch für die vormilitärische Ausbildung von Schülern, Studenten und Lehrlingen. Letztere erfolgt in Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), dem Deutschen Roten Kreuz und der Nationalen Volksarmee in Form von Manövern. Schulkinder nehmen an sogenannten Pioniermanövern teil, ältere Schüler an den „Hans-Beimler-Wettkämpfen“ oder an „Tagen der Bereitschaft“. Diese Manöver beinhalten unter anderem Geländespiele, Anlegen von Feuerstellen, Hangeln, Balancieren, Mutsprünge; Zwölfjährige üben bereits Luftgewehrschießen und Handgranatenzielwurf.

Neben den Manövern gibt es auch touristische Pionierspiele, bei denen Abzeichen — z. B. „Junge Tourist“ — erworben werden können. An den Schulen werden wehrsportliche Arbeitsgemeinschaften angeboten: z. B. „Junge Mehrkämpfer“, „Junge Schützen“, „Junge Funker“.

Zur Wehrerziehung der FDJ gehören auch die Werbekampagnen, durch die Jugendliche zu einem mehrjährigen Dienst als Berufssoldaten in der Nationalen Volksarmee gewonnen werden sollen. Diese Kampagnen werden verstärkt in den Erweiterten Oberschulen unter Abiturienten durchgeführt sowie unter Lehrlingen und Berufsanfängern. Ähnliche Kampagnen gibt es auch für den Dienst bei der Volkspolizei und den Grenztruppen, so daß anzunehmen ist, daß diese Tätigkeiten bei Jugendlichen nicht besonders beliebt sind. Innerhalb der Nationalen Volksarmee haben die dortigen FDJ-Organisationen, die — wie eingangs angeführt wurde — direkt dem Zentralrat der FDJ unterstehen, die Kampfmoral der Truppe zu stärken. Zur Wehrerziehung gehört außerdem die Sanitäterausbildung, die in Koordination mit dem Deutschen Roten Kreuz der DDR erfolgt.

Demgegenüber sind die Aktionen der FDJ im internationalen Bereich auf eine Verurteilung jeglicher Militarisierung gerichtet. Hierbei arbeitet die Jugendorganisation eng mit dem „Weltbund der demokratischen Jugend“ (WBDJ) zusammen. 1985 fand in Ost-Berlin eine Tagung des WBDJ statt, auf der eine „Aktionseinheit der Jugend im Kampf um Frieden und Abrüstung“ beschlossen wurde. Ferner wurde ein Appell „Für die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums, für die Beseitigung der atomaren Rüstung“ verabschiedet<sup>60</sup>). In der DDR-Politik wird in der Militarisierung der eigenen Jugend und den Aufrufen zur Abrüstung auf internationaler Ebene kein Widerspruch gesehen, da der Marxismus-Leninismus zwischen gerechten und ungerechten Kriegen differenziert<sup>61</sup>).

## V. Die Wirksamkeit der FDJ-Arbeit bei der Jugend der DDR

Die bisherigen Ausführungen konnten die umfangreichen Aufgaben und Einflußbereiche der FDJ nur streifen, trotzdem wurde die starke Stellung des Verbandes in der DDR-Gesellschaft verdeutlicht. Wenn man sich noch vor Augen führt, daß die FDJ über enorme Finanzmittel verfügt,

daß sie Klub- und Kulturhäuser besitzt, ein Reisebüro namens „Jugendtourist“ unterhält, einen Verlag ihr eigen nennt, in dem unter anderem sämtliche Kinder- und Jugendzeitschriften der DDR erscheinen, die Schirmherrin der Diskotheken sowie diverser Kulturveranstaltungen ist, eigene Jugendsendungen in Funk und Fernsehen ausstrahlt, wird deutlich, welche Einwirkungsmöglichkeiten auf Jugendliche die FDJ hat. Die hohe Mitgliederzahl der FDJ, die von ihr veranstalteten Jugendfestivals, zu denen Jugendliche zu

<sup>59</sup>) Kleines Politisches Wörterbuch (Anm. 52), Stichwort: Sozialistisches Wehrmotiv.

<sup>60</sup>) Junge Generation, (1985) 12, S. 54—55.

<sup>61</sup>) Kleines Politisches Wörterbuch (Anm. 52), Stichwort: Krieg.



Tausenden zusammenströmen, die vom Verband veröffentlichten Erfolgsmeldungen, dies alles läßt beim westlichen Betrachter den Eindruck entstehen, als sei die FDJ eine perfekt funktionierende Organisation, die die DDR-Jugend im Griff hat. Das trifft so jedoch nicht zu.

„Die FDJ-Arbeit lahmt“, stellte bereits 1962 die Funktionärszeitschrift „Junge Generation“<sup>62)</sup> fest. Schuld daran ist das Muß für jeden Jugendlichen, Mitglied der FDJ zu werden. Deshalb kann er sich auch nicht mit dem Verband identifizieren: „In unserer Brigade sind alle in der FDJ, die meisten, weil sie's mußten. Sie sagen: FDJ, ist doch bloß ein Trott. Es ist schon ein Problem, Beitrag zu kassieren, darum nehmen wir ihn jetzt fürs ganze Jahr. Ich finde, die FDJ müßte sich mehr mit den Jugendlichen zusammensetzen, ihre Probleme beraten“, so die Meinung einer zwanzigjährigen FDJ-Gruppensekretärin<sup>63)</sup>.

Sehr häufig kommt es vor, daß — und dies trifft insbesondere im Arbeitsleben zu — überhaupt keine FDJ-Leitungen gewählt werden, oder es finden keine Versammlungen statt: „Wir sind Jugendbrigade, und im vorigen Jahr hatten wir keine FDJ-Veranstaltung, keine Veranstaltung gar nischt.“<sup>64)</sup> Finden FDJ-Veranstaltungen statt, so wird deren „niedriges Niveau“ beklagt, und daß diese nicht zur Bewußtseinsbildung der Jugendlichen beitragen<sup>65)</sup>. „Nach Feierabend wollen sie auch gleich weg“ — „Zum FDJ-Studienjahr geht keiner hin, sie sagen: muß einkaufen oder zum Friseur oder, das Kind ist krank...“

Die meisten FDJ-Mitglieder haben kein Interesse daran, eine Funktion in der FDJ zu übernehmen. Die Gruppenfunktionäre werden nur lustlos gewählt, wie eine FDJ-Sekretärin dies beschreibt: „Die Wahl war auf dem Acker, in zehn Minuten. Sie haben jeden gefragt: Willst du's machen? Oder du? Bis ich gesagt habe: Na gut. Einer muß es ja machen.“<sup>66)</sup> Derjenige, der diese Position übernommen hat, wird von den anderen FDJ-Mitgliedern bei seiner Arbeit nicht unterstützt<sup>67)</sup>.

Das Desinteresse an der FDJ gründet in der formalistischen und wenig auf jugendliche Bedürfnisse zugeschnittenen politischen Tätigkeit des Verbandes. Typisch dafür ist die folgende Aus-

sage einer DDR-Jugendlichen: „Ich habe mir ein Kampfprogramm von der 11 b besorgt, zweites Lehrjahr. Da stand als erster Satz: Wir, die FDJler der 11 b... und dann irgendwie treten als aktive Kampfbereitschaft der Partei auf. Ich kann mir nicht vorstellen, daß meine FDJler so was von sich sagen: Ich bin die aktive Kampfbereitschaft der Partei. Und wenn ich's mir nicht vorstellen kann, kann ich's nicht schreiben. Ist doch nicht mein Kampfprogramm... Manchmal denke ich, die FDJ ist keine lebendige Organisation mehr.“<sup>68)</sup>

Für Eigeninitiative ist kaum Platz in der FDJ. Selbst die Losungen, die bei Umzügen auf Spruchbändern getragen werden, wurden nicht von Jugendlichen kreiert, sondern sind vorgegeben. Dasselbe gilt für Hochrufe etc.: „Und als wir kamen, hatten drüben vor der BBS (d. h. Betriebsberufsschule — C.M.) die Lehrlinge Sprüche geübt: DDR, SED! und was weiß ich. Das sollten sie dann, wenn der und der gesprochen hat, rufen. Sogar Klatschen hatten sie geübt.“<sup>69)</sup>

Beklagt wird außerdem, daß Schüler häufig zwei Meinungen hätten, „eine persönliche und eine andere für den Lehrer“<sup>70)</sup>. Daß dieses Verhalten der Schüler systembedingt ist, wird häufig übersehen. DDR-Bürger geben dazu an: „Auf der Oberschule vertritt noch einer seine persönliche Meinung, das macht der doch nur dreimal, sonst kriegt er keinen Studienplatz. Was bleibt bei dieser natürlichen Auslese am Ende übrig? Bloß nicht anecken, kein falscher Zungenschlag...“<sup>71)</sup>.

Die Fehler für die Mißstände in der FDJ sucht die Verbandsspitze nicht bei sich selbst, sondern sie macht die untergeordneten Leitungen — zumeist die der Grundorganisation — dafür verantwortlich. Diese müßten mehr Einfluß auf die einzelnen FDJ-Mitglieder ausüben, mehr Verantwortung für die politische Arbeit übernehmen, müßten sich mehr um das Gruppenleben kümmern usw. Außerdem soll die Jugendforschung in der DDR herausbekommen, warum die DDR-Kinder und -Jugendlichen so desinteressiert sind bzw. wie diese besser beeinflußt werden können<sup>72)</sup>. Federführend in der Jugendforschung ist das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig; doch auch pädagogische Institute und die Akademie für pädagogische Wissenschaft führen derartige

<sup>62)</sup> Junge Generation, (1962) 17, S. 25.

<sup>63)</sup> Eckart (Anm. 58), S. 153.

<sup>64)</sup> Ebenda.

<sup>65)</sup> Junge Generation, (1965) 2, S. 25.

<sup>66)</sup> Eckart (Anm. 58), S. 153.

<sup>67)</sup> Ebenda, S. 65.

<sup>68)</sup> Ebenda, S. 66.

<sup>69)</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>70)</sup> Junge Generation, (1963) 5, S. 19.

<sup>71)</sup> Eckart (Anm. 58), S. 112.

<sup>72)</sup> Pädagogik, (1976) 2, S. 182—185.



Jugenduntersuchungen durch. Die Frage ist nur, ob die Ratschläge der Wissenschaftler immer beachtet werden. So hat z. B. die erwähnte Akademie festgestellt, daß Kinder in der DDR in einem Alter mit der politischen Ideologie konfrontiert werden, in dem sie diese noch nicht begreifen und durch politische Beeinflussung übersättigt sind<sup>73</sup>). Bisher scheint hier jedoch noch keine Änderung eingetreten zu sein.

Trotz Hineingeboreneins in den Sozialismus und Abschirmung nach außen hat sich bei der DDR-Jugend ein Unbehagen gegenüber dem Staat entwickelt. Der real existierende Sozialismus scheint für sie eine Sackgasse zu sein, denn die dort praktizierte Politik hat in wesentlichen Fragen keine Antworten für die gesellschaftliche Entwicklung gegeben: Im Sozialismus wird gerüstet, wird die Umwelt verschmutzt, steht Produktivität vor Lebensqualität, wird Herrschaft einer kleinen Elite über die breite Masse praktiziert, hat der einzelne wenig Einflußmöglichkeiten auf das gesellschaftliche Geschehen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß Jugendliche in der DDR die vorgegebenen sozialistischen Werte und Normen nicht verinnerlichen. Sie suchen sich vielmehr eigene Vorbilder. Viele Wertvorstellungen werden aus dem Westen übernommen. Dies gilt z. B. für das Konsumverhalten, für Mode und Musik. Man orientiert sich an westlichen Trends nicht etwa, weil diese immer besser sind als die im eigenen Land angebotenen Möglichkeiten, sondern weil sie — wie im Falle der Musik — häufig mit Verboten belegt werden und deshalb einen besonderen Reiz haben<sup>74</sup>).

Jugendliche, die sich an westlichen Modeströmungen orientieren, erwecken den Unwillen der Regierenden. Nicht ins Bild des sozialistischen Alltags passen nach DDR-Meinung die Punks, die in einigen Großstädten anzutreffen sind. Punks im Westen waren gute Beispiele für die „Dekadenz des Kapitalismus“. Wie erklärt sich

<sup>73</sup>) Deutsche Lehrerzeitung, (1982) 32, S. 6.

<sup>74</sup>) Eckart (Anm. 58), S. 61.

ihre Existenz in der sozialistischen DDR? Offiziell wird dafür der negative Einfluß der westlichen Massenmedien, insbesondere des Fernsehens, zitiert. Dahinter dürfte jedoch eine Protesthaltung gegen die Werte und Normen der DDR-Gesellschaft stecken.

Innerhalb der DDR übt auch die Kirche eine größere Anziehungskraft als in der Bundesrepublik auf Jugendliche aus<sup>75</sup>). Hier finden sich diejenigen, die sich nicht mit politischen Phrasen zufriedengeben.

Daß junge Menschen in der DDR sich mit der FDJ nicht identifizieren, liegt an der Überorganisation des Jugendverbandes. Die FDJ realisiert außerdem Werte und Normen der Generation, die in den zwanziger und dreißiger Jahren jung und noch vom Klassenkampf geprägt war. Dem entsprechen die Aufrufe und Parolen der FDJ, in dem vom „Kampfauftrag des Verbandes“ die Rede ist, ein Jugendobjekt ein „Kampfplatz“ ist, auf denen „Bauschaffende kämpfen“<sup>76</sup>). Hinzu kommt, daß hinter den Phrasen ganz simple Verpflichtungen stecken; so verkündete beispielsweise jemand auf dem XII. Parlament der FDJ, „daß er seine bis März befristete Dissertationschrift eher fertigstellen“ wird<sup>77</sup>), oder die FDJ stellte auf dem Parlament die Aufgabe, „hohe wissenschaftlich-technische und gestalterische Spitzenleistungen für die Jugendmode“ zu erbringen<sup>78</sup>). Weil dies nicht die Sprache der Jugendlichen ist, sind diese auch nicht am FDJ-Leben interessiert: „Wir sollen ja mal den Staat lenken. Auf die alten Genossen kann man sich verlassen. Aber wenn ich uns in der Disko sehe, komme ich ins grübeln. Es gibt zwar viele, die politisch ganz genau wissen, was sie wollen. Aber sind das genug?“ — so eine achtzehnjährige FDJ-Sekretärin<sup>79</sup>).

<sup>75</sup>) Eckart (Anm. 58), S. 58.

<sup>76</sup>) Junge Generation, (1986) 1, S. 1.

<sup>77</sup>) Junge Generation, (1986) 1, S. 13.

<sup>78</sup>) Junge Generation, (1985) 11, S. 36.

<sup>79</sup>) Für Dich, (1983) 38, S. 10.



# Politisches System und Interessenpolitik im „real existierenden“ Sozialismus

## Zum Verhältnis von Staat und evangelischen Kirchen in der DDR

Das politische System in der DDR ist — wie in anderen „real-sozialistischen“ Ländern (Polen, Ungarn vor allem) — zunehmend vor veränderte Steuerungsprobleme gestellt, die sich an einer Frage exemplarisch aufzeigen lassen: der funktional erforderlichen Anpassung an sich wandelnde innergesellschaftliche Bedingungen. Es handelt sich hierbei um Veränderungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft, von politischen Institutionen des Staates und gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften) bzw. Verbänden (wie den evangelischen Kirchen), die nicht mehr durch eine Bedeutungsanalyse des „Wesens“ der „marxistisch-leninistischen“ Ideologie erfaßt werden können. Ideologische Selbstdeutungen der politischen Systeme „sozialistischer Macht“ werden in der Staatsdiskussion von Rechts- und Sozialwissenschaftlern in der DDR häufig nur noch als Grundsatzrörterungen den Aufgaben einer Funktionsanalyse vorangestellt<sup>1)</sup>.

Im Mittelpunkt einer systemtheoretisch orientierten Staats- und Politikanalyse stehen Überlegungen, die mehr oder weniger direkt die Frage qualitativ *neuer Problemlösungskapazitäten* des Staates und veränderter Bedingungen einer *Integrationspolitik* betreffen: „Dabei hat sich die Untersuchung des Platzes, der Funktionen und der Rolle einzelner Bestandteile der politischen Organisation unter kausal-genetischen und strukturell-funktionalen Gesichtspunkten als ein wichtiger Weg erwiesen. Es konnte die Tendenz überwunden werden, das Wesen einzelner politischer Organisationen, Institutionen und Bewegungen lediglich ‚aus sich selbst heraus‘ zu erklären und

deren Beschreibung relativ isoliert voneinander vorzunehmen.“<sup>2)</sup>

Eine Schlußfolgerung für die systemtheoretisch orientierte Betrachtungsweise des politischen Systems<sup>3)</sup> läßt sich festhalten: *Inhaltliche* Aussagen über die Wirkungsweise des politischen Systems, seine internen „Bestandteile“ (Subsysteme) und externen Austauschverhältnisse sollen „differenziert“<sup>4)</sup> formuliert werden. Die Bedingungen einer staatlichen Integrationspolitik wären dann bezeichnet, wenn „komplexe“ Ebenen der Machtausübung berücksichtigt werden. Mit den Worten Schöneburgs: „So zeichnet sich m. E. das politische System der herrschenden Arbeiterklasse auch dadurch aus, daß es als Gesamtsystem wie in vielen seiner Elemente Vorsorge dafür trifft, daß mannigfaltigste bewußte, teilweise nicht-organisierte und auch spontane (im Sinne von ‚Keimformen der Bewußtheit‘) Aktivitäten von Gruppen oder Einzelpersonen sich nicht außerhalb oder neben den sozialistischen Organisationsformen zur Machtausübung konstituieren, sondern einfließen können in die Gesamtorganisation der von der Partei geführten politischen Macht.“<sup>5)</sup>

In diesen Überlegungen wird zwar nicht ausdrücklich von dem Erfordernis einer Interessenpolitik des Staates ausgegangen. Kennzeichnend für diese Auffassung einer Machtausübung ist es jedoch, daß die Frage der *Funktionsfähigkeit* des politischen Systems davon abhängig gemacht wird, ob es dem Staat gelingt, „vorsorglich“ nicht

<sup>1)</sup> Vgl. C. Luge/R. Mand, Politisches System des Sozialismus. Recht, Demokratie, gesellschaftliche Organisationen, in: Staat und Recht, (1979) 3, S. 232 ff.; K.-H. Schöneburg, Methodologie staatsrechtlicher Forschungen über politische Systeme sozialistischer Macht, in: Staat und Recht, (1981) 7, S. 254—264; H. Baumann, Zu einigen Grundfragen der Theorie der politischen Systeme, in: Staat und Recht, (1980) 2, S. 155 ff., 160 f.

<sup>2)</sup> R. Babik/R. Dau/R. Fricke/U. Pfefferling, Aufgaben und Probleme bei der Erforschung einzelner Bestandteile der politischen Organisation des Sozialismus, in: Staat und Recht, (1983) 3, S. 163.

<sup>3)</sup> Vgl. auch: System, in: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin 1969, S. 473.

<sup>4)</sup> K.-H. Schöneburg, Methodologie staatsrechtlicher Forschungen über politische Systeme sozialistischer Macht, in: Staat und Recht, (1981) 3, S. 263.

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 261.



organisierte Aktivitäten und sich außerhalb der politischen Institutionen von Partei und Staat entfaltende Einstellungen, Ziele und Interessenanlagen wahrzunehmen und zu berücksichtigen.

Damit ist aber (ohne daß diese Parallele eingeräumt wird) ein Grundproblem korporatistischer Interessenvermittlung angesprochen, das in Analysen staatlicher Interessenpolitik kapitalistischer Industriegesellschaften (Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Österreich, skandinavische Länder u. a.) ebenfalls im Mittelpunkt steht<sup>6)</sup>: die Erhöhung der Integrationsfähigkeit

des politischen Systems durch vorwegnehmende Lösungsmöglichkeiten in Konfliktfeldern, in denen sich Staat und Gesellschaft gegenüberstehen. Korporatistisch handelnde Interessenorganisationen „verfügen über staatliche Anerkennung oder Lizenz, wenn sie nicht sogar auf Betreiben des Staates hin gebildet worden sind. Innerhalb der von ihnen vertretenen Bereiche wird ihnen ausdrücklich ein Repräsentationsmonopol zugestanden, wofür sie als Gegenleistung bestimmte Auflagen bei der Auswahl der Führungspersonen und bei der Artikulation von Ansprüchen oder Unterstützung zu beachten haben.“<sup>7)</sup>

## I. Korporatistische Gesichtspunkte in der Sozialismusanalyse

In der Sozialismusforschung sind Probleme einer korporatistischen Interessenpolitik<sup>8)</sup> zumeist an der Rolle von Massenorganisationen wie den Gewerkschaften, den Mitwirkungsrechten von Arbeitern in Industriebetrieben in der Perspektive von Staat und Recht untersucht worden. Aussagen über die politische Bedeutung korporatistischer Strukturen schwanken zwischen Analogien zu Verrechtlichungstendenzen in der gewerkschaftlichen Interessenpolitik westeuropäischer Länder<sup>9)</sup> und der Annahme einer eigenständigen Version eines staatlichen<sup>10)</sup> oder autoritären<sup>11)</sup> Korporatismus. Darüber hinaus werden Formen einer korporatistischen Übereinkunft in den Beziehungen zwischen Staat/Partei, Gewerkschaften, Kirchen und gesellschaftlichen Organisationen auf dem Hintergrund besonderer gesellschaft-

licher und nationaler Vorbedingungen und Systemkrisen thematisiert<sup>12)</sup>.

In Beiträgen zur DDR-Forschung, die sich mit Verrechtlichungstendenzen im Verhältnis von Staat, Massenorganisationen und Gesellschaft auseinandersetzen, überwiegen Urteile wie ein zunehmender Trend der Verrechtlichung in den Mitwirkungsmöglichkeiten von Arbeitern<sup>13)</sup>, Aspekte eines „realsozialistischen Korporatismus“<sup>14)</sup> und die Vorstellung eines partiell veränderten politisch-gesellschaftlichen Grundkonsensus in der DDR. Gemeinsam ist diesen Auffassungen, daß die Herausbildung korporatistischer Elemente im politisch-sozialen System der DDR als Ausdruck einer veränderten instrumentalistischen Politikformulierung der Partei gedeutet werden kann.

Im folgenden wird das Verhältnis von Staat und evangelischen Kirchen in der DDR als ein Fallbeispiel für einen korporatistisch geprägten Versuch des Interessenausgleichs dargestellt. Dabei ist erstens zu prüfen, welche Konfliktursachen und Konfliktbereiche im Verhältnis von sozialisti-

<sup>6)</sup> Vgl. zur Rolle korporatistischer Formen des Interessenausgleichs in westeuropäischen und skandinavischen Ländern die beiden Sammelbände von P. Ch. Schmitter und G. Lehmbruch (Hrsg.), *Trends Toward Corporatist Intermediation*, Beverly Hills 1979; dies., *Patterns of Corporatist Policy-Making*, Beverly Hills 1982.

<sup>7)</sup> Ph. C. Schmitter, *Interessenvermittlung und Regierbarkeit*, in: U. v. Alemann/R. G. Heinze (Hrsg.), *Verbände und Staat*, Opladen 1979, S. 95.

<sup>8)</sup> Siehe G. Lehmbruch, *Interest Intermediation in Capitalist and Socialist Systems — Some Structural and Functional Perspectives in Comparative Research*, in: *International Political Science Review*, Vol. 4 (1983) 2, S. 153—172.

<sup>9)</sup> Siehe R. Rytlewski, *Deutsche Demokratische Republik (DDR)*, in: S. Mielke (Hrsg.), *Internationales Gewerkschafts-Handbuch*, Opladen 1983, S. 394.

<sup>10)</sup> A. Pravda, *Trade Unions in East European Communist Systems Toward Corporatism?*, in: *International Political Science Review*, Vol. 4 (1983) 2, S. 258.

<sup>11)</sup> Vgl. D. Chirot, *The Corporatist Model and Socialism*, in: *Theory and Society* (March 1980), S. 363—381.

<sup>12)</sup> Vgl. B. Marin, *Analysen zur Systemkrise in Polen 1980/81*, in: *Journal für Sozialforschung*, 22 (1982) 1—2, S. 4 ff. Siehe dazu auch: J. Staniszkis, *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton, N. J., 1984.

<sup>13)</sup> Vgl. u. a.: K. Belwe, *Mitwirkung im Industriebetrieb der DDR*, Opladen 1979; K. Helf, *Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) als Ordnungsmacht im politischen System der DDR*, in: *Gegenwartskunde*, 33 (1984) 2, S. 153—162.

<sup>14)</sup> G. J. Glaebner, *Staat und Recht im „realen Sozialismus“ am Beispiel der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20—21/83, S. 23.



schem Staat und Gesellschaft davon betroffen sind. Zweitens ist die Frage zu erörtern, ob die in den vergangenen Jahren entwickelten Dimensionen eines konsensorientierten Austauschverhältnisses zwischen Staat und Kirchen in der DDR als Tendenz eines gesellschaftlichen Korporatismus bestimmt werden können. Drittens: Eng damit

verknüpft ist eine andere Frage zu sehen, die durch eine Auswertung von Stellungnahmen staatlicher und kirchlicher Akteure beantwortet werden kann: Welche Veränderungen für die Legitimation staatlichen und kirchlichen Handelns ergeben sich aus den Versuchen eines korporatistischen Interessenausgleichs?

## II. Merkmale korporatistischer Interessenpolitik

Während das Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus hegemoniale Ansprüche<sup>15)</sup> gegenüber anderen (vor allem auch den christlichen) Weltanschauungen einschließt, formulieren die Repräsentanten von Partei und Staat in ihrer Politik gegenüber den Kirchen in der DDR eher konsensorientierte Maßstäbe. Nach einer Stellungnahme von Paul Verner aus dem Jahre 1971 beabsichtigt der Staat keine Sozialisierung der Kirche<sup>16)</sup>. (Diese programmatische Äußerung fiel zeitlich mit der Anerkennung der Kirche durch den Staat zusammen.) Und in einem neueren Beitrag über Perspektiven für ein gemeinsames politisches Handeln von Kommunisten und Christen heißt es: „Im Geiste echter Toleranz respektieren Kommunisten den religiösen Glauben und seine Ausübung: Sie zwingen dem Anhänger einer Religion nicht die wissenschaftlich-materialistische Weltanschauung auf. Sie machen ihre Annahme auch nicht zur Vorbedingung der Zusammenarbeit.“<sup>17)</sup> Zugleich betonen Repräsentanten der Partei „nicht überbrückbare weltanschauliche Gegensätze zwischen Christen und Marxisten“ (P. Verner), die auch durch eine Praxis punktueller Kooperation und einer Politik des Interessenausgleichs nicht aufgehoben werden.

Damit ist ein zentrales korporatistisches Strukturelement in den Beziehungen zwischen Staat, Partei und Kirche bezeichnet: die Anerkennung der jeweiligen Eigenständigkeit und (weltanschaulichen) Verschiedenheit von Partnern, die aus einem bisher antagonistischen Interessengegensatz

zu einer Politik des Kompromisses und begrenzter Übereinkünfte übergehen. In diesem Sinne umschreibt Bischof Schönherr das Verhältnis von Staat und evangelischen Kirchen in der DDR zutreffend als eine Beziehung zwischen weltanschaulich und „machtmäßig“ verschieden bestimmten Gruppierungen<sup>18)</sup>: „Die Spannung zwischen der herrschenden, materialistischen Weltanschauung und dem christlichen Glauben muß ausgehalten werden... Allen Versuchen einer Vermischung sollten wir widerstehen. Wir sind dankbar, daß der Versuch, eine ‚sozialistische Theologie‘ zu schaffen, eindeutig abgewiesen worden ist.“<sup>19)</sup>

In einem anderen Zusammenhang hebt Schönherr das zentrale Problem der Identität („Eigenständigkeit“) der Partner in korporatistischen Austauschbeziehungen hervor: „Das Gespräch vom 6. März brachte keinen Wendepunkt in der Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche insofern, als sich beide nun völlig gewandelt hätten. Wir sind die gleichen geblieben, aber unser Verhältnis wurde deutlicher... erkennbar. Ideologisch ist die DDR ein marxistisch-leninistischer Staat mit allen Konsequenzen.“<sup>20)</sup>

Ein anderes Problem der korporatistischen Politik in der DDR läßt sich ebenfalls an der Praxis „sachbezogener“, punktueller Übereinkünfte zwischen Repräsentanten des Staates und der Kirchen seit dem 6. März 1978 aufzeigen: das Bestre-

<sup>15)</sup> Vgl. K.-H. Schöneburg (Anm. 4), S. 262; G. Schüßler u. a., Staat und Politik im Sozialismus, Berlin 1984, S. 33; K. Sorgenicht, Unser Staat in den achtziger Jahren, Berlin 1983.

<sup>16)</sup> Siehe P. Verner/G. Götting, Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung, Berlin 1971.

<sup>17)</sup> W. Kliem, Kommunisten und Christen gemeinsam im Kampf um den Frieden, in: DZfPh, (1984) 8—9, S. 772.

<sup>18)</sup> Interview mit Bischöfen und Kommentare zur Situation der evangelischen Kirchen in der DDR, in: H. Matthias (Hrsg.), Zwischen Anpassung und Widerstand, Wiesbaden 1981, S. 16.

<sup>19)</sup> A. Schönherr, Impulse aus der Theologie Bonhoeffers für den Weg der Christen in der sozialistischen Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: ders., Horizont und Mitte, München 1979, S. 139.

<sup>20)</sup> A. Schönherr, Interview mit Bischöfen und Kommentare zur Situation der evangelischen Kirchen in der DDR (Anm. 18), S. 14.



ben der Kooperationspartner, die Politik der gegenseitigen Anerkennung von Macht- und Interessenunterschieden bis an die Basis durchzusetzen<sup>21</sup>). Landesbischof Hempel umschreibt diese Politik zutreffend als ein „Experiment mit Risiko“<sup>22</sup>). Das Risiko besteht für den sozialistischen Staat darin, daß er sich „erstmalig mit Kirchen arrangieren wollte, zu deren Programm im Prinzip die Sozialethik gehört; solche sozialetischen Aktivitäten tangieren das Mandat des Staates.“<sup>23</sup>) Der Staat muß ideologisch den hegemonialen Anspruch in diesen Fragen zurücknehmen. Der Staat muß darüber hinaus den Kirchen einen autonomen Handlungsspielraum und Kompetenzen zuerkennen. Das Risiko für die Kirchen stellt sich an den „ideologisch besonders geprägten Stellen“ (Schönherr) wie den Schulen und im höheren Bildungssystem. Die Diskriminierung junger Christen kann nicht immer durch „Verabredungen“ zwischen Kirchenvertretern und staatlichen Behörden aufgehoben werden. Die staatliche Seite ließ Gesprächsangebote über solche Konfliktfelder unbeantwortet<sup>24</sup>) — eine Reaktion, die zeigt, daß korporatistische Arrangements zwischen Staat und Kirchen von dem „machtmäßig“ stärkeren Konfliktpartner auch wieder aufgekündigt werden können.

Im Zusammenhang mit „offenen“ Fragen des Einsatzes von Bausoldaten, der Forderung nach Einrichtung eines zivilen Wehersatzdienstes und der Möglichkeit des waffenlosen Dienstes für vereidigte Reservisten<sup>25</sup>), der Praxis des Wehrkundeunterrichts und der Verhaftungen von Mitgliedern autonomer Friedensgruppen in der DDR wurde die Politik des Interessenausgleichs von Gemeindemitgliedern und Jugendlichen kritisiert. Die Kirche als Verband stand vor einem innerorganisatorischen Dilemma, das auch Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern in der Praxis kor-

poratistischer Interessenpolitik erfahren haben: Der Politik eines punktuellen Kompromisses mit staatlichen Vertretern wurde mit Mißtrauen begegnet; eine Entfremdung zwischen Gemeindemitgliedern und Jugendlichen auf der einen Seite und den Vertretern in den Kirchenleitungen auf der anderen deutete sich an<sup>26</sup>). Das Risiko für die Kirchen besteht also darin, daß sie ihren Handlungsspielraum „nach außen“ (auf den anderen Konfliktpartner gerichtet) erhöhen können, sich zugleich aber einem permanenten Test ihrer Integration „nach innen“ aussetzen.

Die veränderten „realistischen“ Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in der DDR werden von Repräsentanten des Staates (Honecker) und der Kirchenleitung zunehmend mit den Merkmalen offen, vertrauensvoll, verfassungsgemäß und konstruktiv umschrieben. „Kirche im Sozialismus“<sup>27</sup>) und „Grundvertrauen“ zwischen Staat und Kirche<sup>28</sup>) stellen Formeln dar, die zur Frage einer veränderten Legitimationsgrundlage für das Handeln der (ehemals gegensätzlichen) Konfliktpartner überleiten. Die inhaltlichen Schlußfolgerungen für die Wahl der eigenen (und der gemeinsamen) Legitimationsbasis für einen Interessenausgleich werden zuerst in Diskussionsbeiträgen von kirchlichen Akteuren bezeichnet. Die Reflexion von Schlüsselbegriffen wie „Wohl des Menschen“, gesellschaftliche Verantwortung, Gerechtigkeit, Macht, Grund-, Welt- und Zukunftsvertrauen steht im Mittelpunkt von öffentlichen Diskussionen auf Synoden und anderen kirchlichen Treffen. Dabei beinhalten die Beiträge und Stellungnahmen der Bischöfe und Kirchenvertreter durchgängig eine inhaltliche Orientierung, die kennzeichnend für das Selbstverständnis korporatistischer Akteure ist: der Bezug auf eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft im ganzen. Sie wird als Ausdruck des Bemühens aufgefaßt, den Dialog mit dem Staat als Lernprozeß zu nutzen<sup>29</sup>). Das kann auch eine kritische Infrage-

21) A. Schönherr (Anm. 20), S. 14.

22) Antworten des Landesbischofs Dr. Hempel während der Synode vom 21. bis 25. 9. 1984 in Greifswald, in: epd-Dokumentation, 43/1984, S. 31.

23) Antworten des Landesbischofs Dr. Hempel (Anm. 22), S. 32.

24) Vgl. dazu den Bericht der Kirchenleitung der Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburg „Christen und Kirche in der Gesellschaft“ an die Synode in Schwerin 15.—18. 3. 1984, in: epd-Dokumentation, 21/1984, S. 62.

25) Auszüge aus dem Bericht der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR anläßlich der Synode vom 21. bis 25. September 1984 in Greifswald, in: epd-Dokumentation, 43/1984, S. 19 f.

26) Vgl. dazu: Rede des sächsischen Landesbischofs J. Hempel während der vierten Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR, in: Frankfurter Rundschau vom 27. 9. 1983, S. 14.

27) Vgl. dazu R. Henkys (Hrsg.), Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Witten 1970; ders. (Hrsg.), Die Evangelischen Kirchen in der DDR, München 1982; H. Dähn, Konfrontation oder Kooperation?, Opladen 1982.

28) Siehe J. Hempel, Antworten während der Aussprache zum Konferenzbericht, in: epd-Dokumentation 43/1984, S. 31.

29) Vgl. Bericht der Kirchenleitung der Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburg „Christen und Kirche in der



stellung von politischen Entscheidungen des Staates einschließen. Die Verantwortung für die Umwelt und die Zukunft des Menschen verstehen kirchliche Vertreter als Problemstellung, die nicht mehr allein durch herkömmliche politische Lösungen getragen werden kann. Sie fordern deshalb eine Erweiterung der Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit (auch auf die Natur übertragen). In praktisch-ideologiekritischer Absicht bezweifeln H. Falcke u. a.<sup>30)</sup>, daß Begriffe und Leitbilder wie sozialistische Lebensweise und wissenschaftlicher Fortschritt eine ausreichende Grundlage für die Reflexion ökologischer Krisenzusammenhänge bieten. Kirchliche Vertreter kritisieren so indirekt verengte Legitimationsgrundlagen für politische und ökonomische Entscheidungen, die der Staat in der DDR nach primär technokratischen Maßstäben trifft.

Halten wir fest: In dem Kooperationsverhältnis zwischen Staat und Kirche beschränkt sich die Kirche nicht auf eine akklamative Rolle. Im Gegenteil: Kirchliche Vertreter initiieren immer wieder auch öffentliche Diskussionen über den Sinn traditioneller politischer Legitimationsgrundlagen, erörtern Perspektiven für veränderte moralische und politische Bedingungen der Lebensweise in einer sozialistischen Gesellschaft. Sie werfen häufig Fragen auf, die den Stellenwert von globalen Integrationsformeln wie „Humanismus“/„Humanität“ betreffen. Hier ist es eine ideologiekritische Absicht — trotz Parallelen in bestimmten Grundauffassungen —, die Unterschiede in der Legitimität christlicher Existenz/christlichen Handelns und einer „marxistisch-leninistischen“ Politik zu verdeutlichen<sup>31)</sup>.

---

Gesellschaft“, in: epd-Dokumentation 21/1984, S. 60; M. Stolpe, Ein beidseitiger Lernprozeß. Anmerkungen zum Verhältnis von Staat und Kirche, in: Kirche im Sozialismus, (1979) 7, S. 19—26; R. Bodenstern u. a. (hrsg. vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR), Kirche als Lernprozeß, Berlin 1981; Bericht der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (Synode vom 21. bis 25. 9. 1984 in Greifswald), in: epd-Dokumentation, 43/1984; Entwurf einer neuen Ordnung des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, in: epd-Dokumentation, 9/1986, S. 23.

<sup>30)</sup> Bericht der Konferenz der Kirchenleitung für die Bundessynode in Leipzig 1980, in: epd-Dokumentation, 46—47/1980.

<sup>31)</sup> Vgl. A. Schönherr (Anm. 19).

<sup>32)</sup> Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen für die Bundessynode in Leipzig 1980 (H. Falcke), in: epd-Doku-

Daran läßt sich ein weiteres zentrales Element für korporatistische Interessenpolitik aufzeigen: Die beteiligten Organisationen/Institutionen betonen die „Verschiedenheit“ der Grundpositionen, um zu zeigen, daß es sich um einen freiwilligen, auf Zeit und auf Konsens in Sachfragen beruhenden Interessenausgleich handelt.

Die bisherigen Überlegungen zur korporatistischen Interessenpolitik der Kirche gegenüber dem Staat in der DDR sollen noch an einem anderen Schlüsselbegriff belegt werden, der unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung für das „Wohl des Ganzen“ von Kirchenvertretern angeführt wird: dem Begriff der Partnerschaft.

A. Schönherr, J. Hempel, H. Falcke, M. Stolpe u. a. wenden sich grundsätzlich dagegen, daß dieser Begriff zugunsten von globalen Kompromißformeln entleert wird, wie sie staatliche Vertreter bevorzugen: „Wichtig ist, aus dem Begriff der Partnerschaft das Element der Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Beratungs- und Entscheidungsprozessen bewußt zu halten, wie es in dem ökumenischen Leitbegriff der Partizipation enthalten ist.“<sup>32)</sup> Sie plädieren damit für konsensorientierte Maßstäbe in Entscheidungsprozessen über gesellschaftliche Probleme, die über das instrumentalistische Verständnis von *Partizipation* der Partei- und Staatsvertreter hinausweisen. Partizipation, die sich für alle Beteiligten in „angstfreier Offenheit“ (Falcke, Hempel) vollzieht, würde dem „konstruktiven Zusammenwirken und vom Respektieren unterschiedlicher Standpunkte“ (Staatssekretär Gysi) geprägten Interessenausgleich zwischen Staat und Kirchen einen politisch qualitativ neuen Inhalt verleihen: Die Legitimation für Machtausübung würde demnach (*punktuell*) von einer Öffentlichkeit beurteilt, die sich nicht auf eine akklamative Rolle beschränkt. Die Praxis des korporatistischen Interessenausgleichs in der DDR zeigt allerdings, daß die staatliche Seite immer wieder versucht, solche Tendenzen auf die innerkirchliche Öffentlichkeit (von Synoden u. a.) zu begrenzen.

---

kumentation, 46—47/1980, S. 8; vgl. ferner: Landesbischof J. Hempel, Ansprache beim Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, und dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Johannes Hempel (vom 11. 2. 1985), in: epd-Dokumentation, 11/1985, S. 4 f.



### III. Ideologieprobleme

Welche Ideologieprobleme ergeben sich für die SED und die staatlichen Vertreter, indem sie sich auf einen Interessenausgleich mit den evangelischen Kirchen einlassen? Staat und Partei müssen einer gesellschaftlichen Organisation Mitwirkungsrechte einräumen, die sich im Unterschied zum FDGB und den Blockparteien nicht an den ideologischen und organisatorischen Prämissen demokratischer Zentralismus, Avantgardeprinzip, Transmissionsriemen der Partei u. a. orientiert. Das entscheidende Problem stellt sich jedoch auf einer anderen Ebene. Durch die Praxis eines korporatistischen Interessenausgleichs mit den Kirchen werden Legitimationsprobleme für Partei und Staat aufgeworfen, die sich mit dem Stichwort „ideologische Koexistenz“ bezeichnen lassen. Der hegemoniale Anspruch des „Marxismus-Leninismus“ („Die Ideologie der Arbeiterklasse wird immer mehr zur Weltanschauung der ganzen Gesellschaft“<sup>33</sup>) wird im Dialog mit den Kirchen relativiert. Der Konfliktpartner Kirche fordert als Voraussetzung für den Interessenausgleich „allgemein“ anerkannte Koexistenzformeln: „Wir haben häufig darauf hingewiesen, daß das Wort ‚Ideologische Koexistenz gibt es nicht‘, das man gelegentlich hört, mindestens für das Zusammenleben in einer Gesellschaft nicht zutreffend und gefährlich ist.“<sup>34</sup>)

Der Verlauf von Grundsatzdiskussionen über die Lebensweise, das ökonomische Wachstum und den sozialen Wandel in einer sozialistischen Gesellschaft zeigt, daß die Vertreter von Partei und Staat mit dem Rekurs auf uninterpretierte Werte und Leitbilder des Marxismus-Leninismus<sup>35</sup>) hinter das Argumentationsniveau von kirchlichen Autoren<sup>36</sup>) zurückfallen.

An diese Fragestellung läßt sich noch eine andere anschließen, die ein zentrales Problem korporatistischer Übereinkunft beleuchtet: Es geht zunächst durchgängig um eine Neutralisierung von „antagonistischen“ ideologischen Selbstdeutungen der Konfliktpartner. Es können aber auf diesem Weg im Dialog auch Probleme wieder aktualisiert werden, die gerade durch die selbstbegrenzten Forderungen eines Konfliktpartners (Kirche) ausgeklammert schienen: Ideologieprobleme des real „existierenden“ Sozialismus. Die Friedensdiskussion, Kontroversen über die gesellschaftliche Situation der Jugendlichen in der DDR und die Forderungen nach einer Einlösung individueller Beteiligungsrechte verdeutlichen, welche Dynamik Ideologieprobleme im Verhältnis von Kirchen und Staat annehmen. Die Kontroversen über diese Grundprobleme liefern auch Anhaltspunkte dafür, welche Zukunftsperspektiven ein korporatistischer Interessenausgleich zwischen Staat und Gesellschaft in der DDR hat.

### IV. Friedenspolitik und „Friedenshandeln“ der Kirchen

In der Friedensdiskussion der vergangenen Jahre zeichneten sich in der DDR Konfliktlinien ab, die einem korporatistischen Interessenausgleich zwi-

schen Staat und evangelischen Kirchen entgegen liefen. Das von staatlichen und kirchlichen Vertretern hervorgehobene Einverständnis in Friedensfragen, die Betonung einer gemeinsamen Verantwortung für Probleme der Friedenssicherung, symbolisierten häufig Integrationsbemühungen, die im Gegensatz zu den aktuellen Kontroversen innerhalb der Kirchen stand.

<sup>33</sup>) E. Hahn u. a., Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1976, S. 368.

<sup>34</sup>) Kirche im Sozialismus (1977), in: Kirche als Lerngemeinschaft (Anm. 29), S. 206; vgl. ferner: M. Stolpe, Ansprache bei einer Tagung des Friedensrates der DDR, in: epd-Dokumentation, 43/1984, S. 73.

<sup>35</sup>) Vgl. R. Weidig, Sozialstruktur und Lebensweise bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Autorenkollektiv, Lebensweise und Sozialstruktur, Berlin 1981, S. 44; J. Ritterhaus u. a., Gesellschaftliche Aktivität und sozialistische Lebensweise (Thesen), in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin 1981, S. 24.

<sup>36</sup>) Vgl. dazu die Beiträge von H. Falcke, M. Stolpe u. a. über soziale Dimensionen der Lebensweise bzw. Ansätze für eine Wachstums- und Wissenschaftskritik, in: P. Wensierski/W. Büscher (Hrsg.), Beton ist Beton — Zivilisationskritik in der DDR, Hattingen 1981.

In den Gemeinden, der Friedensbewegung und auf Synoden wurden seit Anfang der achtziger Jahre Auffassungen vertreten, die den Bezugsrahmen eines konsensorientierten Redens zwischen Staat und Kirchenleitung überschritten. Es wurden zum Beispiel Positionen eines Pazifismus angenommen, die den Gleichgewichtsmaßstäben der staatlichen Friedenspolitik widersprechen: „Während die aktuelle sicherheitspolitische Dis-



kussion fast ausschließlich auf die Frage fixiert ist“, heißt es in einem 1981 für die Gemeinden verfaßten Diskussionspapier, „wie weit eine an nationale und bündnisinterne Sicherheitsinteressen gebundene Abrüstungsstrategie (gerade noch) gehen kann, erinnert die pazifistische Herausforderung daran, nicht aus dem Blick zu verlieren, was Friedenspolitik, gemessen an ihrem Ziel, eigentlich leisten soll. Der Anspruch des Pazifismus an die Politik ist kritisch-normativ.“<sup>37)</sup>

Für die Begründung einer korporatistischen Politik ergibt sich daraus für die Kirche die Aufforderung, gegenüber dem Staat normativ-kritische Maßstäbe einer politischen Rationalität zu verdeutlichen — eine Forderung, die auf die „weltanschauliche Verschiedenheit“ der Kooperationspartner Kirche und Staat zielt. Der Position einer „instrumentellen“ Rationalität, die durchgängig die Sicherheitspolitik des Staates prägt, steht so die Vorstellung einer politischen Rationalität gegenüber, die gerade diese ideologische Begründung der staatlichen Interessenpolitik zurückweist: ein Pazifismus, der sich auf einen Politikbegriff des Überlebens gründet<sup>38)</sup>.

Diese Gegensätze in den politischen Orientierungen sind so grundsätzlich, daß sie auch nicht durch Appelle für eine Wiederaufnahme von Gesprächen über Friedensprobleme aufgelöst werden. Vielmehr zeigt sich, daß die Aufforderung an die kirchlichen Vertreter, die „Verschiedenheit“ der friedenspolitischen Positionen in Gesprächen mit der Regierung der DDR zu verdeutlichen, von einer Absicht bestimmt wird: den Staat unter Legitimationsdruck zu setzen. In diesem Sinn stellen die Beschlüsse auf Synoden gegen eine zunehmende Militarisierung der Lebensbereiche in der DDR<sup>39)</sup> Versuche der Kirche dar, die weltanschauliche Verschiedenheit gegenüber dem Kooperationspartner Staat zu dokumentieren.

Der Bezug auf ethische Maßstäbe eines „Friedenshandelns“ wirft für kirchliche Vertreter Probleme auf, die im Verhältnis zu den Gemeinden

als Verständnisschwierigkeiten erscheinen können. Dieses Dilemma korporatistischer Akteure spricht J. Hempel an, indem er auf die Spannungen zwischen einem gesinnungsethischen Handeln und dem Erfordernis eines „wirklichkeitsnahen“ Handelns während des Dresdner Friedensforums vom 12. Februar 1982 eingeht. Dabei handelt es sich nicht nur um Kommunikationsprobleme zwischen kirchlichen Repräsentanten und Mitgliedern der Gemeinde, sondern auch um Anzeichen für eine drohende Entfremdung in den Zielen der korporatistischen Akteure und der Gemeindemitglieder.

Die Kluft in den Zielen wird ersichtlich, sobald die Forderungen der Friedensbewegung auf strukturelle Eingriffe in die staatliche Handlungssphäre hinauslaufen. Während die Einführung des waffenlosen Dienstes für „Bausoldaten“ noch durch das Aushandeln eines Kompromisses zwischen Staat und Kirchen erreicht werden konnte, muß der Initiative für einen „sozialen Friedensdienst“ eine andere Bedeutung zugeschrieben werden. Sie weist über den Rahmen eines korporatistischen Arrangements hinaus. Die Kontroversen über das Modell eines sozialen Friedensdienstes innerhalb der Kirchen und die staatlichen Reaktionen hierauf belegen, daß in diesem Fall Konfliktbereiche bezeichnet worden sind, die durch einen korporatistischen Interessenausgleich „kanalisiert“ werden sollen. Voraussetzungen korporatistischer Interessenpolitik sind nämlich die funktionale Abgrenzung<sup>40)</sup> der Sphären, in denen sich Staat und Kirchen wechselseitig ein Repräsentationsmonopol<sup>41)</sup> zugehen.

In einer Stellungnahme des DDR-Staatssekretärs für Kirchenfragen, Klaus Gysi, zu Vorschlägen eines sozialen Friedensdienstes wird dieses stillschweigende Einverständnis zwischen den Kooperationspartnern Staat und Kirchen zusammengefaßt: „Die Bischöfe sehen das auch ganz klar, daß das ein Eingriff in das ureigenste Recht des Staates wäre. Die Regelung mit den Bausoldaten hat sich bei uns bewährt, und wir sehen keinen Grund, davon abzugehen. Wer mit dieser klaren Stellungnahme des Staates nicht einverstanden ist, zeigt

<sup>37)</sup> Die Aktualität des Pazifismus. Ein Diskussionspapier für die Gemeinden (November 1981), in: W. Büscher u. a., Friedensbewegung in der DDR, Hattingen 1982, S. 260.

<sup>38)</sup> Ebenda, S. 261 ff. Vgl. dazu auch den offenen Brief von Hans Tschiche an Werner Walde (21. 12. 1981): „Wir müssen abkehren vom Kult des Militärischen“, in: W. Büscher u. a. (Anm. 37), S. 231 f.

<sup>39)</sup> Berlin-Brandenburgische Synode: Beschluß: „Gegen Militarisierung“ (Berlin-Ost), 4. 4. 1986, in: epd-Dokumentation, 18/1986, S. 54 f.

<sup>40)</sup> Siehe Ph.-C. Schmitter, Interessenvermittlung und Regierbarkeit, in: U. v. Alemann/R. G. Heinze (Hrsg.) (Anm. 7), S. 97.

<sup>41)</sup> Ebenda.



deutlich, daß es ihm um die Konfrontation geht.“<sup>42)</sup>

Auf diesem Hintergrund kann die Einstellung der Kirchenleitung näher bestimmt werden. Die evangelischen Kirchen treiben die Forderung nach einem sozialen Friedensdienst nicht bis zu einem Punkt, an dem eine Konfrontation mit dem Staat und eine Aufhebung des korporatistischen Interessenausgleichs droht. Gleichwohl wurde auf Synoden immer wieder erkennbar, daß als ein erster selbstbegrenzter Schritt in Richtung einer *Erweiterung* des waffenlosen Dienstes in der Volksarmee die Idee eines sozialen Friedensdienstes bzw. Er-

satzdienstes aus Gewissensgründen die Auseinandersetzung mit dem Staat beeinflusst.

In einem „Sachstandsbericht“ für die Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in Berlin (31. Januar bis 2. Februar 1986) wurde der Stellenwert dieser Politik hervorgehoben: „Sie läßt nur darauf vertrauen, daß auch in noch ungelösten Fragen Wege zur Verständigung gefunden werden, selbst wenn es gegenwärtig bei der unmißverständlichen Ablehnung der Bitten der Synode um Einrichtung eines zivilen Waffendienstes und um die Möglichkeit des waffenlosen Dienstes für vereidigte Reservisten geblieben ist.“<sup>43)</sup>

## V. Erwartungen der Jugendlichen an die Kirche

Jugendliche in der DDR sehen sich in der Regel mit politischen Strukturen konfrontiert, von denen ein starker Druck zur Anpassung ausgeübt wird. Staatliche Institutionen, Betriebe und Schulen werden als sich selbst erhaltende Verkörperungen von Macht wahrgenommen, die den einzelnen Jugendlichen vor die Wahl stellen, „sich mitintegrieren zu lassen oder nicht“<sup>44)</sup>. Auf die Kirche als Institution richten sich häufig Erwartungen *und* Mißtrauen, die durch Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Behörden geprägt worden sind.

*Mißtrauen* erzeugen zum Beispiel abgewogene Entscheidungen der Kirchenleitung in der Friedenspolitik. Gegen Übereinkünfte zwischen Kirchen und Staat polemisiert so ein Jugendlicher: „Ich bin 19 Jahre und habe trotzdem nichts mehr zu verlieren. Sie reden und reden hinter fester Tür. Wollen sie uns bis zum Untergang vertrösten?“<sup>45)</sup>

*Erwartungen* löst die Kirche in den Jugendlichen aus, weil sie eine der wenigen Institutionen in der DDR ist, in der Jugendliche ihre altersspezifische

„Eigenart“ leben können. Diese Erwartungshaltung, die Kirche primär als eine unabhängige Institution mit Raum für selbstbestimmte Initiativen und Bedürfnisorientierungen zu begreifen, kollidiert mit der Rolle der Kirchenvertreter als Kooperationspartner in einem Interessenausgleich mit dem Staat. Diese Problematik wurde auf der letzten Synode der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche mit den Worten umschrieben: „Jugendliche haben oft besonders starke Erwartungen an die Kirche. Sie soll eine deutliche Position in den wichtigen Fragen beziehen und konsequent und kompromißlos danach handeln. Abgewogene Entscheidungen und Äußerungen der Kirchenleitung werden häufig von ihnen nicht verstanden und als ängstliches Taktieren und Anpassung der Kirche an den Staat gedeutet... Auch in der Kirche fühlen sich viele Jugendliche allein gelassen.“<sup>46)</sup>

Der Anspruch der Jugendlichen auf Selbstbestimmung und Kritik (z. B. an Tendenzen einer Militarisierung des Alltags in der DDR) markiert die Grenzen der Legitimität eines Interessenausgleichs der Kirchen mit dem Staat. Dies wird besonders deutlich in den Kontroversen über Symbole der Friedensbewegung wie „Schwerter zu Pflugscharen“: Auf der einen Seite der Versuch von Jugendlichen, einem christlichen Motiv einen aktuellen politischen Gehalt zu verleihen, auf der anderen Seite die Bemühungen von kirchlichen

<sup>42)</sup> K. Gysi, Auszug aus einem Vortrag vor der Sektion Theologie der Humboldt Universität, gehalten am 12. September 1981 in Ost-Berlin, in: epd-Dokumentation, 51/1981, S. 56.

<sup>43)</sup> Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen: „Sachstandsbericht zu den Aufträgen der 4. Bundessynode“. Vorlage zur 1. Tagung der 5. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 31. 1.—2. 2. 1986, in: epd-Dokumentation, 9/1986, S. 4.

<sup>44)</sup> N. Haase u. a. (Hrsg.), VEB-Nachwuchs — Jugend in der DDR, Hamburg 1983, S. 28 f., 54 f., 190.

<sup>45)</sup> „Ich bin 19 und habe nichts zu verlieren“. Fragen und Antworten beim Dresdner Friedensforum (13. 2. 1982), in: W. Büscher u. a. (Anm. 37), S. 281.

<sup>46)</sup> Vorbereitungsausschuß „Jugend“ der Berlin-Brandenburg Synode (Ost): Bericht zur Situation Jugendlicher“, Berlin (Ost), 4. 4.—8. 4. 1986, in: epd-Dokumentation, 18/1986, S. 49.



Vertretern, die System- und machtkritische Bedeutung dieses Symbols zu relativieren: „Ihr habt das Recht, Eurer Einstellung gemäß ‚Alarm‘ zu schlagen, aber ich bitte Euch, auch ernste Politik zu lernen, wie schwer Politik für den Frieden auch in unserer Epoche zu realisieren ist.“<sup>47)</sup>

Die Unterschiede zwischen kirchlicher Interessenpolitik und jugendlichen Grundeinstellungen, die Hempel als Differenzen politischer Stile auf- faßt, deuten auf ein Grundproblem hin. Das Angebot der evangelischen Kirchen, Jugendlichen Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen, die in anderen Lebensbereichen nicht bestehen, läßt sich nicht darauf beschränken, „daß Jugend ein Teil der Kirche ist, der seinen Teil beiträgt und seinen Teil erhält“<sup>48)</sup>. Die „Suche nach Lebenssinn“<sup>49)</sup> kann zwar aus der Sicht kirchlicher Repräsentanten anerkannt, jedoch nicht als Ziel einer konsensorientierten Politik gegenüber dem Staat vertreten werden. Das Bestreben nach einer offenen und kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftli-

chen Leitbildern durch Jugendliche schließt nämlich häufig auch eine Problematisierung des „Sinns“ des Sozialismus ein, und zwar in einer Weise, die für die Kirche im Sozialismus nicht permanent eröffnet werden kann („sozialistische Lebensweise“ — utopische Formen einer „sinnvollen Lebensweise“). Das heißt, gegenkulturelle Orientierungen, die den Protest der Jugendlichen an der konventionellen sozialistischen Lebensweise bestimmen, lassen sich nicht unvermittelt in verhandelbare Ziele eines korporatistischen Interessenausgleichs übersetzen.

Dieses Dilemma wird in dem jüngsten Bericht zur „Situation Jugendlicher“ indirekt angesprochen, indem von Tendenzen der Resignation unter Jugendlichen die Rede ist: „Es ist zu vermuten: Je stärker Autoritätsorientierung in Kirche und Gesellschaft gefordert wird, um so mehr nehmen Resignation und Rückzug Jugendlicher mit zunehmenden Alter auf private Bereiche zu: ‚Protest nützt doch nichts‘.“<sup>50)</sup>

## VI. Individuelle Bürgerrechte

Das Unbehagen vieler Jugendlicher gegenüber dem Staat und der staatlichen Jugendszene in der DDR entspricht einer skeptischen Grundeinstellung von DDR-Bürgern gegenüber Regierungsvertretern, die auf Erfahrungen im Umgang mit staatlichen Behörden beruht. Obwohl über ein rechtlich garantiertes Eingabe- und Beschwerdewesen in der DDR die Möglichkeit der Kritik für einzelne Bürger an staatlichen Entscheidungen gegeben ist, handelt es sich doch um Regelungen, die dem verrechtlichten Status eines korporatistischen Arrangements vergleichbar sind. Es werden Einflußnahmen für den einzelnen Bürger (formal) eröffnet. Die Praxis des Verwaltungshandelns zeigt allerdings, daß die Garantien für eine Verrechtlichung der sozialen Beziehungen wieder zurückgeschraubt werden können.

In einer Stellungnahme des Vorsitzenden des evangelischen Kirchenbundes der DDR, M. Stolpe, werden die Begründungsschwierigkeiten für diesen Typ staatlicher Politik durch einen Rekurs auf den Maßstab „Vertrauenswürdigkeit“ direkt bezeichnet. Dem schrittweisen Ausbau individueller Bürgerrechte und der Erweiterung der Menschenrechte mißt Stolpe den Stellenwert einer erweiterten Legitimationsgrundlage für staatliches Handeln bei („Vertrauenswürdigkeit“, „Gerechtigkeit“). Die geforderte Anerkennung von individuellen Bürgerrechten wird nicht durch einen „Systemvergleich“ mit den normativen Versprechen „westlicher“ Gesellschaften begründet. Die Einlösung verfassungsstaatlicher Rahmenbedingungen wird vielmehr als *Vervollständigung* einer *verallgemeinerbaren* Legitimationsbasis bestimmt. In der DDR seien „bedeutende soziale und kulturelle Rechte verwirklicht.“ Um so mehr lohne es sich in der DDR, „noch vorhandene Defizite bei individuellen Rechten und Möglichkeiten abzubauen“<sup>51)</sup>.

<sup>47)</sup> „Ich bemühe mich ihre Sprache zu sprechen“. Aus der Ansprache von Bischof Johannes Hempel (13. 2. 1982), in: W. Büscher u. a. (Anm. 37), S. 266.

<sup>48)</sup> Vgl. Evangel.-Lutherische Landeskirche Sachsen, Landeskirchenamt: Tätigkeitsbericht an die Synode vom 12. 10. 1985, in: epd-Dokumentation, 52/1985, S. 3.

<sup>49)</sup> Ebenda.

<sup>50)</sup> Vorbereitungsausschuß „Jugend“ der Berlin-Brandenburgischen Synode (Ost): Bericht zur „Situation Jugendlicher“, Berlin (Ost), 4. 4.—8. 4. 1986, in: epd-Dokumentation, 18/1986, S. 49.

<sup>51)</sup> Konsistorialpräsident M. Stolpe: Friede wächst aus Gerechtigkeit — Zehn Jahre Schlußakte von Helsinki und die Mitverantwortung unserer Kirche (Synode in Greifswald 22. 6. 1985), in: epd-Dokumentation, 34/1985, S. 63.



Indem Stolpe so die Forderung nach individuellen Bürgerrechten als Konsequenz eines gesellschaftlichen Lernprozesses in der DDR vorträgt, erscheint ein gängiger Ausweg für die Politiker von Regierung und Staat veraltet: die pauschale Abwertung von Prinzipien des Verfassungsstaates als Relikte einer bürgerlichen Ideologie. Und je grundsätzlicher aktuelle Konfliktlinien um individuelle Bürgerrechte und soziale Rechte potentiell „ausgegrenzter“ Gruppen (wie „abweichende“ Jugendliche) als öffentliche Angelegenheiten von Kirchenvertretern thematisiert werden, desto deutlicher wird, daß sich das Verhältnis der evangelischen Kirchen zum Staat nicht auf ein einseitiges

Systemvertrauen gründen kann: „Wir haben den neuen Beschluß des Staatsrates über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger und die dringende Notwendigkeit des Ernstnehmens persönlicher Anliegen begrüßt“<sup>52</sup>), stellt Stolpe nach einem Gespräch mit Regierungsvertretern fest, das über die Durchsetzung der „Gleichberechtigung“ und „Gleichbehandlung“ aller Bürger in allen Lebensbereichen handelte. Und: „Die Kirchen sollten ihre Gläubigen ermuntern, bei anstehenden Problemen diese gewährte Bereitschaft des Staates abzurufen. Gerechtigkeit im Lande fördert auch die Vertrauenswürdigkeit unseres Staates im Ausland und kommt direkt dem Entspannungsprozeß zugute.“<sup>53</sup>)

## VII. Schlußbemerkungen

Die Beziehungen zwischen Staat und evangelischen Kirchen in der DDR lassen sich nicht in der Perspektive eines „staatlichen“ oder „autoritären“ Korporatismus einordnen<sup>54</sup>). Die evangelischen Kirchen beschränken sich nicht auf die Rolle eines Kooperationspartners, der durch vorwegnehmende Krisenwahrnehmungen und partielle Konfliktbewältigungen im gesellschaftlichen Bereich die Steuerungsfähigkeiten des politischen Systems in der DDR erhöht. Diese Rolle übernehmen der Gewerkschaftsbund FDGB und andere gesellschaftliche Organisationen, denen im Sinn einer *monistischen* Interessenpolitik ein begrenzter Aktionsrahmen zukommt („Transmissionsriemen“ der Partei).

Die Politik der „Kirche im Sozialismus“ ist eher durch Elemente eines gesellschaftlichen Korporatismus gekennzeichnet. Das heißt, der Konfliktpartner Kirche verleiht durch offensive Forderungen (Bürgerrechte, soziale „Teilhaberrechte“) und die öffentliche Erörterung von sozialen und politischen Benachteiligungen korporatistischer Interessenpolitik einen „Sinn“, der veränderte Bedin-

gungen sozialer Integration für die DDR einschließt. Die Bedeutung korporatistischer Über-einkünfte reicht so über die einmal getroffene Anerkennung getrennter Interessenbereiche zwischen Staat und Kirchen hinaus. Es handelt sich eher um Diskussionsbemühungen der Kirchen, die vom Konfliktpartner Staat nicht umstandslos in traditionelle Integrationsformeln (monistische Interessenpolitik) übersetzt und abgeschwächt werden können. Vielmehr zeigt sich am Verlauf der Debatten auf Synoden, daß auch bereits verrechtlichte Kompromisse für gesellschaftliche Lebensbereiche in der DDR immer wieder neu zur Diskussion gestellt werden.

Eine zu klärende Frage in dem vorliegenden Beitrag war es, ob ein konzeptueller Bezugsrahmen auf die Analyse sozialistischer Gesellschaften anwendbar ist, der in systemischen Kontexten „westlicher“ Gesellschaften entworfen worden ist<sup>55</sup>). Es konnten in den Dokumenten von Synoden und Stellungnahmen kirchlicher und staatlicher Vertreter Anhaltspunkte dafür gewonnen werden, daß sich in der DDR zwischen Staat und Kirchen Formen eines Interessenausgleichs herausgebildet haben, die z. B. nicht durch den Rückgriff auf Annahmen einer Totalitarismusanalyse interpretiert werden können. Totalitarismusansätze sind durchgängig von Annahmen einer Strategie der sozialen Kontrolle

<sup>52</sup>) Ebenda.

<sup>53</sup>) Konsistorialpräsident M. Stolpe, Antworten der Konferenz der Kirchenleitung auf Anfragen von Synodalen zu den Stichworten „Kirchentag/Westreisen, KSZE/Menschenrechte, Friedenspflicht“, Synode des Kirchenbundes in Dresden (20.—24. 9. 1985), in: epd-Dokumentation, 43/1985, S. 39.

<sup>54</sup>) Vgl. D. Chirot (Anm. 11), S. 363—378; A. Arato, „Civil Society“ gegen den Staat: Der Fall Polen 1980/81, in: R. Fenchel/A. J. Pietsch (Hrsg.), Polen 1980—82 — Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982, S. 66 ff., 70 ff.

<sup>55</sup>) Vgl. G. Lehmbruch, Interest Intermediation in Capitalist and Socialist Systems (Anm. 8), S. 170.



bestimmt<sup>56)</sup>. Danach stellt sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft als einseitig geprägtes Herrschaftsverhältnis dar: Der Staatsapparat kontrolliert die Gesellschaft in der DDR. Daß in der Perspektive eines Totalitarismusdenkens korporatistische Arrangements keinen Gegenstand der Untersuchung des sozialen Wandels in der DDR darstellen, ist offensichtlich. Allein die Bezugnahme auf vorhandene Formen eines bedingten Interessenausgleichs in der DDR würde zentrale normative und inhaltliche Prämissen des Totalitarismusdenkens entkräften. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es nur konsequent, wenn ein westdeutscher Kommentar des Treffens zwischen Honecker und Landesbischof Hempel vom 11. Februar 1985 zwar einräumte, im Verhältnis von Staat und Kirchen habe sich „vieles verbessert“. Doch, so nimmt H. Matthies im Einklang mit alten Argumenten des Totalitarismusdenkens an, das „Regime“ sei gleich geblieben „eine in vieler Hinsicht brutale Diktatur ...“<sup>57)</sup>.

<sup>56)</sup> Vgl. dazu auch neuere Bemühungen, das Konzept des Totalitarismus als Ansatz der Herrschaftsanalyse zu rehabilitieren: K. D. Bracher, *Zeitalter der Ideologien*, Stuttgart 1982, S. 163 ff.

<sup>57)</sup> H. Matthies, „Kirche im Sozialismus“ — wohin?, abgedruckt in: *epd-Dokumentation*, 11/1985, S. 13.

<sup>58)</sup> D. Kraft, *FDGO als Bekenntnisschrift der EKD?*, in *Weißenseer Blätter* Nr. 5/85, abgedruckt in: *epd-Dokumentation* 9/86, S. 36.

Die eigenständige Rolle der Kirche als ein gesellschaftlicher Verband wurde in den vergangenen Monaten noch von einer anderen Position aus in Zweifel gezogen. In den „Weißenseer Blättern“, einer von dem Ost-Berliner Theologen H. Müller mitherausgegebenen Zeitschrift, stellte ein Autor fest: Die evangelischen Kirchen in der DDR seien nicht berufen, eine „eigenständige gesellschaftliche Kraft“ zu sein“. In beiden Kommentaren aus unterschiedlichen politischen Traditionen scheint die Tendenz zu überwiegen, normativen Gesichtspunkten einer Interpretation der „Kirche im Sozialismus“ einen Vorrang gegenüber empirisch überprüfbaren Entwicklungstendenzen einzuräumen. Der Gefahr einer empirischen Fehldiagnose über die relativ eigenständige Rolle der evangelischen Kirchen als gesellschaftlicher Kraft in der DDR könnte auf einem Weg begegnet werden. Es scheint mir sinnvoll, zu untersuchen, wie in Zukunft die politische Bedeutung der sich verstärkenden Umweltproblematik in dem Interessenausgleich zwischen Kirchen und Staat aufgenommen wird. Näheren Aufschluß über den Stellenwert des gesellschaftskorporatistischen Arrangements zwischen Staat und Kirchen in der DDR könnte durch vergleichende Analysen über die Rolle von Staat und Kirchen in der DDR und Polen erreicht werden.



**Antonia Grunenberg: Jugend in der DDR: Zwischen Resignation und Aussteigertum**  
Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/86, S. 3—19

Jugend wird in Parteiideologie und Parteipolitik als Objekt der Erziehung im Stadium des Noch-nicht-Erwachsenseins aufgefaßt. Ihre soziale Funktion ist die einer Organisations- und Mobilisierungsreserve. Ihre Eingliederung in das Arbeitsleben und die Verinnerlichung der sozialistischen Weltanschauung sind die beiden Hauptziele sozialistischer Erziehung. Die SED erweckt dabei den Eindruck, als sei die Einpassung der Jugendlichen in Gesellschaft und Staat kein ernstliches Problem. Wie sehr ihre Verlautbarungen noch immer von Wunschenken geprägt sind, wird aus den Untersuchungen und Daten der Jugendforschung deutlich. Daraus geht hervor, daß Jugendliche generell keineswegs die „Hoffnungsträger“ der Partei sind, sondern daß sie sich frühzeitig auf ein Leben einstellen, das einerseits von notwendiger Arbeit, andererseits von Sicherheits- und Konsumdenken geprägt ist. Die Bereitschaft zum politischen Engagement ist hingegen als relativ gering anzusehen. Dabei ist die Privatisierungstendenz bei Mädchen noch ausgeprägter als bei Jungen. Die Familienerziehung trägt dazu bei, daß sich die traditionelle Geschlechterrollenverteilung frühzeitig festsetzt.

In der Belletristik läßt sich eine beginnende Problematisierung der Jugendfrage feststellen, aber von einer Wahrnehmung der Jugendlichen als eigenständiger sozialer Gruppe ist man auch hier noch weit entfernt. Bis auf wenige Ausnahmen dringt die belletristische Gestaltung jugendlichen Lebens und Erlebens nicht darüber hinaus, Verständnis für die Anpassungsschwierigkeiten zu fordern, aber die fraglose Einpassung der Jugendlichen in die Erwachsenenwelt zu bejahen.

Wie unvollständig das Bild der Partei und auch der Jugendforschung von der Jugend ist, wird vor dem Hintergrund der neuen städtischen Jugendkultur deutlich, die sich in den letzten Jahren weitgehend unabhängig von den Einflüssen der Partei und des Staates bzw. ihrer Organisationen entwickelt hat. Sie ist zentriert um die Pop-Kultur, deren Produktion und Konsum ein gemeinsames Selbstverständnis unter Jugendlichen bewirkt. — Auch die Jugendarbeit der evangelischen Kirchen trägt zum Selbstverständnis dieser neuen Kultur bei. Dabei erweist sich, daß Jugendliche nicht nur Konsumenten sind, sondern über die Umwelt-, Friedens- und Fortschrittsdiskussion an einem gesellschaftlichen Umdenkungsprozeß teilhaben, der zwar minoritär ist, dessen langfristige Auswirkungen aber nicht unterschätzt werden sollten.

Die offiziellen Strategien zur politischen Integration und Erziehung von Jugendlichen haben diese Entwicklungen und Erscheinungen noch gar nicht wahrgenommen und setzen weiterhin auf traditionelle Sozialisationsmuster.

**Christa Mahrad: Der Jugendverband FDJ und die gesellschaftliche Erziehung in der DDR**  
Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/86, S. 21—34

Am 7. März dieses Jahres feierte der Jugendverband „Freie Deutsche Jugend“ sein vierzigjähriges Bestehen. Die FDJ ist die einzige offiziell zugelassene politische Jugendorganisation in der DDR, so daß sie ein Monopol auf die dortige Jugend hat. Wer beruflich oder politisch in der DDR Karriere machen möchte, muß nicht nur einfaches Mitglied der FDJ gewesen sein, sondern sich darüber hinaus gesellschaftlich engagiert haben. Die führenden Politiker in der DDR haben nahezu alle ihre Karriere in der FDJ begonnen.

Anhand des Organisationsaufbaus wird deutlich, daß der Verband über ein engmaschiges Organisationsnetz verfügt, so daß es den Jugendlichen in der DDR praktisch unmöglich ist, sich dem Einfluß der FDJ zu entziehen, denn die Organisation ist präsent im schulischen Bereich, im Arbeitsleben, an den Universitäten sowie im Freizeitbereich.

Nach einer kurzen Startphase hat sich die FDJ zu einer sozialistischen Jugendorganisation entwickelt, die sich zu den Zielen der SED bekennt. Vermittelt werden von der FDJ sozialistische Wert- und Moralvorstellungen; Ziel ist die Schaffung eines „neuen Menschen“. Mit Hilfe einer politisch-ideologischen Erziehung, einer Kollektiv-, Arbeits- und Wehrerziehung sollen sich DDR-Jugendliche zu sozialistischen Persönlichkeiten entwickeln.

Trotz der Einheitlichkeit in der Erziehung durch alle staatlichen und gesellschaftlichen Organe in der DDR und trotz der vielen Einflußmöglichkeiten auf Jugendliche ist es dem Jugendverband in vierzig Jahren nicht gelungen, Begeisterung bei der Jugend für ihre Organisation zu wecken. Vielmehr wird der Jugendverband als gegeben hingenommen. Die FDJ bietet heutigen Jugendlichen keine Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, denn sie basiert auf den Ideen einer Generation, die in den dreißiger Jahren jung war.



**Helmut Fehr: Politisches System und Interessenpolitik im „real existierenden“ Sozialismus. Zum Verhältnis von Staat und evangelischen Kirchen in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/86, S. 35—45

In der DDR haben sich im vergangenen Jahrzehnt zunehmend Tendenzen eines Interessenausgleichs zwischen Staat und evangelischen Kirchen abgezeichnet, die über traditionelle Strategien staatlicher Integrationspolitik hinausweisen. Die Analyse von Dokumenten kirchlicher Synoden und der politischen Stellungnahmen von kirchlichen und staatlichen Vertretern belegt Elemente einer korporatistischen Übereinkunft zwischen Staat und Kirchen. Statt Konfrontation stehen im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Staat und Kirchen Leitbilder wie Kooperation, gemeinsame Verantwortung für den Frieden, Bezugnahmen auf soziale Gerechtigkeit und das „Wohl des Ganzen“. Zum anderen werden aus der Sicht kirchlicher und staatlicher Akteure aber auch für korporatistische Interessenübereinkünfte typische abgrenzende Positionen betont (weltanschauliche Verschiedenheit, Eigenständigkeit, funktionale Abgrenzung der Handlungsspielräume).

Zentrale Fragen zur Interpretation des Entwicklungsstandes korporatistischer Beziehungen zwischen Staat und Kirchen in der DDR im vorliegenden Beitrag sind: Welche Konfliktlinien und Konfliktbereiche eines korporatistischen Interessenausgleichs werden von Staat und Kirchen angesprochen? Welche inhaltlichen Gesichtspunkte zur Einordnung der korporatistischen Übereinkünfte zwischen Staat und Kirchen sind angemessen? Wodurch unterscheidet sich der in der DDR praktizierte Interessenausgleich zwischen Staat und Kirchen von Typen eines „autoritären“ oder „staatlichen“ Korporatismus? Worin besteht die Bedeutung des „gesellschaftlichen“ Korporatismus für die evangelischen Kirchen?